

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 150 Juli/August 2010 2,50 €

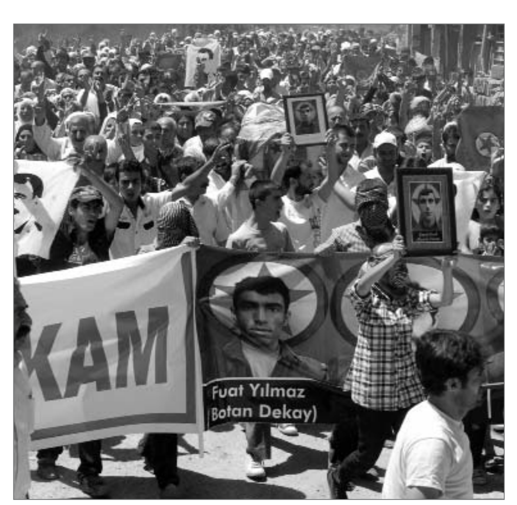
Im Kurdistan Report Nr. 150 Juli/August 2010 berichten wir über:



Wie kann die Tür zu einem gerechten Frieden geöffnet werden? Proteste gegen die Militäroperationen bestimmen in Nordkurdistan den Alltag. Foto: DIHA



„Dies ist nicht Gaza, dies ist Diyarbakır": Demonstration in Amed (Diyarbakır) Foto: DIHA



Zu den Beerdigungen gefallener Guerillas kommen Zehntausende und protestieren gegen die Politik der türkischen Regierung Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist, wie viele vorausgesagt haben. Die politische friedliche Lösung der kurdischen Frage und damit ein Ende des Krieges in Kurdistan ist in weite Ferne gerückt. Mit den Angriffen auf die Zivilbevölkerung, die PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, MenschenrechtlerInnen, mit dem Verbot der „Partei für ein demokratische Gesellschaft", mit der Inhaftierung Tausender, darunter auch Kinder und Jugendliche, wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation", jetzt sogar der im letzten Oktober aus den Kandil-Bergen und dem Flüchlingslager Maxmur gekommenen „FriedensbotschafterInnen", mit den Lynchmorden faschistischer Banden, mit der Räumung dutzender Ortschaften, mit dem Verbot für die Bevölkerung, auf ihre Hochalmen zu ziehen, und sie so vielfach ihrer Lebensgrundlage zu berauben ..., hat die türkische Regierung ihre militärischen Vorbereitungen abgeschlossen und ist zu einer offen nationalistischen kriegerischen Politik übergegangen.

Ein weiterer einseitiger Waffenstillstand, der sechste, von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung ist ungenutzt verstrichen. Und wir können beobachten, wie die mediale Aufmerksamkeit typischerweise wieder einseitig auf deren neuerliche Offensivaktionen gerichtet ist und dabei zuvor monatelang die konzertierten Militäroperationen ignorierte. „Im Osten nichts Neues", sozusagen. Wie gehabt setzt eine große Allianz aus regionalen Potentaten und imperialen Kriegsstrategen mit einem Gefolge eigennütziger Kriegsgewinnler auf die Liquidierung einer um Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung ringenden politischen Bewegung. Das kennen wir doch schon, was sollen wir's beklagen, das ist doch das ureigenste Wesen imperialistischer Praxis, könnte man meinen.

Gäbe es nicht den einen oder anderen feinen Unterschied zu früheren ähnlichen Situationen. Zum einen warnte schon vor einer Weile Abdullah Öcalan vor der umfassenden Vernichtungsabsicht der türkisch-US-amerikanischen Allianz. Von der kurdischen Guerilla bis zu jeglicher legaler politischer Regung ist wohl alles von der realen Gefahr der Auslöschung bedroht, was sich nicht vor den Karren der US-dominierten Neuordnung des Nahen/Mittleren Ostens spannen lässt. Zum anderen hat die kurdische Freiheitsbewegung beschlossen, die Neuordnung ihrer eigenen Angelegenheiten, der demokratischen Autonomie, selbst in die Hand zu nehmen, autonom sozusagen. Eindrucksvoll beschrieben wird dieser Prozess in unserer aktuellen Ausgabe von einer Aktivistin der „Demokratischen Freien Frauenbewegung" am Beispiel der Organisierung der Frauen: „Wir machen es einfach!" Unabhängig von der Legalitätsfrage.

Was bleibt ihnen auch anderes übrig, wenn jede Friedensbemühung, jede legale Lebensäußerung kriminalisiert, als Terrorakt disqualifiziert und abgestraft wird? Die Guerilla führt dann halt Krieg, die Bewegung organisiert die Menschen. Dabei könnte man bei allem Sarkasmus sogar ein wenig Hoffnung schöpfen und auf die ausgeweiteten Fähigkeiten der kurdischen Freiheitsbewegung vertrauen, sich weiter zu verankern und an der Alternative zu Krieg und politischer Prostituierung zu arbeiten. Würden die Menschen in der Region nicht die eigentlich unnötigen Opfer der Auseinandersetzungen sein. Leider.

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Kampagne aus Südafrika „Eine Million Unterschriften für die Freilassung von Abdullah Öcalan" berichtet. Neben den Unterschriftenlisten wurde jetzt auch eine Internetseite eröffnet. Unter http://www.thepetitionsite.com/1/free-abdullah-ocalan kann mit einer Unterschrift die Kampagne unterstützt werden. Denn erinnern wir uns, was Essa Moosa, Vorsitzender der „Kurdish Human Rights Action Group – South Africa", sagte, dass bevor Öcalan nicht freigelassen werde, könne auch das kurdische Volk nicht befreit werden.

In diesem Sinne, Ihre Redaktion

Die neue Phase im Kampf der Kurden

Die Lösung selbst gestalten

Adem Uzun

Der türkische Staat lenkt unter den Mottos „null Probleme“ und „maximale Beziehungen“ [*mit den Nachbarstaaten*] alle seiner Meinung nach im Widerspruch zueinander stehenden Kräfte in der Region gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Auch wenn das den türkischen chauvinistisch-nationalistischen Kreisen gefällt, so entspricht es nicht der internationalen und regionalen Realität. Es ist eine Fehleinschätzung, schaffen zu können, was bisher niemand erreicht hat. Diese Politik wird das Gegenteil bewirken. Sie hat die Türkei schon jetzt in eine schwierige außenpolitische Situation manövriert. Über die Solidarität mit den PalästinenserInnen will sie die Araber auf ihre Seite ziehen. Ihr Versuch, alle Seiten zufriedenzustellen, ist, wie am Beispiel der Atomfrage des Iran zu sehen, gescheitert und jetzt wird verzweifelt nach einem Ausweg aus dieser Situation gesucht.

Während die Türkei auf der einen Seite im Rahmen des anti-kurdischen Bündnisses mit Syrien und dem Iran einen Krieg gegen das kurdische Volk führt, sucht sie dafür auf der anderen Seite über die Dreierbeziehung USA, Türkei und Irak internationale Unterstützung.

Der türkische Staat und die Kurden stehen vor einer historischen Entscheidung

Die Türkei steht nicht nur hinsichtlich einer Lösung der kurdischen Frage vor einem Scheideweg, sondern auch im Hinblick auf die Freiheitsbewegung hat eine neue Phase begonnen.

Die AKP-Regierung, die bei ihrem Antritt über kein konkretes Lösungskonzept verfügte, hat ihr Regiment mit dem Prinzip fortgesetzt: „Wir können am besten die kurdische Freiheitsbewegung zerstören.“

AKP-Regierung und türkischer Generalstab, die nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 verstanden hatten, dass sie ihre klassische Verleugnungspolitik nicht fortsetzen können, haben eine neue Vernichtungspolitik angebahnt. Die wurde der Öffentlichkeit am 14. April 2009 durch Generalstabschef Başbuğ mit den Worten angezeigt, wer in der Türkei lebe, bilde das Volk der Türkei, alle zusammen die türkische Nation. Die Existenz der KurdInnen wird nicht mehr offen geleugnet, ihnen stehen einige individuelle, aber keine gesellschaftlichen Rechte zu. So wurde in der türkischen Nation ein neuer Begriff vom Türkischsein eingeführt. Darüber sollen nun die politische Herrschaft und der kulturelle Genozid gegen die Kurden ausgeübt werden. Die AKP hat ihre Regentschaft mit der Behauptung fortgesetzt, diese Politik umzusetzen und international anerkennen zu lassen, und so ihre Macht im Staat ausgebaut. Mit dem Wissen, dass diejenigen, die diese Politik erfolgreich betreiben, Machthaber im Staat werden, stellt sie sich stets als die einzig fähige Kraft dar.

Der türkische Staat hat, anstatt die kurdische Frage dauerhaft und friedlich zu lösen, Ablenkungstaktiken entwickelt. Er versucht diese Phase durch Kurdisch-Kurse, kurdischsprachiges Fernsehen und eine Verfassung, in der nichts über Kurden steht, zu überwinden.

Die „demokratische Öffnung“ der AKP und die Friedensbemühungen der Kurden

Die kurdische Seite hat wiederholt gewarnt, dass diese Politik keine Lösung darstelle, dass ernsthafte Schritte erforderlich seien und diese ansonsten nicht akzeptabel seien. Die PKK offerierte in dem als „dritte Phase“ bezeichneten, 18 Jahre umfassenden, Zeitabschnitt wiederholt Projekte für eine demokratische und friedliche Lösung; die sind jedoch stets unbeantwortet geblieben. Dennoch beharrt sie weiterhin auf einer demokratischen Lösung. Sie wollte die einseitige Waffenruhe vom 13. April 2009 mit einer demokratischen Lösung beenden. Herr Öcalan kündigte eine Roadmap an, die einen stabilen Rahmen für eine solche Lösung darstellen könnte. Diese Erklärungen wurden von der Öffentlichkeit begrüßt. Allerdings zeigte die Regierung ihr wahres Gesicht, nachdem die Roadmap in ihre Hände geraten war. Mit dem Wissen, sie würde Unterstützung finden und ihre Politik demgegenüber zum Scheitern bringen, haben sie sie beschlagnahmt.

Anstatt sich dem Festhalten der kurdischen Seite an einer demokratischen Lösung positiv anzunähern – in dessen Rahmen die „Friedensgruppen“ als Zeichen des guten Willens geschickt wurden –, hat die AKP-Regierung einen politischen Genozid an der kurdischen Bewegung eingeleitet. In diesem Zusammenhang wurde die legale kurdische „Partei für eine demokratische Gesellschaft“ DTP verboten und hunderte kurdische PolitikerInnen, unter ihnen zahlreiche BürgermeisterInnen, wurden verhaftet.

Somit machte die AKP mit diesen Angriffen jegliche Bemühungen um eine demokratische Lösung zunichte. Nach deren Scheitern erklärte Herr Öcalan die dritte strategische Phase des kurdischen Kampfes für beendet.

Die dritte Phase hatte mit dem ersten einseitigen Waffenstillstand 1993 begonnen und war mit sechs weiteren Waffenstillständen fortgesetzt worden. In dieser Periode wurden wiederholt Projekte für eine demokratische Lösung vorgeschlagen, blieben jedoch immer einseitig. Für das Ende der dritten Phase lassen sich einige Gründe anführen:

Erstens, der Fortbestand der kurdischen Frage liegt aktuell im Interesse der internationalen Wirtschaftsmächte. Denn sie nutzen die kurdische Frage und das Andauern der Kämpfe für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsambitionen in der Region.

Zweitens, die AKP-Regierung ist der Auffassung, die Türkei habe eine strategische Bedeutung, die sie zur Unterdrückung der Freiheitsbewegung nutzen könne.

Drittens, sie deutet das Beharren der kurdischen Seite auf Frieden als Schwäche.

Viertens, die Verbundenheit des kurdischen Volkes mit der Bewegung und ihrer Führungspersönlichkeit und ihr Kampf haben eine bedeutende Dimension erreicht. Allerdings ist die Mobilisierung des Volkes durch ungenügende praktische Führung nicht ausreichend. Der türkische Staat sieht hier seine Chancen.

Fünftens, die Existenz kollaborierender kurdischer Kreise und einiger eingeschworener PKK-Feinde sowie das Ausbleiben einer entschlossenen Haltung der politischen Kräfte in Südkurdistan gegenüber der Türkei haben ebenfalls Einfluss auf die standhafte Weigerung des türkischen Staates, die kurdische Frage lösen zu wollen.

Sechstens, auch wenn der kurdische Kampf in Kurdistan ein beachtliches Ausmaß erreicht hat, so ist die unzureichende Wirkung der demokratischen Kräfte in der Türkei hinsichtlich einer Lösung ein weiterer Nährboden für die kolonialistische Gesinnung.

Wichtigster Grund ist jedoch die in der Türkei noch immer herrschende verleugnende kolonialistische Gesinnung. Der türkische Staat lässt nicht ab von seiner Politik der politischen Vorherrschaft und des kulturellen Genozids. Wenn er diese Gesinnung und Politik aufgibt, wird die kurdische Frage in kurzer Zeit gelöst werden. Die Freiheitsbewegung hat bisher hinlängliche Anstrengungen für eine Lösung gezeigt. Das Fortbestehen des Problems ist auch aus Sicht der Türkei nicht mehr tragbar. Da sich jedoch die Gesinnung nicht ändert, wird an einer Politik des kulturellen Genozids festgehalten.

Die vierte Phase bei den Kurden

Es ist offensichtlich, dass für die demokratische Lösung der kurdischen Frage ein noch umfangreicherer Kampf erforderlich ist. Er muss in vielerlei Hinsicht ausgebaut werden, um entweder die Türkei zu Schritten in Richtung einer Lösung zu drängen oder um in Anlehnung an die eigene Kraft eine demokratische und freiheitliche Lösung zu erreichen. Der Kampf in der vierten Phase wird auf diese Ziele ausgerichtet sein.

Herr Öcalan sagt, eine Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei werden zu Ergebnissen mit der Wirkung einer demokratischen Revolution in der Region führen. Dass die reaktionären regionalen Kräfte und wichtige internationale politische Akteure auf einem Ausschluss der Kurden als Ansprechpartner für eine Lösung bestehen (trotz vernünftiger Lösungsvorschläge), muss unter gewissen Aspekten auch als Ausdruck von Angst gesehen werden. Die verleugnenden Kräfte sind gleichzeitig auch sehr rückständig und erkennen, dass die aus der Lösung der kurdischen Frage erwachsende demokratische Revolution ihre Existenzgrundlage aufheben wird.

Die internationalen Kräfte sehen, dass eine demokratische Türkei und ein demokratischer Mittlerer Osten einer willensstarken Türkei und einem ebenso willensstarken Mittleren Osten gleichkommen. So halten sie Abstand von dem Demokratie- und Freiheitswind, der von der kurdischen Bewegung in Kurdistan ausgehend auf die Türkei und den Mittleren Osten übergreifen wird. Sie sehen ihre Schwäche gegenüber der kurdischen Kraft sehr gut. Daher schließen sie reaktionäre Bündnisse.

Die AKP glaubte, die kurdische Bewegung mit Hinhaltetaktiken von ihrer Kurdenpolitik, die sie mit der Zeit politisch und militärisch neu gestalten will, zu überzeugen. Doch als diese Bemühungen vereitelt wurden, musste sie entweder Schritte in Richtung einer Lösung einleiten oder einen Vernichtungsschlag gegen die kurdische Bewegung. Da es zu keiner politischen Lösung kam, hat sich der großartige Widerstand des kurdischen Volkes entfaltet.

Die stetig zunehmenden militärischen Angriffe in den letzten Tagen zeigen, dass der türkische Staat gegenüber dem Widerstand der Kurden keinen anderen Ausweg als Krieg sieht.

Trotz dieser schmutzigen Politik hatte Herr Öcalan der Türkei bis zum 31. Mai 2010 Zeit gewährt. Sollte es bis dahin keine Schritte für eine Lösung geben, werde er sich aus dem Prozess zurückziehen. Da die Türkei keine entsprechende Reaktion zeigte, zog Herr Öcalan die Konsequenzen und betonte, dass von nun an die Führung der KCK und der türkische Staat für die weiteren Entwicklungen verantwortlich seien.

Die neue und strategische vierte Phase sieht vor, aus eigener Kraft die kolonialistische, lösungsresistente Realität zu bekämpfen und das demokratisch-konföderale System zu etablieren. Ziel ist, die Lösung selbst zu gestalten, wenn das kurdische Volk die demokratische Autonomie deklarieren will. Zusammengefasst ist die vierte Phase das Finale, welches die endgültige Lösung der kurdischen Frage vorsieht. Es ist keine ideologische, theoretische oder programmatische Änderung. ♦

Murat Karayılan zur Phase nach dem einseitigen Waffenstillstand

Unser Ziel ist die Ausrufung der „demokratischen Autonomie“!

Murat Karayılan interviewt von Halit Ermiş, ANF 07.06.2010

Der Exekutivratsvorsitzende der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan“ (KCK), Murat Karayılan, sprach im Interview mit der Nachrichtenagentur Fırat (ANF) über die anstehende Phase und ihre Ziele.

ANF: Wurden die Gefechte ausgeweitet, weil kein Lösungsweg zu erkennen war und ein Vernichtungsplan besteht?

Karayılan: Bekanntlich wurde unsere Bewegung am 5. November 2007 beim Treffen von George W. Bush und Recep Tayyip Erdoğan als „gemeinsamer Feind“ benannt. Darauf begann eine Angriffswelle mit modernster Technologie, mit Spionageflugzeugen und modernsten Waffen Israels und der USA. Indessen starteten wir die „Êdî bes e!“-Kampagne [*Es reicht!*]. Die Bevölkerung protestierte heftig, begleitet vom Widerstand der Guerilla. Nach dem Angriff der türkischen Armee auf das [*südkurdische*] Zap-Gebiet im Februar 2008 erreichte der Widerstand seinen Höhepunkt. Das zeigte, dass unsere Bewegung erfolgreich gegen die Operationen des türkischen Militärs war und ist. Unterm Strich erfuhr das türkische Militär in Zap einen herben Rückschlag.

Vor diesem Höhepunkt hatte es noch weitere Widerstandsaktionen gegeben wie die in Gabbar und Oramar [*Angriffe der Guerilla auf Militärstationen*]. Anschließend war die DTP [*Partei für eine demokratische Gesellschaft; verboten im Dezember 2009*] bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 sehr erfolgreich.

Der militärische Erfolg in Zap und der politische bei den Kommunalwahlen legten einige Fakten offen. Die Bevölkerung zeigte willensstark auf die demokratisch-friedliche Lösung. Gleichzeitig wurde noch einmal deutlich, dass die kurdische Freiheitsbewegung mit modernster Technologie, Militäroperationen und/oder Spezialkriegsmethoden nicht vernichtet werden kann. Wir haben als Bewegung [*in den frühen 90ern*] die Feststellung getroffen, dass die Zeit der demokratischen Lösung der kurdischen Frage angebrochen ist. Aus diesem Grunde haben wir mehrere Waffenstillstände erklärt, zuletzt am 13. April 2009. Damit alles in einen langfristigen Frieden mündet, übergab der Vorsitzende Apo dem Staat eine umfangreiche „Roadmap“. Als er erkannte, dass der Prozess stagnierte, rief er zu Friedensgruppen auf, die auch geschickt wurden.

Kurz gefasst kann gesagt werden, dass unsere Bewegung alles Nötige für die friedliche Lösung der kurdischen Frage getan hat. Wir erwarteten auch vom Staat Schritte. Leider hat sich aber weder der Staat noch die AKP-Regierung um einen Millimeter bewegt. Die Regierung wurde von der internationalen wie der türkischen Öffentlichkeit unter Druck gesetzt und musste so den Startschuss für die „kurdische Initiative“ geben, die sie bald in „demokratische Initiative“ umbenannte. Später wurde klar, dass der – auch wegen unseren Schritten in Richtung friedlicher Lösung – bedrängte türkische Staat diesen Prozess durch AKP-Hand sabotieren wollte. Diese Initiative diente nicht der Lösung, sondern dem Krieg. Die Lösungsformel von Generalstabschef İlker Başbuğ [*alle Volksgruppen in der Türkei sind Teile des türkischen Volkes*] ist in Wahrheit eine, die unter dem Strich alle zum Türkentum zwingt. Das ist eine politisches Paradigma, das seinen Kern nicht verloren hat. Die AKP sprach angelehnt daran vom kurdischen Volk. Darüber hinaus hat es von ihr keine praktischen Schritte gegeben.

Unter der Parole „demokratische Initiative“ wurde den Kindern und Jugendlichen Unglaubliches angetan, bis hin zu Morden. Frauen wurden auf jegliche Art und Weise angegriffen. Keine Spezialkriegsmethode wurde außer Acht gelassen. In manchen Orten wurden Menschen von „unbekannten Tätern“ ermordet. Gestützt auf Anti-Terror-Gesetze herrschte ein versteckter Ausnahmezustand. Es reichte, wenn man nur den Mund aufmachte. Sofort wurde man verhaftet und verhört. Medieneinrichtungen wurden mit unglaublich hohen Strafen belegt. Später wurde die DTP verboten. Zusammen mit dem Irak und den USA wurde ein Dreier-Gespann etabliert, um auf internationaler Basis Konzepte gegen unsere Bewegung zu erstellen. Auf der anderen Seite wurde die Allianz mit dem Iran und Syrien aufrechterhalten, um uns in die Ecke zu drängen. Die AKP stellte die „Isolierung der PKK“ in den Mittelpunkt ihrer diplomatischen Aktivitäten. Die NATO wurde eingeschaltet. In Brüssel, dem Sitz der NATO, wurden kurdische Einrichtungen angegriffen.

Die Antwort darauf, dass wir die Waffen aus der kurdischen Frage heraushalten wollen, gab die Gegenseite auf entwürdigende Weise, indem sie unser Grab zu schaufeln versuchte.

Mit den jüngsten Verfassungsänderungen wurde noch einmal deutlich, dass die AKP keine Lösung will. Sie denkt nicht einmal daran. Ebenso wurden im Frühling die Militäroperationen ausgeweitet. Die Gebiete Botan und Zagros sind mit Soldaten überschwemmt. Von Botan bis nach Dersim finden überall Operationen statt.

Haben wir gegen all diese Angriffe kein Recht auf Selbstverteidigung? Dürfen wir keine Politik machen? Sollen wir warten und so tun, als ob nichts wäre, während die Gegenseite auf internationaler, nationaler und regionaler Basis Vernichtungskonzepte entwirft?

Ich betone: Wir sind die friedlich-demokratische Lösung der kurdischen Frage von Anfang an ernsthaft angegangen! Die AKP wollte dies nicht und hat den Prozess sabotiert. Die Waffenruhe wurde nicht von uns, sondern von der AKP beendet. Unsere Einheiten werden sich natürlich verteidigen. Niemand kann von uns erwarten, dass wir uns in eine Ecke zurückziehen und auf unser Ende warten. Wir können nur mit aktiver Selbstverteidigung die Vernichtungspläne der Gegenseite neutralisieren. Auf dieser Basis wird die Freiheits- und Demokratiebewegung die Aufgaben der neuen Phase erfüllen können.

Wie wurde das Ende der Waffenruhe beschlossen?

Während die PKK auf Frieden setzte, führte der türkische Staat Operationen zur Vernichtung durch. Der Vorsitzende Apo sagte: „Ich entziehe mich." Was konnte er auch anderes tun? Obwohl er sich die Seele aus dem Leib schrie, damit Schritte für die friedliche Lösung gemacht werden, hat die AKP nicht hören wollen. Täglich gibt es Operationen. Es wird gefragt, wieso das alles so weit gekommen ist.

Die Sache muss ernsthafter angegangen werden. Der Vorsitzende Apo sah, dass er nichts mehr tun kann, und zog sich heraus. Unsere Bewegung wiederum wird gegenüber all diesen Operationen nicht schweigen, sondern ihr natürlichstes Recht, die Selbstverteidigung, in Anspruch nehmen.

Dieser Beschluss wurde auf der Tagung des PKK-Exekutivrats und anschließend auf der des KCK-Exekutivrats gefasst. Unsere Bewegung hat die Verantwortung übernommen. Auf dieser Basis wurde der Öffentlichkeit der Beginn der vierten Phase bekannt gegeben.

Können Sie diese Phase genauer erläutern? Was bedeutet das für die PKK?

Diese neue Phase ist eine strategische. Wir nennen sie die „vierte Phase". Ihre Bedeutung ist sehr wichtig. Wir haben mehrere Waffenruhen ausgerufen und zum Frieden aufgerufen. Mehrere Deklarationen für den Frieden wurden veröffentlicht. Wir haben alles getan, damit die kurdische Frage gerecht gelöst wird. Es wurden Projekte vorgeschlagen, um die kurdische Frage innerhalb der Grenzen der Türkei zu lösen bzw. die Sensibilitäten des türkischen Volkes zu berücksichtigen. Sie wurden aber nicht ernst genommen. Sie wurden entweder nicht beachtet oder als Schwäche gewertet. Man versuchte die Vernichtung voranzutreiben. Das ist die Sicht des türkischen Staates auf das kurdische Volk und zeigt gleichzeitig, dass der türkische Staat keinen Frieden mit den Kurden will.

Er will die Kurden übernehmen. Er akzeptiert sie mit freier Entscheidungskraft nicht. Eher soll das kurdische Volk zwangsweise im türkischen aufgehen. Das einfachste Beispiel dafür ist die Reaktion auf die Freude unserer Bevölkerung, als die Friedensgruppen [*im Oktober 2009*] in der Türkei eintrafen. Der Staat ist von seiner Assimilationspolitik nicht abgewichen.

Was können wir in dieser Situation noch tun, wenn der Staat keinen Frieden mit uns will? – Wir können nur noch unsere eigene Lösung, gestützt auf unsere eigene Kraft, anstreben. Das ist einer der Grundfaktoren der neuen Phase. Wir werden die Lösung bringen, trotzdem der Staat keine Lösung will! Wenn der irgendwann offen für Friedensverhandlungen ist und das kurdische Volk als solches anerkennt, dann sind wir bereit für den Dialog. In diesem Rahmen müssen alle legalen wie illegalen kurdischen Organisationen für die „demokratische Autonomie" zusammenkommen.

Im Rahmen der „eigenen Lösung" ist unser erstes Ziel die Ausrufung der „demokratischen Autonomie". Die „demokratische Autonomie" zwingt den Staat zur demokratischen Lösung. Wenn der weiterhin nicht an einer Lösung interessiert ist, dann wird die Autonomie beibehalten. Wenn aber der Staat die Autonomie als Ziel fixiert und zerstören will, dann müssen wir unsere eigene Demokratie auf konföderaler Basis ohne einen Staat aufbauen. Das ist der Rahmen der vierten Phase.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat mit dieser neuen Phase die geschichtsträchtigste ihrer ganzen Historie ausgerufen. Das ist eine sehr wichtige und revolutionäre Phase. In der müssen wir in ideologischer, politischer, diplomatischer, sozialer, ökonomischer und militärischer Hinsicht eine diszipliniertere Haltung einnehmen und den Widerstand besser organisieren. Diese vierte Phase ist von unserer Seite aus notwendig. Ohne sie wird sich ein sehr gefährlicher Prozess entwickeln. Der türkische Staat akzeptiert keinen einzigen Lösungsvorschlag; im Gegenteil: Er geht Allianzen ein mit dem Iran, Syrien und später auch mit dem Irak. Diese Allianzen bezwecken die Vernichtung unserer Bewegung und später der Errungenschaften des kurdischen Volkes in allen vier Teilen Kurdistans.

In Muğla, Tokat und Istanbul wurden kurdische Studenten angegriffen, in Colemêrg und Sîlopî Frauen. Außerdem wurde die BDP-Parlamentarierin Sevahir Bayındır [*an der Hüfte*] verletzt. Ein Kind wurde

ermordet. Diese Angriffe wurden als „Probe zum physischen Genozid“ gewertet. Welchen Charakter haben diese Angriffe?

Es ist klar, dass auf dem Sicherheitsgipfel unter der Regie Erdoğans am 2. Juni neue Beschlüsse zur Vernichtung der Freiheitsbewegung gefasst wurden. Einer der wichtigsten dieser Beschlüsse ist die vergangene Praxis, die Unterdrückung der legitimen, demokratischen Aktionen des kurdischen Volkes. Das wird Stück für Stück praktiziert. Der Angriff auf Frau Bayındır, die Ermordung des 14-jährigen Diren Basan aus Şirnex und die Angriffe auf die Frauen zeigen, dass der Staat ein solches Ziel im Blick hat. Das lässt sich aber nicht auf einmal erledigen, da eine gesellschaftliche Reaktion befürchtet wird.

Ein wichtiger Punkt ist, dass die AKP-Regierung den auf einem bestimmten Niveau angelangten gesellschaftlichen Widerstand des kurdischen Volkes schwächen will. Es soll mit den genannten Maßnahmen eingeschüchtert werden. Das müssen alle Institutionen in Kurdistan wissen. Man darf vor dieser grausamen Praxis des türkischen Staates keinen Schritt zurückweichen. Es ist wichtig, dass eine klare Haltung gezeigt wird. Nur so wird der Staat einen Schritt zurückgehen.

Ansonsten wird er noch mehr Menschen festnehmen, noch mehr Repression ausüben und weiterhin gewalttätig sein.

Auf der anderen Seite aber ist es würdelos, dass der Staat die Parlamentarier so respektlos behandelt, kurdische Kinder und Jugendliche mit dieser oder jener Ausrede ermordet und weitere Hunderte verhaftet. Das können wir unter keinen Umständen akzeptieren.

Man hat versucht, die PKK mit verschiedenen Außenmächten wie Armenien, Russland, Griechenland, den USA und zuletzt Israel und Ergenekon in Verbindung zu bringen. Die letzte [*Guerilla*-]Aktion in Iskenderun soll mit Israel in Verbindung gebracht werden. Warum wird jedes Mal nach einer Außenmacht gesucht?

Das ist eine Mentalität der Republik Türkei, es ist wie eine Krankheit und stammt aus der Zeit der İttihat & Terakki [*Organisation der Jungtürken am Ende des Osmanischen Reiches*]. In der türkischen Politik ist es etwas ganz Normales, eine Außenmacht zu suchen, wenn die Türkei irgendwie angegangen wird. Besonders bei kurdischen Bewegungen. Wir sollten ja nicht nur mit den genannten Mächten in Verbindung stehen: Anfangs hieß es Moskau. Diese Propaganda wurde jahrelang betrieben. Danach war es die ASALA [*„Armenian Secret*



Demonstration in Amed im Stadtteil Bağlar gegen die Militär-Operationen Foto: DIHA

Army for the Liberation of Armenia", bewaffnete exil-armenische Untergrundorganisation ab 1975]. Anschließend Griechenland, eine Zeit lang die USA, später Syrien und der Iran. Jetzt wird der nächste Kandidat gesucht.

Unsere Bewegung hat mit keiner auswärtigen Macht etwas zu tun. Wir sind eine Bewegung mit unseren Prinzipien, mit unserer Ideologie und im Widerstand der Würde. Wir halten die politische und ethische Haltung über allem. Wir werden niemals zulassen, dass sich irgendeine Macht mit uns profiliert. Wir stützen uns auf unsere eigene Kraft. Die Spekulationen entsprechen nicht der Wahrheit.

Die einzige Bewegung im Mittleren Osten, die aus eigener Kraft wächst und sich selbst reicht, ist die PKK-Bewegung. Das ist für uns und das Volk aus Kurdistan eine Ehre. Wir sagen, dass internationale Kapitalmächte und regionale Status-quo-Befürworter auf ideologischer und politischer Ebene die Probleme der Region nicht lösen können, dies niemals schaffen werden, und betrachten uns als eine dritte Linie, als Alternative. Wir behaupten von uns, Lösungen für die Probleme der Region zu haben.

Deshalb werden die Medya-Verteidigungsgebiete von US-amerikanischen Flugzeugen ausspioniert. Die festgestellten Punkte werden dann vom Iran bombardiert, manchmal von den türkischen Bombern. Zwei Mächte, der Iran und die USA, die sich angeblich „bekriegen", agieren zusammen. Wieso? – Weil wir gegenüber beiden unseren Prinzipien treu bleiben. Trotzdem zu versuchen, unsere Bewegung mit hier oder da zu assoziieren, ist verlogen.

AKP-Vertreter sowie der CHP-Vorsitzende wollten die PKK mit Israel in Verbindung bringen. Soll damit die „Wut der islamischen Welt" auf die kurdische Freiheitsbewegung ausgeweitet werden?

Die anderen Versuche sind ja noch irgendwie verständlich, aber das sprengt alle Grenzen. Der türkische Staat führt seit Jahren Operationen gegen uns mit israelischer Handschrift durch. Modernste Technologie wie geheimdienstliche Informationen werden aus Israel geholt. Momentan sind israelische Einheiten in Êlîh stationiert. Spione nehmen an den Operationen teil. Die Heron-Drohnen werden in Israel bestellt. Man hat also gegen uns eine Allianz mit Israel geschlossen. Dass der Angriff in Iskenderun [*Raketenangriff auf Marinebasis am 31. Mai*] auf denselben Tag fiel wie der auf den Gaza-Hilfskonvoi, war Zufall. Woher sollten die am Angriff in Iskenderun beteiligten Einheiten vom Vorhaben Israels informiert sein?

Die Mentalität, gesellschaftliche Probleme aus staatlicher, herrschender Sicht auf der Grundlage von Gewalt lösen zu wollen, herrscht beim türkischen und beim israelischen Staat. Das größte Hindernis ist diese Mentalität. Die Türkei stößt auf einmal auf die gleiche Mentalität, mit der sie jahrelang gegen uns vorgegangen ist. Sie versucht jetzt, über religiöse Gefühle in der Palästina-Frage gegen Israel zu profitieren. Sie wollte die PKK mit Israel in Verbindung bringen, um sie in der Gesellschaft zu diskreditieren. Wir stehen vor der Vernichtungsabsicht in unserem eigenen Land und nutzen dagegen unser legitimstes Recht auf Selbstverteidigung.

Wozu diese Propaganda? Sie dient nur zur Aufstachelung nationalistischer Gefühle. So werden Keile zwischen Völker getrieben. Diese Propaganda ist gefährlich, unethisch und prinzipienlos.

Welche Botschaft sollte die Aktion von Iskenderun vermitteln?

Zusammen mit der Aktion von Iskenderun begann die Verteidigungspolitik der neuen Phase. Insbesondere trugen dazu aber die Angriffe auf Xarkûrke und die Ermordung unserer Freunde zwischen Dersim und Çewlig bei. Aus diesem Grunde kann die Aktion von Iskenderun als Startschuss gelten.

Verfolgt die Guerilla eine neue Strategie?

Zuvor muss gesagt werden, dass die Guerilla aus Kurdistan keinen klassischen Widerstand leistet. Dieser Widerstand basiert auf der „legitimen Selbstverteidigung", die hat eine aktive, eine passive und eine umfassende Variante. Momentan wird unsere Bewegung die aktive Selbstverteidigung wahrnehmen.

Wenn die Gegenseite viel mehr beansprucht und drangsaliert wird, dann können die eigene Stellung, die eigenen Einheiten und die eigenen Werte eher beschützt werden. Das wird die Guerilla in Kurdistan machen.

In diesem Rahmen wird die Verteidigung nicht nur auf Kurdistan beschränkt bleiben. Sie wird sich von Ort zu Ort auf die Metropolen ausweiten. Das hat den Grund, weil meist Einheiten in Bolu, Kayseri, İzmir und anderen Orten ausgebildet werden und dann in Kurdistan Massaker verüben.

Es ist bekannt, dass Krieg den Staat ökonomisch belastet. Deswegen würde es nicht ausreichen, die Verteidigung in den eigenen Reihen zu belassen. Die Gegenseite muss wirtschaftlich wie militärisch bedrängt werden.

Der türkische Staat und seine Kameraden haben versucht, uns aus dem Süden zu vertreiben. Das haben wir aber bemerkt und uns in der Region ausgebreitet. Im Moment sind wir nicht nur im Süden, sondern auch am Schwarzen Meer, am Mittelmeer, in Nordkurdistan bzw. in ganz Kurdistan. Jene Staaten, die Kurdistan unter ihrer Herrschaft halten, müssen wissen, dass sie die Freiheitsguerilla nicht mehr aus Kurdistan kriegen werden. Die Guerilla ist eine Kraft, die sich mit der „Apo-Philosophie" ausgestattet hat. Keine Kriegstaktik und/oder Militäroperation kann sie besiegen.

Das wird die Guerilla in der anstehenden Phase beweisen.

Im Moment finden an vielen Orten Kurdistans Operationen und auch Gefechte statt. Von Bolu bis nach

Kayseri wird militärisch aufgerüstet. Was ist Ihre Meinung zu den militärischen Ereignissen?

Der türkische Staat plant einen militärischen Sieg, wenn er den politischen errungen hat. Er will international und regional unsere Isolation, damit er unsere politische Basis schwächen kann. Mit Blick auf die kommenden Wahlen will die AKP die nationalistischen Kreise mit einer Offensive gegen Herbst hin ansprechen. Das kann bis zur Besatzung wichtiger Gebiete des Südens gehen. Insbesondere werden Freunde aus unserer Leitung mit modernster Technologie als Ziele markiert. Dafür wird bei Irak, Iran und USA weiterhin um Unterstützung geworben. Der Grund für das große Interesse der Türkei an Südkurdistan rührt daher, dass sie die südkurdische Regierung zum Teil ihres Planes machen will. So wie die Regierung Sri-Lankas die LTTE-Guerilla international isoliert hat, will die AKP Ähnliches in Kurdistan machen.

Da wir diese Pläne zu gut kennen, haben wir ab dem 1. Juni die neue strategische Phase angekündigt. Wir werden die Pläne der AKP durchkreuzen. Alle Betreffenden sollen sehr genau wissen: Wir haben für den Frieden bis zum letzten Moment gekämpft. Wir wollten ihn ernsthaft. Aber unsere Vernichtung wird unauffällig geplant. Wir können da nicht einfach zuschauen. Das würde bedeuten, auf den eigenen Tod zu warten. Wir haben nicht einfach aus Lust und Laune gehandelt. Unsere neue Phase setzt sich zur Aufgabe, den Plan der Vernichtung und der Massaker zu durchkreuzen. Wir werden niemals von der Demokratie und der Geschwisterlichkeit der Völker abweichen! Dafür muss aber die Gleichheit erst einmal geschaffen werden. Die Aufgaben, dem Militär zu zeigen, dass es uns nicht vernichten kann, der AKP zu zeigen, dass sie mit religiöser Literatur unsere Menschen nicht kaufen kann, und dass sie davon ablassen müssen, zwingen sich auf.

Die AKP versucht unser Grab zu schaufeln. Sie wird aber selbst in die Grube fallen, die sie gräbt! Sie hat sich bisher nicht aufrichtig verhalten und unsere friedlichen Lösungsvorschläge abgelehnt. Auf der einen Seite hieß es „Initiative", auf der anderen Seite wurde zuvor nicht gesehenes Leid angetan. Wir erkennen diese Spielchen. Die nötige Erfahrung haben wir. Wir kennen ihre Pläne und werden sie durchkreuzen. Wir werden allen zeigen, dass die „demokratische Autonomie" eine gesellschaftliche Kraft ist. Die entschlossene Haltung unseres Volkes, der Widerstand der Jugend aus Kurdistan und die Erfahrung unserer Bewegung werden das möglich machen.

Mesûd Barzanî äußerte in seinen letzten Erklärungen, dass es „nie wieder einen Krieg zwischen Geschwistern" geben werde. Was ist Ihre Meinung dazu? Außerdem kamen Informationen in die türkische Presse, Barzanî übe Druck auf die PKK aus für die Fortdauer der Waffenruhe. Was sind die Eigenschaften der Beziehung zwischen Türkei und kurdischer Autonomieregierung?

Natürlich wird es keinen Krieg mehr zwischen Geschwistern geben. Diese Ära ist vorbei. Man muss dafür sorgen, dass so etwas nie wieder passiert. Einheit und Solidarität unter Geschwistern ist wichtig.

Bezüglich der Reise Herrn Barzanîs [*PDK-Vorsitzender; Präsident der Autonomen Region Kurdistan*] in die Türkei haben wir unsere Meinung vorher mit der Öffentlichkeit geteilt. Dazu werde ich nichts mehr sagen.

Die Waffenruhe aber haben nicht wir nutzlos gemacht. So kann man von uns auch nicht erwarten, dass wir sie fortsetzen. Die AKP-Regierung hat 1 500 Menschen verhaftet, Luftangriffe und in Nordkurdistan überall Militäroperationen durchgeführt und sie tut dies immer noch. Wir haben die Waffenruhe nicht beendet, das tat die AKP. Wenn sie aber den Willen zum Frieden aufbringt, dann sind wir dazu bereit. Das haben wir vorher schon erklärt.

Wie die Beziehungen zwischen der Türkei und der kurdischen Regierung aussehen, kann jetzt noch nicht beantwortet werden. Es ist etwas zu früh für eine Auswertung. Herr Barzanî ist vor kurzem von seiner Reise zurückgekehrt. Deren Ergebnisse werden sich sicherlich in der Praxis widerspiegeln. Dann können wir Genaueres sagen.

Für die nationale Einheit ist die Haltung Herrn Barzanîs von großer Bedeutung. Von daher werden wir erst nach einer genauen Beobachtung unsere endgültige Auswertung machen.

Aber die Haltung des türkischen Staates und die Art und Weise der Protokollunterzeichnung waren wirklich sehr erniedrigend. Es stimmt nachdenklich, dass nur eine Flagge (die türkische) in den Saal gestellt wurde, als würde sie beide Staatsmänner repräsentieren. Da die AKP die Kurden auch als Türken betrachtet, ist das für sie etwas ganz Normales. Das offenbart ihre ideologische Ausrichtung. Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan muss auch mit eigener Flagge, mit der eigenen Symbolik anerkannt werden. Der türkische Staat und die AKP taten das aber nicht. Außerdem tauchte er in allen Medien nicht als „Präsident der Autonomen Region Kurdistan" auf, trotz offizieller Einladung. Das lässt uns daran zweifeln, dass die Türkei die kurdische Autonomieregion 100-prozentig akzeptiert hat.

Das und die aktuellsten Ereignisse in Nordkurdistan sind eine Art Warnung an das kurdische Volk. Man will sagen: „Ihr könnt machen, was ihr wollt, trotzdem seid ihr an uns gebunden." Nicht nur die Nordkurden, auch die restliche Bevölkerung Kurdistans wird nicht als Volk anerkannt.

Die Türkei geht diese Sache taktisch an. Ihre „freundschaftlichen Gefühle" rühren aus dem Wunsch nach Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung. Ich bin mir sicher, dass in den persönlichen Gesprächen das viel klarer zur Sprache kam. Wichtig ist aber, dass die Kurden das nicht zulassen. Ich hoffe, die Haltung [*Barzanîs*] während seiner gesamten Reise war dementsprechend. ♦

Kolumne von Abdullah Öcalan – Juni 2010

Steht Kurdistan vor einer neuen Revolution?



Demonstration in Amed Foto: DIHA

Um die kurdische Frage zu verstehen, ist ein Blick auf die geschichtlichen Hintergründe unumgänglich. Die andauernde Tragödie zeigt, dass dieses historische Problem nicht mit einfachen Mitteln lösbar ist. Nachdem der türkische Nationalismus zu einer Staatsdoktrin wurde, wurden das armenische und das aramäische Volk Opfer eines offenen Völkermordes. Die Kurden waren hingegen einem schleichenden Genozid durch die Verleugnung ihrer Identität ausgesetzt. Ihre Sprache wurde verboten, Namen von Menschen und Orten türkisiert, Staatsterror und Demütigung zu einem Teil des täglichen Lebens – bis in die jüngste Vergangenheit hinein.

Die Kurden wurden vertrieben, ihres Hab und Gutes beraubt und zur Armut verurteilt; Tausende ihrer Dörfer wurden niedergebrannt. Frauen wurden Ziel einer sexistischen Politik, Kinder systematisch assimiliert. Dem kurdischen Volk sollte die Zukunft geraubt werden. Unser Aufstand richtete sich gegen diesen ökonomischen, politischen und kulturellen Genozid. Unser historischer Aufbruch hatte das alleinige Ziel, die Tragödie unseres Volkes zu beenden.

Nach dreißig Jahren unseres Kampfes hat sich das kurdische Volk auf der Suche nach Freiheit und der eigenen Identität so weit fortentwickelt, dass es kein Zurück mehr geben kann. Durch die Schaffung einer nachhaltigen Kultur des demokratischen Widerstands haben wir den Menschen ihre Stimme zurückgegeben.

Weder der Beginn des Krieges noch seine Fortsetzung waren unsere Präferenz. Unsere Waffenruhen sprechen für sich. Obwohl sich unsere Friedensaufrufe an verschiedene Regierungen unterschiedlichster politischer Couleur richteten, antwortete der Staat stets nur mit dem Versuch, uns zu vernichten oder zur Kapitulation zu bewegen. Auch während meiner mehr als elfjährigen Gefangenschaft habe ich für die Errichtung eines dauerhaften Friedens nichts unversucht gelassen. Der strategische Frieden und die demokratische Politik sind zu einer nationalen Vision der Kurden geworden.

Unsere Friedensbemühungen blieben ohne Antwort. Inoffizielle Gespräche fanden statt, die uns jedoch nur hinhalten sollten. Mehr als 1 500 kurdische Lokalpolitiker wurden binnen eines Jahres inhaftiert. Nicht der kleinste Raum wurde gelassen, um einen friedlichen politischen Beitrag leisten zu können. Deshalb werde ich die Geduld der kurdischen Bevölkerung nicht mehr weiter strapazieren. Ab dem 31. Mai 2010 ziehe ich mich aus dem Prozess zurück. Wie dieser weiter verlaufen wird, ob Krieg oder Frieden, obliegt von nun an der alleinigen Entscheidung der Führung der KCK. Ab dem 31. Mai 2010 bin ich nicht mehr für das kommende Geschehen verantwortlich. Sollte jedoch die Regierung wirklich ernsthaft an einer nachhaltigen friedlichen Lösung des Konflikts interessiert sein, stehe ich wieder zur Verfügung, wenn dies von beiden Seiten gewünscht ist.

Unser Kampf ist kein ethnischer Kampf. Vielmehr ist die kurdische Revolution das Herz des Mittleren Ostens. Diese Revolution wird Veränderungen in einem Umfang einleiten, wie dies die Französische Revolution oder Russische Revolution vermocht haben. Doch anders als diese wird die kurdische Revolution frei vom Nationalismus sein. Das von mir vorgeschlagene Lösungsmodell fußt auf dem Modell einer demokratischen Autonomie. Diese sieht eine Lösung vor, bei der innere Konflikte nicht über die Grenzen hinweg ausgetragen werden. Anderseits lehnen wir die universale Hegemonie der herrschenden Mächte ab, ohne mit ihnen in einen offenen Konflikt zu treten. Es ist möglich, die eigene Existenz und eigenen Prinzipien nachhaltig zu sichern, ohne von der auch als „Imperium“ bezeichneten globalen Hegemonie absorbiert zu werden. Die Lösung dieses Problems auf der Grundlage einer demokratischen Autonomie wird den gesamten Mittleren Osten positiv beeinflussen. ♦

Abdullah Öcalans Kolumnen in „il manifesto“ und „Gara“ bei der Internationalen Initiative:
http://www.freedom-for-ocalan.com
09. März 2010: Die Revolution ist weiblich
13. Februar 2010: Eine Verschwörung gegen den Frieden
11. Januar 2010: Presseerklärung der Redaktion von Il Manifesto über die Authentizität
09. Januar 2010: Einen gerechten Frieden für die Kurden

Öcalan: Die Kriegslobby hat den Frieden verhindert!

aus ANF, 07./11.06.2010

Am 06. und am 09.06.2010 kam Abdullah Öcalan mit seinen Anwälten in der Gefängnisanstalt „Imralı“ zusammen. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Fırat (ANF) sprach er über Krieg und Frieden, über die Kriegslobby der Türkei und schlug Lösungsmethoden vor. Zunächst erläuterte er seine Entscheidung, sich als Verhandlungspartner zurückzuziehen.

„Wir befinden uns in einer kritischen Phase. Ich weiß nicht, wo all dies hinführen wird. In den Medien wurde ich an einigen Stellen missverständlich dargestellt. Ich möchte ab sofort von hier aus nichts mehr entscheiden oder irgendetwas im Weg stehen. In zwölf Jahren hat es keine wesentlichen Fortschritte gegeben. Ich kann mir auch nicht etwas vormachen und so tun, als ob es in der Türkei irgendeine Art von Frieden gebe. Dass sie gekommen sind und mit mir gesprochen haben, war letztlich ohne Bedeutung. Es kommt auf das Ergebnis an. Wenn es kein Ergebnis gibt, sich keine Lösung abzeichnet, so sind auch Gespräche sinnlos.“

Öcalan betonte im weiteren Gespräch, dass es bereits mehrfach seit den frühen 1990er Jahren Gespräche mit verschiedenen Regierungen über eine Lösung des Konflikts gegeben hatte, diese aber stets durch die Kriegslobby sabotiert worden seien. Dies bezeichnet er als „Verschwörungen“. In seinen vergangenen Konsultationen hatte er angemerkt, dass alle Ansprechpartner, die den Frieden zwischen dem türkischen Staat und der PKK befürworteten, der Reihe nach ausgeschaltet worden seien. Öcalan unterteilte die Etappen dieser Verschwörung wie folgt:

Phase I: „Ich unterteile die letzten 30 Jahre in vier Verschwörungsphasen. Die erste Phase ist die Zeit von [*Ex-Staatspräsident Turgut*] Özal. In der Türkei gibt es eine Spezialkriegslobby. Diese Lobby ist sehr stark entwickelt. Schon zu Zeiten Mustafa Kemals (1925) war diese Lobby Grund für die Hinrichtungen von Xalit Begê Cibirî [*trk.: Cibranlı Halit; Soldat osmanischer und türkischer Armee und Vorsitzender der Organisation 'Azadî'*], Şêx Said und Seyid Riza. Damals wie heute besteht die Mosul-Kirkûk-Frage. Der Putsch von 1960 und der von 1980 waren das Werk dieser Lobby. Damit meine ich nicht nur das 'Amt für spezielle Kriegsführung' [*trk.: Özel Harp Dairesi*]. Diese Lobby beginnt mit diesem Amt, ist aber bis in den zivilen Bereich sehr gut organisiert. Ich nenne sie ab sofort Kriegslobby. Diese Kriegslobby herrscht über die Türkei. Sie ist im zivilen Bereich viel stärker. Zu dieser Lobby gehörten Leute wie Tansu Çiller [*Ministerpräsidentin 1993 bis 1996, wird verantwortlich gemacht für ca. 17 000 'Morde unbekannter Täter'*], Mesut Yılmaz [*Nachfolger Çillers*], Devlet Bahçeli [*Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung MHP*] und Deniz Baykal [*Ex-CHP-Vorsitzender; vor kurzem wegen eines Sexskandals zurückgetreten*]. Ich nenne dieses System ein spezielles oligarchisches System. Özal setzte, als er mit der kurdischen Frage und der PKK konfrontiert wurde, als Erstes die traditionelle Kriegslobby in Gang. Aber er kannte entweder die Kraft dieser Lobby nicht oder nahm sie nicht ernst. Aber meiner Meinung nach war Özal sich dieser Kraft nur begrenzt bewusst. Diese Lobby hat Özal wegen seiner Initiativen in der kurdischen Frage – die wir mit der Waffenruhe 93 beantworteten – aus dem Weg geräumt.

Entgegen der Tradition brachten sie Doğan Güreş [*21. Generalstabschef der Türkei*] und Tansu Çiller, die beide der Spezialkriegslobby zuzurechnen sind. Nicht einmal Süleyman Demirel [*hatte verschiedene Positionen im Staat inne; zuletzt 1993 bis 2000 die des Staatspräsidenten*] verstand, wie es dazu kam. Dass Çiller Ministerpräsidentin wurde, war eigentlich ein Schlag gegen Demirel. Das ist ihm erst später bewusst geworden. Güreş reiste sofort, nachdem er Generalstabschef geworden war, nach England und sagte anschließend, dass er grünes Licht gegen die PKK bekommen habe. Güreş und Çiller stellten damals mit Hilfe der Spezialkriegslobby äußerst grausame Sachen an. Die ganzen 'Morde unbekannter Täter', Vertreibungen aus den Dörfern etc. wurden damals durchgeführt. Diese Spezialkriegslobby ist überall organisiert. Riha [*kurdischer Name für türk. Şanlıurfa*] kann als Beispiel genannt werden: Für Riha entwarf diese Lobby eine spezielle Politik. Sie bedienten sich dabei der Familien und der dortigen feudalen Struktur. Es ist bekannt, dass Faik Bucak der Gründer und Generalsekretär der KDP/Türkei war. Seine Ermordung geschah aus seiner Familie heraus. Wer ermordete ihn? Die Spezialkriegslobby, welche die Familie unterwandert hatte. Auf diese Weise kommt der Einfluss dieser Lobby auf Familien und feudale Strukturen ans Tageslicht. Außerdem gibt es eine

große arabische Bevölkerungsgruppe dort, und es wird durch die Bewässerung der Äcker Zwietracht gesät. Einige Bewässerungskanäle werden an bestimmten Stellen gelegt, an anderen nicht. In Riha, das die Kapazität hat, 10 Millionen Menschen zu ernähren, sind unsere Leute arbeitslos. 80 % der Bevölkerung sind arbeitslos und verdingen sich als Saisonarbeiter."

Phase II: „Die zweite Verschwörungsphase ist die Zeit von [*Ex-Ministerpräsident Necmettin*] Erbakan. Über Syrien hatten wir Kontakt zu ihm aufgenommen. Es sollten einige Schritte hin auf eine Lösung unternommen werden. Deswegen riefen wir die Waffenruhe von 1995 aus, die rund acht Monate hielt. Aber auch Erbakan wurde ausgeschaltet. Er, Teile des Militärs und des Staates wollten die Lösung, aber die Spezialkriegslobby gewann den Machtkampf. Karadayı [*22. Generalstabschef der Türkei*] war auch für eine Lösung, aber diese Lobby ließ ihn nicht."

Phase III: „Die dritte Verschwörungsphase ist die von [*Ex-Ministerpräsident Bülent*] Ecevit und [*dem 23. Generalstabschef Hüseyin*] Kıvrıkoğlu. Zu der Zeit gab es auch einen gewissen Dialog. Wir haben die Waffenruhe von 1998 ausgerufen. Aber die ausländischen Verbündeten dieser Spezialkriegslobby übten Druck auf Syrien aus. Die USA, England und Israel übten enormen Druck aus, um meine Ausweisung zu erreichen. Deswegen bin ich aus Syrien nach Griechenland bzw. Russland gereist. Diese Mächte sorgten dafür, dass ich auch aus Russland ausgewiesen und letztlich nach Imralı gebracht wurde. Im Gegenzug bekamen besagte Kräfte 10 Milliarden Dollar und das Blue-Stream-Projekt.

Als ich 1999 hierher gebracht wurde, kamen einige Personen im Namen Ecevits und Kıvrıkoğlus zu mir. Das habe ich bereits öfter erwähnt. Das ging ca. zwei Jahre so. Ich sage nicht, dass Karadayı, Kıvrıkoğlu und Ecevit das Problem lösen wollten, aber sie wollten wenigstens Wege ebnen. Damals brachten Ecevit und Kıvrıkoğlu eine Art Amnestie ins Gespräch. Die MHP war das Hindernis. So blieb diese Amnestie sehr begrenzt. Die MHP hat an diesem Punkt eine historische Rolle gespielt. Die MHP und Bahçeli gehörten auch zu dieser Spezialkriegslobby. Diese versuchte zu der Zeit, Ecevit, Çevik Bir [*Vize-Generalstabschef während des 'postmodernen Putsches' vom 28. Februar 1997; war bekannt für seine 'Anweisungen' im Namen des Generalstabs an das eigentlich unabhängige Gericht*] und Kıvrıkoğlu auszuschalten. Ein versuchtes Attentat auf Kıvrıkoğlu auf Zypern ist bekannt. Das hatte mit dieser Lobby zu tun. Ich glaube, [*Milliyet-Journalist*] Hasan Cemal erwähnt diesen Vorfall in seinem neuen Buch, daher weiß ich davon. Ich habe auch den Artikel von Avni Özgürel gelesen. Zu der Zeit hat sich der Name in 'Ergenekon' geändert. Bis dahin hatte diese Lobby verschiedene Namen, unter anderem 'Gladio'. 2002 verstärkte sie den Druck auf Ecevit. So musste die Regierung Neuwahlen ansetzen und die AKP wurde an die Macht gebracht."

Phase IV: „Nun ist die vierte Verschwörungsphase angebrochen. Der Teil von Ergenekon, der in Silivri [*extra für Ergenekon-Angeklagte erstellte Haftanstalt*] abgeurteilt wird, ist nur ein kleiner Ausschnitt, der längst offensichtliche Teil. Der Großteil Ergenekons ist noch nicht bekannt. Der bisher aufgedeckten Teil entspricht eher einem Finger als dem ganzen Körper. Man geht nur die Finger an, aber der Rest des Körpers ist intakt. Der Rest von Ergenekon ist in Freiheit und immer



Demonstration in Amed gegen den „kulturellen Genozid" – „Agententum, Sexismus, Drogen, Assimilation, Degeneration, Es Reicht! Foto: DIHA

noch stark. Ihre Identität ist nicht bekannt, oder sie werden nicht belangt. Zu den höherrangigen Funktionären von Ergenekon ist man gar nicht gelangt. Ein Teil derer, die im Moment im Silivri-Gefängnis sitzen (*z. B. Seyfi Oktay*), haben nicht einmal wirklich etwas mit Ergenekon zu tun. Was ich aber an dieser Sache nicht verstehe, wieso die AKP den Körper von Ergenekon nicht angeht? Hat sie keine Kraft? Hat sie Angst? Oder will sie nicht? Dieser Punkt liegt für mich noch im Unklaren. Ich habe dieses Thema mit den hiesigen Freunden diskutiert. Einige sind der Meinung, die AKP habe keine Kraft, andere sagen, die AKP habe sich mit der Spezialkriegslobby geeinigt. Ich möchte dem Ministerpräsidenten auch kein Unrecht tun, ich will nur die Lage verstehen."

Zuletzt legte Öcalan seine Ansichten über eine Lösung dar. Er warnte vor möglichen Ereignissen und rief erneut dazu auf, selbst Entscheidungen zu treffen.

„Was ab jetzt passiert, weiß ich nicht. Nach dem 31. Mai will diese Lobby mit Sicherheit wieder aktiver werden. Man darf ihre Kraft auch nicht unterschätzen, sie ist sehr gut organisiert. Ich habe unsere Organisation seit den 80er Jahren sehr kritisiert. Ich will all diese Kritik nicht noch einmal wiederholen, aber ich erinnere daran. Wenn die Spezialkriegslobby aktiv mitmischt, dann wird das nicht wie früher. Sie wird viel effektiver aktiv werden. Sie werden kein Mitleid haben. Früher sind sie gegen die Armenier vorgegangen. Den Kurden kann es in Zukunft genauso ergehen. Weil die Armenier sehr bewusst waren, hat man sie physisch ausgelöscht. Weil die Kurden aber sehr verstreut, feudal und stammesgebunden bzw. sehr viele waren, wurde ein kultureller Genozid durchgeführt. Ziel war die Assimilation. Es ist möglich, dass man nun auf die physische Vernichtung abzielt.

Die AKP stellt ihre eigene Ergenekon auf, das muss verstanden werden. Sie schafft ihre eigene, tiefe Lobby. Ich akzeptiere beide nicht. Ich werde mit mir nicht spielen lassen. An diesem Punkt nehme ich eine ganz klare Haltung ein. Beide versuchen, an die Macht zu kommen. Wieso kann die BDP das nicht verstehen? Die BDP muss sehr wachsam sein. Tausende Kurden, die ihr nicht angehören, kritisieren sie. Man muss mit der ganzen Gesellschaft in Verbindung stehen. Die Beziehungen zu linken Organisationen und Parteien müssen ausgebaut bzw. in eine Allianz überführt werden. Die Beziehung zur CHP kann auch weiter ausgebaut werden. Wenn die AKP an Kraft verliert, kann die BDP mit der CHP über die Lösung der kurdischen Frage sprechen. Das ist sehr wichtig. Die Spezialkriegslobby in der Türkei ist sehr stark, aber das muss nicht bedeuten, dass die Friedenswilligen schwach sind. Innerhalb des Staates gibt es starke Kreise, die den Frieden wollen. Die BDP muss daran arbeiten, dass diese das auch weiterhin anstreben. Ich überlege gerade Folgendes: Im Falle positiver Entwicklungen kann ich noch eine 'Roadmap' erstellen und dem Staat übergeben. Ich kann Briefe an den Staatspräsidenten, die Regierung, den Ministerpräsidenten, vielleicht den Generalstabschef und den Parlamentspräsidenten richten. Diese Überlegungen sind aber noch nicht weit gediehen. Den genaueren Entschluss kann ich demnächst mitteilen. Außerdem weiß ich nicht, ob meine Gesundheit ausreicht, um eine neue Roadmap zu erstellen.

Damit der Kreis der Friedenswilligen die Initiative ergreift und die kurdische Frage auf demokratische Weise gelöst werden kann, muss das Parlament aktiv werden. Es muss einen Beschluss für den Frieden fassen. Eine Wahrheitskommission, ähnlich wie in Südafrika, kann gebildet werden. Sie könnte alle Hindernisse auf dem Weg zum Frieden feststellen. Sie wird deswegen mit allen sprechen müssen, z. B. mit Demirel, Yılmaz, Çiller, mir, den 1 500 Verhafteten der KCK-Operationen, den Insassen in Silivri, einigen aus der PKK. Auf diese Weise wird alles ans Licht kommen. Diese Kommission darf aber kein Schauprozess wie 1999 das Imralı-Verfahren sein, sondern eine ernsthafte Kommission, die unklare Punkte aufklärt.

Damit ich in diesem Prozess mitwirken kann, muss das Parlament mir den Weg ebnen. Ich werde dann mit meinem Volk, mit politischen Kreisen und der PKK Kontakt herstellen und sie für den Prozess überzeugen. Ich weiß, dass ich dafür die nötige Kraft habe. Solch eine Art von Kommission wurde vorher schon z. B. in Südafrika und Lateinamerika versucht und war erfolgreich.

Es ist sehr wichtig, dass das Parlament die Initiative für eine Lösung ergreift. Früher schon, beim kurdischen Koçgiri-Aufstand [*1920*], fasste das Parlament einen gemeinsamen Beschluss und setzte ihn in die Tat um. Das Gleiche muss heute auch geschehen. Die Rechte der Kurden müssen in der Verfassung verankert werden. Wenn dort steht: 'Rechte und Kultur der Kurden sind verfassungsrechtlich geschützt', dann ist das schon die Lösung. Das sage ich schon seit Längerem. Das habe ich auch schon in den 90ern gesagt.

Seit dieser Zeit beharre ich auf dem Frieden. Aber meine jetzige Lage hindert mich daran, aktiver dafür zu arbeiten. Mein Entschluss, mich nach dem 31. Mai zurückzuziehen, bedeutet nicht, dass ich mich der Verantwortung entziehe. Im Gegenteil liegt es daran, dass ich aufgrund der Bedingungen nicht mehr machen kann. Unter diesen Umständen kann ich keine Verantwortung übernehmen. Wenn meine Position ein Hindernis auf dem Wege der Lösung ist, dann ist dieses Problem somit gelöst. Ich sage auch nicht: 'Führt weiterhin Krieg'. Ob Krieg oder Frieden, ob Sieg oder Niederlage – das müssen sie selbst wissen. Zuallerletzt muss jeder das Seinige erledigen. Die BDP z. B. muss alle Kraft für eine neue, demokratische Verfassung aufbringen."

Am 11. Juni berichtete die Nachrichtenagentur Fırat (ANF) über das Treffen der Anwälte mit Öcalan. Das Treffen beinhaltete Öcalans Ansichten über einen möglichen türkisch-kurdischen Konflikt, die Reise des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Mesûd Barzanî, in die Türkei und die aktuellen Geschehnisse im Zusammenhang mit Israel.

„Barzanî sprach auch mit Vertretern der BDP [*Partei für Frieden und Demokratie*]. Er erklärte, dass die AKP [*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*] unterstützt werden müsse und sie im Gegensatz zu den vorherigen Regierungen eine positivere Haltung zur kurdischen Frage habe. Die letzten Vorfälle, die Festnahmen und Operationen aber sind bekannt. Ihm müsste gesagt werden: ‚Mit diesen Worten bringen Sie auch die AKP in Schwierigkeiten.' Eine Lösung ist nicht vorhanden! Diese Haltung Barzanîs ist weder für die AKP vorteilhaft noch für ihn selbst. In der Vergangenheit kamen einige aus der PDK [*Demokratische Partei Kurdistans*] zu mir und zeigten Fotos, auf denen Menschen mit abgetrennten Köpfen abgebildet waren. Sie beschwerten sich, dass solche Sachen geschähen. Ich habe sie gewarnt und tue es heute immer noch: Wenn sie nicht schleunigst eine stabile politische Haltung einnähmen, dann würden noch 50 weitere Helebces [*1988 starben ca. 5 000 Menschen nach einem irakischen Giftgasangriff*] geschehen. Wie kann so etwas nicht erkannt werden? Ich habe zuvor mehrmals auf die Bedeutung einer 'nationalen Konferenz' hingewiesen. Wenn sie so etwas nicht realisieren, dann werden sie die Konsequenzen tragen müssen. Ich werde dann sagen: ‚Ihr seid selbst dafür verantwortlich.'"

Gaza ist hierbei nur eine Maske. Damit will man die Pläne in Kurdistan vertuschen.

Öcalan legte seine Ansichten zu den jüngsten Vorfällen um den Gaza-Streifen dar. Danach werde der Gaza-Streifen als Deckmantel für dreckige Spiele im Mittleren Osten und in Kurdistan benutzt. Nach ihm wäre das „Problem Gaza" zusammen mit der kurdischen Frage zu lösen:

„Eigentlich ist die Sache nicht Gaza. Wichtiger sind die Spielchen, die in Kurdistan gespielt werden. Gaza ist hierbei nur eine Maske. Damit will man die Pläne in Kurdistan vertuschen. [...] Dazu können zwei Punkte gesagt werden:

1. Israel könnte ohne die Kurden in der Region nicht überleben. Deswegen ist es seit zehn Jahren hinter einem Projekt her. In Südkurdistan wird ein kleiner Nationalstaat gebraucht und gegründet. Die Türkei hat das erst vor kurzem verstanden. Als einige ihrer Vertreter diese Gefahr begriffen hatten, wurden sie sehr wütend.

2. Die USA und Israel, die bisher die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei vorbehaltlos unterstützten, ziehen ihre Unterstützung zurück. Die Allianz zwischen der Türkei, Syrien und dem Iran könnte sich auch auflösen. Ich kann nichts Genaues sagen, aber die Äußerungen des syrischen Präsidenten Baschar al-Essad [*während seiner Reise in die Türkei*] deuten das an. Er sagte: ‚Durch Verleugnung wird man kein Ergebnis erzielen. Man muss anerkennen.' Der Iran zieht sich zurück und Syrien wird sich nicht zum Teil dieses Spieles machen. So bleibt nur noch die Türkei. Alle Last soll auf ihre Schultern geladen werden. Das ist die Realität, Gaza ist nur eine Maske. Die AKP ging davon aus, dass die USA Israel beim letzten Vorfall nicht unterstützen würden. Doch das Gegenteil geschah. Die AKP war schockiert. In Sachen Gaza werden sie dies und jenes sagen und sich später bei Israel nicht mehr einmischen.

Dass während der Türkei-Reise Barzanîs auf der Pressekonferenz nur die türkische Flagge zu sehen war, war eine Botschaft an Israel. Die Türkei sieht in der Person Barzanîs die Vertretung Israels. Das ist das Paradigma des Staates. Analog zum israelischen Affront gegenüber dem [*zum Protest einbestellten*] türkischen Botschafter macht die Türkei in der Person Barzanîs die Kurden klein. Diese Sache war etwas Geplantes."

„Die vier Verschwörungsphasen, die ich letztes Mal ansprach, trafen auf viel Interesse. Die hiesigen Freunde sagten mir, dass auch die rechte Presse darüber viel berichtet habe. Ich sagte, dass die Kriegslobby Erdoğan auslöschen werde. Es scheint, als sei die Sache mit [*dem Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei CHP*] Kılıçdaroğlu ein Teil dieses Planes. Armenier waren aufgrund ihres Wissens einem Genozid ausgesetzt worden. Die Kurden aber werden in menschlichen Maßstäben nicht entsprechenden Verhältnissen gehalten. Sie sind zahlreich und können keinem physischen Genozid ausgesetzt werden, daher greift man eher zum kulturellen Genozid. Ihnen wird täglich die Identität geraubt. Gibt es denn im heutigen Zeitalter ein Volk, das nicht in der eigenen Muttersprache unterrichtet wird? Aber nicht einmal so etwas wird im Parlament besprochen. Das muss auch Barzanî erklärt werden. Man muss sagen, dass die Gefahr groß ist, hunderte und wenn nötig tausende Male. Die eigene Kraft muss genutzt werden. Man kann Versammlungen einberufen und über die aktuelle Gefahr berichten. Zu Barzanî und Talabanî muss gesagt werden, dass die aktuellen Ereignisse auch nicht zu ihren Gunsten sind. Barzanî und Co. müssen das verstehen. Man kann die Interessen der Kurden nicht vertreten, indem man Almosen hinterherrennt. So kann man nur den Tag retten, aber was ist mit morgen?! Es heißt, einmal im Monat werde eine Delegation geschickt. Andere machen das täglich! Man kann sich nicht einmal untereinander richtig versammeln."

Im weiteren Verlauf des Treffens sprach Öcalan die Widerstandsform der PKK an. Er meinte, sie entspreche nicht der von ihm gewollten Art und Weise von Widerstand, die PKK habe eine eigene entwickelt:

„Die KCK hat wohl dasselbe Leitmotiv wie ich: ‚die Existenz schützen und für Freiheit sorgen'. Sie haben bekanntgegeben, dass sie zur aktiven Verteidigung übergegangen sind. Ich nehme an, sie haben auch einiges beschlossen, was wahrscheinlich demnächst der Öffentlichkeit mitgeteilt werden wird. Sie sagen, dass sie die 'demokratische Autonomie' ausrufen werden.

Ich habe die PKK in der Vergangenheit sehr oft kritisiert. Sie haben nie die Art von Krieg geführt, die ich vorgesehen hatte. Sie haben aber ihre eigene Art und Weise entwickelt und sind damit bis heute gekommen. Das war zwar nicht so von mir gewollt, aber sie haben bewiesen, dass sie unbesiegbar sind. Auf ihre eigene Art und Weise."

Die ANF berichtet weiter, Öcalan habe die Feststellungen des ehemaligen Mitarbeiters Cevat Öneş des MIT [*Nationaler*

Nachrichtendienst] für richtig erachtet, aber kritisiert, dass trotz richtiger Feststellungen keine Schritte erkennbar seien:

„Öneş erklärte, für die Lösung der kurdischen Frage müsste die AKP mit der PKK, Öcalan und der BDP zusammenkommen. Ich habe mehrere Male dazu aufgerufen, Briefe geschickt und eine 'Roadmap' gefertigt – Ergebnis: Es wird kein einziger Schritt gemacht. Ja, die Feststellung ist richtig, aber was kommt danach? Wie soll das Problem gelöst werden? Es gibt keine entschlossene Haltung. Nicht einmal einen winzigen Schritt für die Lösung. Liberale Intellektuelle sind der Meinung, die AKP werde eine Lösung bringen. Im Gegenteil, die AKP ist das Hindernis für eine Lösung! Sie ist mit sich selbst und ihrer Regierung beschäftigt. Sie versucht die eigene Hegemonial-Regierung zu errichten. Diesem Zweck dienen die Verfassungsänderungen. Die AKP hat mit der Demokratie nichts zu tun. Das muss richtig erkannt werden. Ähnlich wie die CHP, die ab 1921 die Verfassung [*in die von 1924*] änderte und ihre 80-jährige Hegemonie begründete, versucht das die AKP seit 2002. Was die CHP in 80 Jahren gemacht hat, will die AKP in 8 Jahren machen. Die AKP ist eine schlechte Kopie der CHP. Ich habe Mustafa Kemal immer aus dem Grunde erwähnt: Er pflegte zwischen 1916 und 1924 die Zusammenarbeit mit den Kurden. Deswegen sage ich, dass die Verfassung von 1921 einige demokratische Elemente, wie die Autonomie, enthielt. Alle Verfassungen nach 1921, inklusive der aktuellen, tragen die Handschrift verschiedener Militärputsche, und zusammen mit der Verfassung von 1924 wurde die CHP-Hegemonie errichtet. 2002 hat die AKP dies übernommen. Eine Hegemonie kann nur durch den Faschismus aufrechterhalten werden; das ist das, was die AKP tut. Indem sie das arabisch-saudische Kapital, das sein Zentrum in Konya und Kayseri hat, und das globale Kapital hinter sich bringt. Bisher habe ich das Hindernis als 'bürokratische Oligarchie' bezeichnet, heute nenne ich es 'politische Oligarchie'. Darin ist nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition enthalten. Diese Oligarchie ist für den jetzigen Kurs verantwortlich.“

Die AKP hat sich mit dem Militär auf die 'Nicht-Lösung' geeinigt

Öcalan griff außerdem das Thema der Friedensverhandlungen mit den Vorgängerregierungen, das er in den vergangenen Wochen ausführlich geschildert hatte, dieses Mal wieder auf:

„2001, 2002 wollte [*Ex-Premier Bülent*] Ecevit eine Lösung. Vertreter Ecevits und des Generalstabschefs kamen zu Gesprächen nach Imralı. Wir waren gerade an den letzten Punkten für eine Lösung, mit denen eine gewisse Amnestie kommen sollte, da griff die Kriegslobby ein. Sie setzten Ecevit außer Gefecht. Zur gleichen Zeit fügte die EU die PKK der 'Terrorliste' hinzu. Diejenigen, die eine 20 Jahre Krieg führende PKK nicht auf diese Liste gesetzt hatten, taten dies, als eine Lösung gesucht wurde! Das ist kein Zufall.

Die MHP [*Partei der Nationalistischen Bewegung*] zog sich aus dem Parlament zurück, um das Ganze zu blockieren. Im Namen des Imperialismus. Dann warf man Kıvrıkoğlu vor: ‚Du treibst Spielchen hinter unserem Rücken' und verübte in Zypern ein Attentat auf ihn. Damals wollten gewisse Kreise in Staat und Militär eine Lösung, aber die Kriegslobby blockierte das. Nachdem die AKP an der Regierung war, haben diese Gespräche komplett aufgehört. Ich schrieb Briefe, sagte, man müsse in den Dialog eintreten, gerade zu der Zeit, als sich die Guerilla-Einheiten außerhalb der Grenzen befanden [*von 1999, als Öcalan sie aufgerufen hatte, sich außerhalb der türkischen Grenzen zurückzuziehen, bis 2004*]. Aber man wollte nicht und der bekannte Prozess des 1. Juni begann [*am 1. Juni 2004 kündigte der Kongra-Gel den Waffenstillstand auf und ging zur 'passiven Selbstverteidigung' über*]. Wenn die AKP eine Lösung wollte, könnte das Militär kein Hindernis darstellen. Die AKP stellt die Regierung. Das Militär muss ihr untergeordnet sein. Wenn man seine politische Rolle nicht spielt, wird das Militär natürlich nach der eigenen Pfeife tanzen. Die AKP hat sich mit dem Militär auf die 'Nicht-Lösung' geeinigt. Das Militär wird sich in die AKP nicht einmischen, dafür wird es freie Fahrt in Sachen Angriffe auf die Kurden haben!

Was wird heute geschehen? – Wenn es keinen Dialog bzw. keine Lösung geben sollte, dann wird der von bestimmten Kräften angestrebte türkisch-kurdische Krieg entfacht. Keiner ist sich dieser Gefahr bewusst! Ich vergleiche das mit Russland 1918 und Frankreich ab 1789. Damals wurden Bürgerkriege ausgelöst. Bekanntlich floss damals viel Blut. Der türkisch-kurdische Krieg kann sich viel weiter ausbreiten. Ich versuche meine historische Aufgabe zu erfüllen und warne alle!

Wenn das so weitergehen sollte, dann wird das nicht bei der 'demokratischen Autonomie' bleiben, sondern bei einem semi-abhängigen Kurdistan enden. Dann wird viel Blut fließen. Viele Menschen werden dann sterben. Das Militär behauptet, es habe eine Million Soldaten und könne gewinnen. Aber ich kenne die PKK, die PKK wird sich wehren und nicht verlieren.

Das ist aber auf keinen Fall etwas, das ich favorisiere! Ich sagte vorher 'demokratische Republik, demokratische Nation, demokratisches Land und demokratische Verfassung'. Ich bevorzuge die Methode, ohne viel Blutvergießen die demokratische Lösung zu verwirklichen. Auch mit einem hohen Blutzoll wird man am Ende an dem Punkt ankommen, der 'Lösung' heißt. Ich strebe hier aber die Lösung ohne viel Blutvergießen an.“

Öcalan sprach noch die neugegründeten Akademien an. Nachdem er sehr lange deren Bedeutung betont hatte, ist jetzt letzte Woche u. a. in Istanbul eine eröffnet worden:

„Die Akademien sind sehr wichtig. Man sagt, es gebe keine Kader, aber gleichzeitig agiert man so langsam. Ich verstehe das nicht. Wieso habe ich diese Akademien vorgeschlagen? In den einzelnen Regionen können Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller etc. zusammenkommen und die Themen ausdiskutieren. Politik müsste auf dieser Basis gemacht werden. Man darf keine Zeit verlieren. Die Arbeiten müssen beschleunigt werden.“ ♦

Verhaftungen und Repression in Colemêrg (Hakkari)

Regierungspolitik wirkt allen friedlichen Lösungsansätzen entgegen

Michael Knapp

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 2010 fanden in mehreren Städten der Provinz Colemêrg (Hakkari) gleichzeitig Hausdurchsuchungen statt. Antiterroreinheiten stürmten zahlreiche Wohnungen und Büros und nahmen 10 Mitglieder der örtlichen BDP-Vorstände und die kritische Journalistin Hamdiye Çiftci fest. Sie erhielten am Morgen des 13.06. beim Haftprüfungstermin einen Haftbefehl wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation.

Vorwand für diese Repressionsmaßnahme ist Informationen des Anwalts der Betroffenen, Fahri Timur, zufolge der Vorwurf, dass die Betroffenen Teil einer Struktur der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan" (KCK) und dadurch Mitglieder der PKK seien. Begründet wurde die Inhaftierung mit ihrer legalen politischen Arbeit, die sich nach der KCK-Ideologie richten würde.

So erklärte das BDP-Leitungsmitglied Salih Yıldız:

„Alle Personen, einschließlich des Generalvorsitzenden, die miteinander telefonieren, werden [*nach dieser Entscheidung*] als KCK betrachtet werden; wir leben in einer Zeit, in der sogar noch unsere Toten als KCK verurteilt werden. Das Gericht hat eine eindeutige politische Entscheidung getroffen. Es ist nicht verständlich, wie die BDP weiter Politik machen soll. Denn alles wird als KCK gewertet. Sei es KCK oder BDP, wir werden unsere Arbeit in vollem Umfang weiter fortsetzen. Niemand kann uns stoppen."

Schon bei der Festnahme kam es, nach Angaben der Zeitung Hakkarinews und von Zeugen, zu Übergriffen, Beschimpfungen und Drohungen gegenüber den Festgenommenen sowie ihren Familien. In diesem Zusammenhang wurde auch ein 3-jähriges Kind mit Ohrfeigen von Spezialeinheiten der Polizei geweckt. Besonders die festgenommenen Frauen waren sexistischen Übergriffen durch Polizeibeamte ausgesetzt. So begleiteten männliche Polizisten vorschriftswidrig die festgenommenen Frauen zur obligatorischen Gesundheitskontrolle ins Krankenhaus. Sie waren stark alkoholisiert und griffen die Frauen sowohl verbal als auch tätlich an.

Protestdemonstration wird angegriffen

Nach der Inhaftierung von 10 BDPlerInnen und der Journalistin Hamdiye Çiftci traf sich eine Menschenmenge vor der Staatsanwaltschaft. Die Menschen blieben dort und hielten bis zur Haftentscheidung am 13.06. eine mehrtägige Mahnwache ab. An diesem Tag versammelten sich viele tausend Menschen, um gegen diese Repressionsmaßnahme und die Inhaftierungen zu protestieren.

Auch der BDP-Abgeordnete Hamit Geylani hielt auf der Demonstration eine Rede und erklärte: „Es wird schon als eine Straftat in diesem Land angesehen, die eigenen FreundInnen anzurufen. Wir werden diesen Festnahmen und all den Drohungen, der Repression und den Razzien zum Trotz auf unserem Weg weitergehen."

Nach einer kurzen Kundgebung verteilte sich die Menschenmenge auf die Stadtteile und fing an, gegen die Verhaftungen zu protestieren. In Pehlivan, Bağlar und Keklikpınar wurden die DemonstrantInnen von Aufstandsbekämpfungseinheiten, Zivilpolizisten, Panzern und gepanzerten „Skorpion"-Fahrzeugen angegriffen und u. a. mit Gasgranaten beschossen. Die Jugendlichen erwiderten den Angriff mit Steinen und errichteten Barrikaden.

Mordversuch der Polizei an 19-jährigem Zeitungsmitarbeiter

In diesem Rahmen wurde der als Mitarbeiter der kurdischen Zeitung „Özgür Halk" bekannte 19-jährige Cemil Akgül schwer verletzt. Die Polizei schoss ihm aus einer Distanz von weniger als 5 m gezielt mit einer Gasgranate in den Kopf. Die Granate durchschlug seine Schädeldecke und verletzte sein Gehirn. Er schwebte auch nach mehreren Notoperationen noch in Lebensgefahr.

Hamdiye Çiftci – eine engagierte Menschenrechtsjournalistin unter andauernder Bedrohung

JournalistInnen, die sich mit menschenrechtlichen Themen befassen, leben in der Türkei im Allgemeinen – und an Orten heftiger Auseinandersetzungen wie in Colemêrg im Besonderen – gefährlich. Die 24-jährige Journalistin Hamdiye Çiftci ist seit mehreren Jahren wiederholt von Sicherheitskräften bedroht und bei ihrer Arbeit bedrängt worden. Die verschärfte Repression begann 2008, als sie als Menschenrechtsjournalistin für die Nachrichtenagentur DIHA bekannt wurde. Sie wurde von Personen, die der Bevölkerung als Mitglieder des Geheimdienstes JITEM für extralegale Tötungen und Folter bekannt sind, dauerhaft beschattet und immer wieder



Trotz permanenter Drohungen arbeitete die Journalistin Hamdiye Çiftci für DIHA. Jetzt wurde auch sie verhaftet. Foto: DIHA

bedroht. Ihr wurden von dieser Gruppe immer wieder Informationen aus ihrem Privatleben präsentiert, mit der Drohung, es würde ihr nicht mehr lange gut gehen, wenn sie nicht mit dem Geheimdienst zusammenarbeite. Als sie ein Gespräch zur Mitarbeit ablehnte, versuchten die Geheimpolizisten sie im März letzten Jahres mit Sprüchen wie: „Wir werden Sie finden, Sie können uns nicht entkommen", einzuschüchtern. Als Nächstes kamen Drohungen wie: „Du wirst nicht mehr atmen, du wirst umgebracht." Trotz dieser andauernden Drohungen ließ sich Hamdiye Çiftci nicht von einer Fortsetzung ihrer Arbeit abschrecken.

Sie ist u. a. für ihre Reportagen über Menschenrechtsverletzungen bekannt. Sie thematisierte immer wieder das durch die Kriegshandlungen des türkischen Militärs verursachte Leid der Bevölkerung und gab so den Betroffenen eine Stimme. Beispielsweise setzte sie sich in einem auch auf Deutsch publizierten Artikel mit dem Leid der Bevölkerung aufgrund des permanenten Artilleriefeuers auseinander. Sie dokumentierte Übergriffe des Militärs und der Polizei und setzte sich thematisch mit Antipersonenminen in der Region, den Dorfzerstörungen und vielem anderen kritisch auseinander. Die jetzige Festnahme stellt einen neuen Gipfel des rechtswidrigen Agierens gegen die kurdische Journalistin dar.

Ihre Festnahme steht im Kontext der aktuellen Repression der letzten Monate gegen kurdische JournalistInnen in der Türkei. Mehrere KorrespondentInnen von DIHA wurden inhaftiert bzw. festgenommen. Sie wurden von Zivilfaschisten wie von staatlichen Kräften bedroht. In den letzten Monaten

Offener Brief an
den Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Herrn Recep Tayyip Erdoğan,
den Staatspräsidenten der Republik Türkei, Herrn Abdullah Gül,
den Innenminister der Republik Türkei, Herrn Beşir Atalay,
die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Angela Merkel,
den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Guido Westerwelle,
und
die Justizministerin der Bundesrepublik Deutschland, Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Zur Kenntnis an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die Deutsche Botschaft in Ankara und die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Erdoğan, sehr geehrter Herr Staatspräsident Gül, sehr geehrter Herr Innenminister Atalay, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, sehr geehrter Herr Außenminister Westerwelle, sehr geehrte Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger,

mit großer Besorgnis mussten wir feststellen, dass in der Türkei am Mittwoch, dem 09.06.2010, in der Provinz Hakkari mehrere verantwortliche Politikerinnen und Politiker aus den Reihen der legalen Partei BDP und eine Journalistin, unserer Kenntnis nach ohne rechtliche Legitimation, festgenommen worden sind. Sie erhielten am Morgen des 13.06. Haftbefehle. Gleichzeitig wurde am 13.06. der Vorsitzende des Hilfsvereins für die Familien der „Verschwundenen", Mikail Atan, festgenommen, als er von einer Reise zurückkehrte.
Seit die kurdische Bevölkerung parlamentarisch in der Türkei vertreten ist, werden immer wieder Parteien verboten und Politikerinnen und Politiker festgenommen oder inhaftiert. Das betraf die Parteien HEP, DEP, HADEP, DEHAP und DTP sowie Politikerinnen und Politiker der BDP. Letztere sind seit ihrer Gründung ebenfalls mit starken Repressionen konfrontiert. Aus den Reihen der DTP und BDP sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen befinden sich momentan mehr als 1 500 Menschen z. T. ohne Anklage in Haft. Das Europaparlament und Regierungen kritisierten ein derartiges Vorgehen seit den 90er Jahren. In Stellungnahmen des Europaparlaments und von Parlamenten der Mitgliedsstaaten wird stets hervorgehoben, dass jede dieser Parteien sich ausschließlich im legalen Rahmen betätigt(e) und auf eine friedliche und demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts hinarbeitet(e). Demzufolge wurden und werden auch die angesprochenen Repressionen scharf kritisiert. Die türkische Regierung wurde seitens der genannten Gremien und der EU-Beitrittskommission bereits mehrfach aufgefordert, das Recht auf Vereinigung (Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention / EMRK – Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) einzuhalten.
Die Inhaftierung der beiden BDP-Kreisvorsitzenden M. Sıddık Akış und Berivan Akboğa, der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters im BDP-Büro, İzzet Belge und Baki Özboğanlı, des BDP-Vorsitzenden von Hakkari-Stadt, Seyithan Şahindas, des Stadtratsmitglieds Tahir Koç, des ehemaligen BDP-Kreisvorsitzenden von Hakkari, Hıvzullah Kansu, des Mitglieds der BDP-Kreisleitung Hüsna Sağın, der BDP-Kreisleiterin Fatma Duman und der Korrespondentin der Nachrichtenagentur DİHA, Hamdiye Çiftçi, widerspricht dem genannten Artikel Art. 11 EMRK sowie dem Art. 5 EMRK – Recht auf Freiheit und Sicherheit.
Die zur gleichen Zeit festgenommene Journalistin Hamdiye Çiftçi wurde seit mehreren Jahren wiederholt von Sicherheitskräften bedroht. Sie ist u. a. für ihre Reportagen über Men-

wurden zwei Fälle von Entführungen von JournalistInnen der Zeitung Azadiya Welat bekannt. In einem Fall versuchten die mutmaßlich aus dem „tiefen Staat“ stammenden Täter, den Journalisten Ali Bilen durch Folter zu töten, indem sie nach anderen Misshandlungen mit Steinen auf seinen Schädel einschlugen. Sie wurden bei ihrem Mordversuch gestört und mussten die Flucht ergreifen. Weniger Glück hatte der Mitarbeiter der Zeitung Metin Alataş; nachdem bei ihm ebenfalls ein ähnlicher Entführungsversuch in Adana gescheitert war, wurde er erhängt an einem Baum aufgefunden. Auch hier erscheint ein Suizid sehr unwahrscheinlich.

Aber auch die Gerichte nehmen ihren Platz in der Repression ein: Das Schwurgericht in Amed verurteilte den Journalisten Vedat Kurşun, ebenfalls aus der Redaktion der Azadiya Welat, lediglich wegen seiner Redaktionsarbeit und einer kritischen Berichterstattung zu 166 Jahren und 6 Monaten Haft. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 36 Journalistinnen und Journalisten inhaftiert, 44 Mal wurde die Verbreitung von Zeitungen, Magazinen oder Fernsehsendungen unterbrochen. Immer wieder werden JournalistInnen von Sicherheitskräften misshandelt oder mit Folter oder Tod bedroht.

In dieser Situation kommt einer internationalen Öffentlichkeit im Verfahren gegen Hamdiye Çiftci eine besondere Bedeutung zu. Erneut soll eine unliebsame, oppositionelle Journalistin und damit auch die Stimme der Betroffenen dieses Krieges mundtot gemacht werden.

Diese Art der Repression und ähnliche Übergriffe finden derzeit in den kurdischen Provinzen der Türkei systematisch statt. Im Moment befinden sich mehr als 1 500 AktivistInnen, StadträtInnen, BürgermeisterInnen und PolitikerInnen der BDP und der mittlerweile verbotenen DTP in Haft. Der türkische Staat versucht die, in der Bevölkerung stark verankerte, kurdische Bewegung in Gefängnissen zu ersticken. Deutlich wurde dies, als im April 2009 eine Repressionswelle einsetzte, nachdem die damals noch legale DTP, trotz Erpressungen, Bestechungen und Wahlbetrug seitens des Militärs und der Regierungspartei AKP, in den kurdischen Provinzen des Landes einen deutlichen Wahlsieg bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 errungen hatte. Parallel dazu nahmen die Militäroperationen gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung sowie gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Folter und extralegale Hinrichtungen und Dorfvertreibungen zu. Die jetzigen Verhaftungen in Colemêrg sind die Fortsetzung einer Politik, die die kurdische Bevölkerung mit Krieg konfrontiert und jedem friedlichen Lösungsansatz entgegenwirkt. Das heißt konkret, dass sogar die Arbeit für eine friedliche Lösung unter Terrorismusverdacht gestellt und mit staatlicher und parastaatlicher Repression überzogen wird. ♦

schenrechtsverletzungen bekannt. Besonders in den letzten Monaten werden Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 10 EMRK – Freiheit der Meinungsäußerung) in der Türkei zunehmend eingeschränkt. Ein türkisches Gericht verurteilte den Journalisten der kurdischsprachigen Zeitung Azadiya Welat, Vedat Kurşun, zu 166 Jahren und 6 Monaten Haft. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 36 Journalistinnen und Journalisten inhaftiert, 44 Mal wurde die Verbreitung von Zeitungen, Magazinen oder Fernsehsendungen zeitweise verboten. Immer wieder werden Journalisten von Sicherheitskräften misshandelt oder mit Folter oder dem Tod bedroht. Ein solches Vorgehen verstößt gegen Art. 3 EMRK – Verbot der Folter – sowie Art. 2 EMRK – Recht auf Leben.

In den letzten Wochen wurden darüber hinaus friedliche Friedensdemonstrationen von Sicherheitskräften angegriffen und Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Parlamentsabgeordnete und Journalistinnen und Journalisten, teilweise schwer verletzt. Auch bei den oben genannten Festnahmen kam es zu Drohungen und gewalttätigen Übergriffen (Verstöße gegen Art. 3 EMRK sowie Art. 11 EMRK), in einem Fall sogar gegenüber einem 3-jährigen Kind (Verstoß gegen Art. 3 EMRK sowie die UN-Kinderrechtsresolution). Ein solches Agieren sehen wir mit großer Besorgnis. In übereinstimmenden Schilderungen der türkischen Presse und von Menschenrechtsorganisationen wird das Vorgehen der Sicherheitskräfte als übertrieben gewalttätig und unverhältnismäßig charakterisiert. Mit Betroffenheit müssen wir feststellen, dass sich daher der Eindruck aufdrängt, dass die politisch gewählte Vertretung der kurdischen Bevölkerung, u. a. unter Missbrauch des Anti-Terror-Gesetzes (TMK), mundtot gemacht und die Bevölkerung eingeschüchtert werden soll.

Ohne die Einhaltung der in Art. 2, Art. 3, Art. 10 und Art. 11 EMRK gesicherten Rechte und der UN-Kinderrechtsresolution wird es kaum möglich sein, auf einen langfristigen Frieden in der Türkei hinzuarbeiten. Wir werden mit besonderer Aufmerksamkeit die weiteren Entwicklungen, vor allem in Bezug auf die oben genannten Fälle, insbesondere unter juristischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten beobachten.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Erdoğan, sehr geehrter Herr Staatspräsident Gül, sehr geehrter Innenminister Herr Atalay, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, sehr geehrter Herr Außenminister Westerwelle und sehr geehrte Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, mit positivem Bezug auf die Menschenrechte und das Völkerrecht, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, für die sofortige Freilassung der benannten Personen einzusetzen.

Darüber hinaus bitten wir Sie darum, Ihr politisches Handeln auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes zu konzentrieren und in Ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen auf eine Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechtes hinzuwirken.

Andrej Hunko, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates, MdB
Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestags; MdB
Inge Höger, Mitglied des Bundestags, MdB
Prof. Dr. Norman Paech,
Völkerrechtler, ehem. MdB
Anna Conrads,
MdL von Nordrhein-Westfalen
Hamide Akbayir,
MdL von Nordrhein-Westfalen
Ali Atalan, MdL von Nordrhein-Westfalen, Friedenspolitischer Sprecher der Fraktion „Die Linke“
Christiane Schneider, MdBürg.-Bürgerschaftsabgeordnete (Hamburger Landtag)
Martin Dolzer, Soziologe
Michael Knapp, Historiker
Britta Eder, Rechtsanwältin
Christian Jakob, Journalist

Der JITEM-Anschlag auf die Buchhandlung in Şemzînan 2005 und der 15. August 1984

Die Bombe wurde aus Rache gelegt

Interview mit Seferî Yılmaz, Buchhändler in Şemzînan

Im November 2005 wurde in Şemzînan (Şemdinli) eine linke Buchhandlung mit Handgranaten angegriffen. Dabei wurde eine im Buchladen anwesende Person getötet, eine weitere wurde schwer verletzt. Durch den beherzten Eingriff der Bevölkerung, welche die schwer bewaffneten Täter unmittelbar im Anschluss stellte, kam einer der größten Skandale der jüngeren Geschichte der Türkei ans Tageslicht. Bei den Angreifern handelte es sich um Angehörige der Geheimorganisation JITEM, die schon in den neunziger Jahren für extralegale Hinrichtungen und Folterungen berüchtigt war. Der jetzige und damalige Inhaber der Buchhandlung, Seferî Yılmaz, war auch Mitglied der Guerilla-Einheit, die mit der Besetzung von Şemzînan und Dihê (Eruh) am 15. August 1984 den bewaffneten Kampf der PKK einläutete. Über die Zusammenhänge im Folgenden ein kurzes Interview, das im Rahmen einer Newrozdelegation mit ihm geführt wurde:

Was sind nach deiner Bewertung im Nachhinein die Auswirkungen des JITEM-Anschlages auf deine Buchhandlung 2005?

Es war nicht mehr zu vertuschen, dass der Staat selbst Anschläge verübt und diese versucht der PKK unterzuschieben. In Şemzînan wurden die Täter ertappt, aber es gab auch im Zeitraum vorher schon Anschläge. Hier ist die Skizze von JITEM, die damals beschlagnahmt wurde. Darauf steht, dieses Haus gehört zu Seferî Yılmaz. Dieser Plan gehörte zum Buchladen. Der Anschlag war von vornherein geplant. Der damalige Geheimdienstchef Sabri Uzun sagte: „Wenn der Dieb aus dem eigenen Haus kommt, dann kann man nichts machen." Daraufhin wurde ihm gekündigt. Hingegen nannte der damalige Generalstabschef Büyükanıt die Täter „gute Jungs", die er persönlich kenne. Aber die Dinge waren nicht mehr aufzuhalten. Man kann sagen, dass die Aufarbeitung des Anschlags hier in Şemzînan der Anfang von dem war, was wir heute als „Ergenekon-Prozess" kennen.

Was bedeutet der 15. August aus deiner Perspektive?

Die Bombe wurde aus Rache gelegt, weil ich am 15. August 1984 dabei war. Nach dem Militärputsch am 12. September 1980 war der 15. August für uns Kurden eine Wiedergeburt. Sie haben gesagt, es gibt keine Kurden und auch keine Revolutionäre mehr. Auch deswegen sind wir aufgestanden und dass es heute Kurden gibt, ist dem 15. August geschuldet. Wir wollten nicht, dass Soldaten sterben, sondern Propaganda machen. Am 15. August hat der Kampf angefangen.

Was sind deine persönlichen Eindrücke vom 15. August?

Damals konnte man nicht sprechen, es war hier alles ruhig. Alle Kader der Partei waren im Gefängnis in Amed (Diyarbakır). Eine kleine Gruppe ist nach Palästina gegangen. Wir sind nicht nach Europa abgehauen, sondern nach Palästina und dann in die Berge. Wir haben auch in internationalistischer Solidarität zusammen mit den Palästinensern gekämpft. Danach kamen wir in die kurdischen Berge. Die Situation war sehr schlecht, man konnte nicht zu den Dörfern gehen, konnte sich nicht zeigen. Anders als Lenin, der seine Propaganda mit der ISKRA gemacht hatte, hatten wir keine Möglichkeit, die Bevölkerung aufzuklären. Das Volk war nicht auf unserer Seite und es wusste nicht, worum es geht. Damals war es sehr schwer Leute aufzuklären. Viele bei uns waren Analphabeten. Deswegen wurde eine kleine Guerillagruppe gebildet, an der ich auch teilgenommen habe. Damals war es sehr schwer und wir hatten wenig Unterstützung. Aber heute, nach 30 Jahren, stehen Millionen hinter uns und das schulden wir den Leuten von damals. Ich bin Revolutionär und deswegen habe ich 15 Jahre im Knast gesessen und deswegen haben sie die Bombe in den Laden geschmissen. Ich wurde wegen Verrat verhaftet. Als ich freikam ,habe ich den Buchladen eröffnet, dann wurde er bombardiert.

Wie hatte die Bevölkerung auf den 15. August reagiert?

Damals haben wir ganz Şemzînan besetzt. Wir sind in die Cafes, Kasernen etc. gegangen. Wir haben Propaganda gemacht, Flugblätter verteilt und das Volk hat sich mit uns gefreut und Parolen gerufen. Einen Tag danach hat das Militär allerdings viele aus der Bevölkerung verhaftet und gefoltert. ♦

Freie Frauenbewegung, demokratischer Konföderalismus und Frauenräte

Was ist der Grund für unseren politischen Erfolg?

Redebeitrag von Fatma Kasan

Fatma Kasan wird 1975 in Licê, Provinz Amed (Diyarbakır), geboren. Sie kommt aus einer politisch aktiven Familie und engagiert sich schon früh. 1992 schließt sie sich der Befreiungsbewegung an, wird aber im selben Jahr verhaftet. Bis 2004 ist sie im Gefängnis. Nach ihrer Entlassung arbeitet sie in der Frauenorganisierung der „Partei für eine demokratische Gesellschaft" (DTP). Seit 2009 ist sie Sprecherin des Frauenrates der DTP. Nach deren Verbot ist sie ab 2010 Sprecherin des Frauenrates der „Partei für Frieden und Demokratie" (BDP). Den folgenden Beitrag hielt Fatma Kasan auf einem Frauenseminar im März 2010 in Hamburg.

Zunächst möchte ich alle Frauen aus Kurdistan und Frauen hier aus Deutschland begrüßen, ich grüße euch im Namen der Frauen Kurdistans und der Türkei, ich grüße euch mit der Wärme des 8. März und der Wärme des Newrozfeuers. Ich spüre eure Sehnsucht nach dem Land sehr tief, denn ich bin das zweite Mal hier in Europa und kehre mit großer Sehnsucht zurück nach Kurdistan, es ist sehr schwer und ich denke, auch ihr tragt eine schwere Last. Ihr seid weit weg von eurer Erde, eurem Land, von euren Leuten: Aber eines Tages wird Kurdistan frei sein und eurer Kommen und Gehen wird möglich sein, dann werden wir uns dort sehen, wir werden am 8. März, zu Newroz Govend tanzen.

Ich spreche auf Türkisch, weil ich weiß, dass leider viele hier kein Kurdisch können. In Kurdistan ist es jetzt so, dass die Menschen in den Stadtteilen von uns erwarten, dass wir nicht mehr Türkisch reden, sondern vielmehr Kurdisch. Was die Muttersprache betrifft, ist es so, dass die beste Schule eigentlich das Elternhaus ist, es ist wichtig, dass zuhause mit den Kindern Kurdisch, die Muttersprache gesprochen wird.



Fatma Kasan auf einem Frauenseminar im März 2010 in Hamburg Foto: A. Bender

Wenn wir über das Leben von Frauen sprechen, dann weiß man nicht, wo anfangen. Es gibt so viele Probleme im Leben von Frauen. Ich möchte zunächst damit beginnen, dass ich aller gefallenen Frauen, aller gefallenen Freundinnen gedenken möchte. Das ist schwer. Ich spreche viel auf Seminaren und Veranstaltungen, aber wenn es um das Leben kurdischer Frauen geht, werde ich sehr emotional. Ich denke dann an die vielen Freundinnen, die ihr Leben gelassen haben, die sich selbst verbrannt haben, die im Guerillakrieg ihr Leben gelassen haben. An Berîtan und die vielen anderen, die uns ein Beispiel gegeben haben. Und ich spüre einen starken Druck aufgrund der Frage, wie wir ihnen gerecht werden können, wie wir ihnen und ihrem Kampf gerecht werden können. Wenn wir heute hier als Frauen zusammengekommen sind, dann haben wir das auch den tausenden Frauen zu verdanken, die im Kampf für die Freiheit ihr Leben gelassen haben.

Wie ihr wisst, fanden am 29.03.2009 Kommunalwahlen in der Türkei statt. Sie waren ein Referendum für uns.

Im Vorfeld dieser Wahlen hatten die AKP, die Armee und der gesamte türkische Staat einen unglaublichen Wahlkampf geführt, es ging in dem gesamten Wahlkampf darum, die PKK bzw. die KurdInnen politisch zu schwächen. Sie setzten enorme Geldmittel ein und spannen unglaubliche Intrigen. Damit sollte der Welt bewiesen werden, dass das kurdische Volk selbst auf die AKP setzt, statt auf die eigene politische Vertretung.

Der Wahlkampf war auch für uns sehr anstrengend, wir haben über Monate hinweg kaum geschlafen, kaum gegessen, uns nicht ausgeruht. Sie versuchten, uns den Wahlkampf zur Hölle zu machen, während für uns das Ziel war, für diese Erde die Freiheit zu erreichen.

Dann kam endlich dieser Wahlsonntag und ich bin mir sicher, niemand hat geschlafen in der Nacht auf diesen Sonntag, die WählerInnen warteten darauf, dass es endlich Zeit wird, zur Wahlurne gehen zu können und der AKP zu zeigen, dass es ihnen nicht gelungen ist zu zeigen, was sie versucht haben. Das war für uns eine Frage des Sein oder Nichtsein. Also diese Wahl war sehr entscheidend für uns: Entweder wir haben darin Erfolg oder, wenn wir keinen Erfolg haben, ist unsere Existenz praktisch in Kurdistan nicht mehr gesichert.

Am Abend des Wahlsonntags wurden dann die Wahlurnen geöffnet, und aus diesen Urnen kamen viele Stimmen der Freiheit hervor. Bei diesen Wahlen war die niedrigste Prozentzahl, die wir gewannen, 60 %. Zwischen 60 und 90 %, im Durchschnitt fast 80 %. Die verbleibenden 20 % lassen sich durch Soldaten und Polizisten erklären, die in Kurdistan stationiert sind. Wir gewannen 107 BürgermeisterInnenämter und überall in Nordkurdistan ging die DTP als erste Partei hervor.

Was den Wahlkampf betrifft, waren unsere Forderungen: Freiheit für Abdullah Öcalan, die zweite Forderung lautete demokratische Autonomie, d. h. unter demokratischer Autonomie verstehen wir ein eigenes Parlament, eigene Verteidigungskräfte, eigene wirtschaftliche Strukturen, das Recht auf Muttersprache, eine weitere Forderung war der Waffenstillstand und einen Dialog über die Lösung der kurdischen Frage zu führen.

Als Frauenbewegung, als „Demokratische Freie Frauenbewegung" (DÖKH), hatten wir eine eigene Strategie für den Wahlkampf, uns ging es vor allem auch darum, dass wir eine Geschlechterquote von 40 % durchgesetzt haben. Es gelang uns in den Wahlen nicht vollständig, überall auf diese Quote von 40 % zu kommen, aber annähernd, das ist ein großer Erfolg und auch in den Stadt- und Provinzräten wurde die Repräsentation von Frauen stark erhöht. Von den 107 gewonnenen BürgermeisterInnenämtern sind 14 mit Frauen besetzt, darunter sind auch Provinzhauptstädte, auch unter den Vorsitzenden der Provinzräte ist die Geschlechterquote durchgesetzt worden. All dies ist ein sehr großer Erfolg, die Repräsentation von Frauen im politischen Leben ist dadurch einfach verstärkt worden. Überall da, wo Frauen im Wahlkampf aktiv waren, haben sie eben auch Erfolge erzielt.

Die Wahlen waren ein schwerer Schlag gegen die AKP-Regierung und den türkischen Staat, sie haben dadurch praktisch jegliche politische Legitimation in Kurdistan verloren. Daraufhin haben sie ihr Konzept verändert. Es fing dann damit an, dass es in Amara, dem Geburtsort von Abdullah Öcalan, bei Aktionen zum Anlass seines Geburtstages am 4. April Polizeiangriffe gab, so dass auch zwei Freunde fielen dort. Dann wurde ein politisches Vernichtungskonzept eingeleitet, dann am 14. April fand eine große Polizeioperation gegen die DTP statt, bis heute hat es fünf große Operationen dieser Art gegeben, damit sind 2 000 unserer FreundInnen und MitarbeiterInnen inhaftiert, das sind Kinder, die Steine geworfen haben, das sind VertreterInnen der „Demokratischen Freien Frauenbewegung", es sind BürgermeisterInnen darunter, die Verhafteten kommen aus allen Bereichen, aus den Medien, aus dem Kulturbereich, das waren sehr umfassende Operationen, das Ziel war, die kurdische politische Organisierung von der politischen Bühne zu schaffen.

Das Organisationsmodell des demokratischen Konföderalismus ist eigentlich ein sehr schlichtes Modell, nicht kompliziert, die Idee ist einfach, dass sich alle Teile der Gesellschaft autonom ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend organisieren.

Es wurden dort auf einen Schlag 35 Vertreterinnen der Frauenbewegung verhaftet, es sind jetzt Hunderte von uns im Gefängnis. Später wurde bekanntlich auch die DTP verboten, es gab politische Betätigungsverbote für Einzelne, womit auch die Fraktion im Parlament zunächst ein Ende gefunden hat.

Seit einem Jahr findet ein politisches Massaker statt, das die Grundlage für weitere politische Massaker am kurdischen Volk bilden soll. Das Ziel ist, dass jede politische Organisierung des kurdischen Volkes zerstört werden soll, und es soll so ein Volk geschaffen werden, das keine Reaktionen mehr zeigt, das sich nicht mehr wehrt.

Der türkische Staat führt seit 30 Jahren Krieg gegen die PKK, ihre Haltung zeigt, dass sie die PKK, das kurdische Volk in ihrem Kern immer noch nicht verstanden haben, denn immer, wenn eine neue Attacke kommt, gehen wir eigentlich nur gestärkt daraus hervor. Trotz der ganzen Repression gegen uns ist es so, dass eigentlich niemand von uns wegläuft. Wir wissen, dass uns jeden Morgen um vier Uhr die Tür eingerannt werden kann und wir verhaftet werden, aber trotzdem ist keine von uns weggelaufen. Wir können sagen, dass uns für jede verhaftete Frau drei neue an deren Stelle getreten sind. Es ist also dieser Widerstandsgeist. 2 000 unserer MitarbeiterInnen wurden verhaftet und an ihre Stelle sind jetzt 3 000–4 000 neue getreten. Die ganze Repression, das ganze faschistische System kann die KurdInnen nicht stoppen, es führt immer nur zu noch mehr Widerstand. So zum Beispiel die Proteste zum 15. Februar, dort waren drei- bis viermal so viele Menschen auf der Straße wie im Vorjahr und auch zu Newroz war es ein Vielfaches dessen.

Viele fragen sich natürlich, was ist der Grund für den politischen Erfolg, den wir haben. Der Grund liegt natürlich in der PKK-Bewegung selbst, in Abdullah Öcalan begründet. Er liegt in dem Mut und der Selbstlosigkeit der unzähligen Jugendlichen und Frauen, die immer weiter arbeiten, und ein

ganz wichtiger Grund ist eben auch die Arbeitsweise, das Organisationsmodell, das wir als Bewegung erschaffen haben. KCK und KJB [*Koma Jinên Bilind – Hoher Frauenrat*] sind Modelle für die konföderale Organisierung.

Ich möchte jetzt noch auf ein paar praktische Dinge eingehen, wie die DÖKH, die Frauenbewegung, sich organisiert und was das Geheimnis ihres Erfolges ist.

Das Organisationsmodell des demokratischen Konföderalismus ist eigentlich ein sehr schlichtes Modell, nicht kompliziert, die Idee ist einfach, dass sich alle Teile der Gesellschaft autonom ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend organisieren. Das ist beispielsweise nach Religionsgemeinschaften, die Frauen organisieren sich, die Jugendlichen, die in der kulturellen Arbeit stecken, ArbeitgeberInnen, alle Möglichen. Für ein gemeinsames Ziel kommen wir auf einer Plattform zusammen, wo halt jede/r sich einbringt. Alle kurdischen Institutionen und Organisationsformen sind dort vertreten. Jeder gesellschaftliche Bereich – politisch, sozial, kulturell und ökonomisch – organisiert sich selbst. Dort, wo immer Bedarf ist, organisiert man sich selbst und kommt auf einer gemeinsamen Plattform zusammen. Das Gleiche gilt für die DÖKH, die „Demokratische Freie Frauenbewegung", das ist das Modell für Nordkurdistan.

Die DÖKH wurde nach Diskussionen im Jahr 2003 schließlich auf einer Konferenz im Jahr 2004 offiziell gegründet. Der Grund dafür war, dass die kurdischen Frauen inzwischen sehr viele verschiedene Organisationsformen hatten, sprich Vereine, politische Parteien, Institutionen, alles Mögliche, und es war klar, dass eine Zentralisierung der Frauenorganisationen dafür einfach nicht mehr ausreichte und 2004 der Schwerpunkt der Organisierung mehr in der politischen Partei stattfand, die politische Tagesordnung bestimmte, dass Mängel da waren, dass eine zentralistische Organisierungsform nicht ausreichte für das Ausmaß, das die Bewegung inzwischen angenommen hatte, dass größere Flexibilität gezeigt werden musste, und dass nicht nur innerhalb der politischen Partei, sondern auch auf sozialem und kulturellem Gebiet die Organisierung vorangetrieben werden musste, was sich in der DÖKH dann ausdrücken konnte.

Die DÖKH ist somit eine Dachorganisation, in der halt Frauen aus Parteien, Vereinen, Kooperativen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Medien vertreten sind, Werktätige, junge Frauen usw., es gibt unzählige Beispiele. Es gibt knapp 100 Fraueninstitutionen, -gruppierungen, für die die DÖKH ein Zusammenschluss darstellt. Einmal jährlich findet eine Konferenz statt, auf der eben alle diese Institutionen und Gruppen vertreten sind, dort wird eine 30-köpfige Koordination gewählt.

In dieser 30-köpfigen Koordination sind die ganzen Bereiche, politisch, sozial, kulturell, junge Frauen usw., vertreten, wir arbeiten in vier Hauptbereichen, das ist einmal der politische Bereich, der soziale, der ideologische und noch mal extra die jungen Frauen, in diesen Bereichen werden dann Komitees gebildet, die nach ihren Bedürfnissen ihre eigene Planung machen.

Im politischen Bereich gibt es ein Komitee, da sind die weiblichen Abgeordneten, die Bürgermeisterinnen drin und die Frauenräte, allein in diesem Bereich können wir von 600–700 Aktivistinnen sprechen, also Frauen, die ganz aktiv diese Arbeit vorantreiben, und an der Basis sind natürlich tausende Frauen, die diese Arbeit auch machen.

In dem ideologischen Bereich gibt es ein siebenköpfiges Team, der ideologische Bereich sind Kultur, Medien und die Frauenakademien. Aufgabe ist es halt, Frauenstandpunkte in die kulturelle Arbeit, in die Medienarbeit einzubringen. Darüber hinaus finden in den Frauenakademien regelmäßige Schulungen statt, Bildungsarbeit wird gemacht für Frauen.

Der wichtigste Bereich im Moment ist der soziale Bereich für uns. Revolution der Frauen bedeutet auch eine soziale Revolution. Es geht uns um Geschlechtergleichheit, es geht uns darum, die patriarchale Mentalität zu bekämpfen. Und für die kommende Zeit haben wir uns als „Demokratische Freie



Frauendemonstration in Êlîh (Batman): Schluß mit dem politischen Genozid Foto: DIHA

Frauenbewegung" auch vorgenommen, die Arbeit im sozialen Bereich zu vertiefen, die sozialen Probleme zu bekämpfen, die Frauenorganisierung im sozialen Bereich zu verstärken und in allen gesellschaftlichen Bereichen den Frauenstandpunkt einzubringen.

In den Kommunalverwaltungen stellen wir Fünfjahrespläne auf, also Strategiepläne, da geht es darum, welche Projekte in der Stadt umgesetzt werden sollen.

Und als Frauen haben wir dabei unter anderem die Ziele, in allen Stadt- oder Kommunalverwaltungen auch die 40%-Geschlechterquote für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einzuführen, also jetzt nicht nur für die politische Repräsentation, sondern eben auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Es soll ein eigenes Budget für Frauen aufgestellt werden. Es gehört zu den Plänen, dass in allen Kommunalverwaltungen mit einer EinwohnerInnenzahl über 50 000 Frauenhäuser, Frauenschutzhäuser eröffnet werden.

In der Stadtplanung soll der Frauenstandpunkt mit einbezogen werden, d. h. die Stadtplanung soll die Struktur der Stadt so ändern, dass sie eben auch für Frauen passt.

Es sollen Frauenparks eröffnet werden. Es soll in allen Verwaltungen Sozialberatung für Frauen stattfinden und es soll eben Bildungsarbeit gemacht werden, und der Plan dabei ist, über die Kommunalverwaltung das soziale Leben zu verändern.

Ich möchte noch ein Beispiel nennen. Es gibt in Amed im Bezirk Bağlar die Frauenkooperative „Kardelen". Seit Eröffnung wurden dort 3 900 Frauen geschult.

Dabei geht es um ganz verschiedene Themen, ganz grundlegend erstmal Alphabetisierungskurse, dann gibt es Computerkurse, es gibt berufsbildende Kurse. Vielleicht sind hier in Deutschland die Computerkurse nicht so wichtig, weil es hier sowieso schon alle in ihrer Kindheit lernen. Aber in Kurdistan hat es eine ganz andere Bedeutung insbesondere für Frauen.

Dann geht es darum, dass für Frauen, die eine entsprechende Bildung durch diese Kurse erfahren haben, auch Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, und es geht darum, dass Frauen am sozialen Leben teilnehmen, mehr Selbstvertrauen gewinnen und zu einer freieren Haltung im Leben gelangen. Frauenkooperativen wie diese gibt es in fast allen Kommunalverwaltungen. Es wird dann darüber hinaus auch versucht, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen zu erlangen, indem auch Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Ganz wichtig ist es für Frauen, dass sie auch an Selbstbewusstsein gewinnen, damit sie sich im sozialen Leben freier bewegen können.

Im politischen Bereich haben wir, wie erwähnt, seit fünf Jahren die 40%-Geschlechterquote durchgesetzt. Wir haben das System der Doppelspitze in der Partei durchgesetzt. Das gilt auch für alle kommunalen Parteistrukturen.

Natürlich sind ganz viele Dinge, die wir tun, nicht gesetzlich, also weder ist es gesetzlich, dass es Frauenhäuser gibt, noch eine Geschlechterquote oder eben diese Doppelspitze in politischen Strukturen.

Wir setzen es einfach in die Praxis um, also wir machen es einfach.

Auch bei unseren Abgeordneten im türkischen Parlament sind 40 % Frauen. Selbst in den türkischen Medien wird erwähnt, wie sehr wir als kurdische Bewegung eigentlich das politische Leben verändert haben. Dass wir sehr zu einer Demokratisierung des politischen Lebens beigetragen haben. Es ist türkeiweit so, dass die politische Repräsentation von Frauen nur 4 % beträgt, und wenn man es auf das Ganze bezieht, werden 3 % von der BDP gesichert.

Wir haben damit auch ganz eindeutig die Mission übernommen, den politisch männlichen Charakter in der Türkei zu verändern und zu demokratisieren.

Als kurdische Frauenbewegung haben wir niemals auf Legalität gesetzt, sondern wir setzen auf Legitimität. Wir haben darin auch ein bestimmtes Niveau erreicht. Unser Ziel ist es aber eben, nicht nur für uns und auch nicht nur für kurdische Frauen, sondern für alle Frauen in der Türkei das zu erreichen und eben auch zu legalisieren, um in den kommenden Monaten eine Kampagne zu beginnen, in der es darum geht, die Geschlechterquote nicht nur in der politischen Repräsentation, nicht nur in den Kommunalverwaltungen, sondern überall in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen, also gemeinsam mit Frauen aus der gesamten Türkei. Nicht nur in der Partei, nicht nur in der politischen Arbeit, sondern auch im Bereich der Lohnarbeit und in allen öffentlichen Bereichen die Geschlechterquote durchzusetzen.

Es gibt noch einen wichtigen Punkt, und das sind die Stadtfrauenräte, die eben auch einen sehr wichtigen Platz in unserer Organisierung einnehmen. Gleichzeitig, dass eben die Stadträte, bzw. für die Frauen die Stadtfrauenräte, ein ganz wichtiger Teil der Organisierung sind.

Als kurdische Frauenbewegung haben wir niemals auf Legalität gesetzt, sondern wir setzen auf Legitimität. Wir haben darin auch ein bestimmtes Niveau erreicht.

Die grundlegende Philosophie der Stadträte, oder der Stadtfrauenräte, ist eben, gegen den Staat die gesellschaftliche Eigenorganisierung zu stärken. Der Staat soll geschrumpft werden, der Staat soll kleiner gemacht werden und stattdessen sollen sich die Menschen selbst organisieren. Es geht um Basisorganisierung und die Methode ist halt eben von Kleineinheiten ausgehend, dass aus dem Stadtteil oder vom Dorf jeweils RepräsentantInnen gewählt werden, die dann eben im Stadtrat ihren Bereich vertreten.

Das Ganze funktioniert dann so, dass über die potentiellen WählerInnenstimmen die Delegiertenzahl festgelegt wird. Gibt es zum Beispiel in einem Bezirk 100 000 WählerInnen, bekommt dieser Bezirk das Recht auf 50 Delegierte. Die Delegierten werden auf Volksversammlungen gewählt und bilden den Stadtrat. Der Stadtrat führt alle drei Monate Versamm-



Demonstration in Riha (Urfa) gegen die Unterdrückung der Muttersprache Foto: DIHA

lungen durch, wählt eine eigene Koordination und eigene RepräsentantInnen. Auf den Versammlungen werden alle in der Stadt anfallenden Probleme diskutiert, Lösungswege gesucht, dementsprechend Beschlüsse gefasst und diese dann umgesetzt.

Für die Stadtfrauenräte gilt das gleiche Modell. Bei uns kommen 60 % der Delegierten direkt aus der Bevölkerung und 40 % sind Repräsentantinnen von den Institutionen, die ich schon bei der Vorstellung der DÖKH erwähnt habe. Die Stadtfrauenräte organisieren sich wie die DÖKH auch in den genannten vier Bereichen und haben es sich zur Aufgabe gesetzt, in der jeweiligen Stadt die Frauenpolitik festzulegen und selbstbestimmt die gefassten Beschlüsse umzusetzen.

Bei den Stadtfrauenräten handelt es sich um eine außerstaatliche Organisationsform; es handelt sich um ein Modell der Selbstverwaltung, das sich nicht nach dem Bedarf des Staates richtet, sondern nach den Bedürfnissen der Menschen. In dem von uns vorgesehenen Modell, der konföderalen Organisierungsweise, soll dem Staat an Einfluss genommen werden und dieser Einfluss den Menschen selbst gegeben werden. Es geht um demokratische Partizipation. Zum Beispiel im Bereich Bildung ist es überall so, dass der Staat bestimmt, welche Bildung vermittelt wird, in der Türkei werden so zum Beispiel kemalistische Vorstellungen vermittelt, aber wir haben ganz andere Bedürfnisse und die Gesellschaft soll selbst bestimmen, was sie lernen möchte und was Inhalt der Bildung sein soll. Das Gleiche gilt auch für den Bereich Gesundheit; auch hier soll die Bevölkerung selbst bestimmen, was der Bedarf ist und wie das umgesetzt wird; es sollen eigene Entscheidungsmechanismen aufgebaut werden. Das gilt sowohl für die Stadträte als auch für die Stadtfrauenräte, aber die Stadtfrauenräte haben die besondere Bedeutung, dass wir nicht wollen, dass Männer unsere Bedürfnisse bestimmen, dass sie sagen, was wir brauchen, sondern dass wir das selbst tun.

Kurz gesagt, wir machen in Kurdistan das jetzt so. Die Anzahl der Delegierten in den Stadtfrauenräten steht im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl. In Amed zum Beispiel haben wir jetzt einen Stadtfrauenrat mit 500 Delegierten, in anderen Städten sind es 100 oder 200, je nach EinwohnerInnenzahl. Im Stadtrat von Amed sind 700 Delegierte; das Prinzip ist immer das gleiche: Wir regieren uns selbst, wir treffen unsere eigenen Entscheidungen. Und genau darauf hat auch die Repressionswelle gezielt, die uns seit einem Jahr wieder überrollt. Unser Ziel ist es, uns ohne den Staat zu organisieren, aber der diktatorische Staat lässt eben das nicht zu. Die 2 000 Gefangenen aus unserer Bewegung sind eben genau Ausdruck dessen. Dem Staat wird es nicht gelingen, sich sofort zu demokratisieren, aber was wir versuchen, ist, indem wir unsere eigene Dynamik einsetzen, eine Demokratisierung des türkischen Staates voranzutreiben, also im Grunde den türkischen Staat darin zu unterstützen sich zu demokratisieren. Das hat der Staat gesehen, und aus diesem Aspekt heraus ist die Repressionswelle in Gang gesetzt worden.

Dem Staat wird es nicht gelingen, sich sofort zu demokratisieren, aber was wir versuchen, ist, indem wir unsere eigene Dynamik einsetzen, eine Demokratisierung des türkischen Staates voranzutreiben

In den Volks- und Frauenräten geht es darum, eigene Entscheidungsgremien aufzubauen für eine zivile und soziale Gesellschaft. Diese Aufgabe haben wir uns für ganz Kurdistan gestellt, aber das gilt nicht nur für Kurdistan, das gilt auch für euch, das gilt weltweit überall dort, wo es KurdInnen gibt, aber eben nicht nur für KurdInnen, sondern für alle Menschen. Wenn man die weltweiten Entwicklungen betrachtet, ist die Idee des demokratischen Konföderalismus etwas, das sich einfach aufdrängt. Als kurdische Bewegung lernen wir von der Welt; es gibt aber auch Dinge, die wir der Welt, den Menschen beibringen können. Es geht darum, sich überall gemeinsam, Hand in Hand, zu organisieren.

Ich möchte auch noch den deutschen Freundinnen einige Gedanken von mir mitteilen. Ich bin der Meinung, dass die europäische Frauenbewegung für unsere kurdische Frauenbewegung ein großes Erbe hinterlassen hat, also dass wir von den Errungenschaften sehr stark profitieren. Und dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass es in der kurdischen Frauenbewegung sehr wertvolle deutsche Freundinnen gibt, allen voran Ronahî, die im kurdischen Befreiungskampf gefallen ist. Alle sind Freundinnen, die uns große Unterstützung geleistet haben. ♦

Der Vergewaltigungskultur den Kampf angesagt

Auch Vergewaltigung hat eine Geschichte …

Newroz Ceren

In den letzten Monaten begegnet uns der Begriff Vergewaltigung häufiger. Wer die Geschichte Kurdistans kennt, weiß, dass es einen Zusammenhang zwischen der Vergewaltigungsrate und der Staatspolitik gibt. Die Spuren der Vergewaltigungen im Rahmen des Dersim-Massakers im vergangenen Jahrhundert zeichnen die Gesellschaft noch immer. Dass sich die Bevölkerung in Dersim umgehend gegen die Vergewaltigung vom 10. Juni in Pulur (Ovacık) aufgelehnt hat, ist sicher ein Resultat der Erinnerungen an die Vergangenheit. Die nach dem Militärputsch 1980 durchgeführten Hausdurchsuchungen, Angriffe auf die Dörfer und Vergewaltigungen im Gewahrsam sind Ergebnisse der gleichen Politik. Unterdrückte Völker sind am häufigsten Vergewaltigungen als Reaktion ausgesetzt. In Ruanda wurden im Bürgerkrieg 1994 250 000 Frauen vergewaltigt. Offiziellen Aufzeichnungen zufolge wurden in Bosnien im Rahmen der ethnischen Säuberung 20 000 muslimische Frauen vergewaltigt. Dies zeigt, dass ein Zusammenhang zwischen ethnischer Säuberung und Vergewaltigung besteht.

Der Zusammenhang zwischen den Vergewaltigungen der letzten Monate in Kurdistan und der Staatspolitik ist nicht zu verleugnen. Mit der Aussage der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan „Gegen die Kurden wird ein politisches, gesellschaftliches Genozid verübt“ hat die Rate an Vergewaltigungen und Kindesentführungen zugenommen, wird aber auch zunehmend entlarvt. Seitdem der Staat zu dem Schluss gekommen ist, dass „die kurdische Frage nicht mit Waffen gelöst werden kann, sondern kulturelle und soziale Aspekte beinhaltet“, entwickelt er sozialpolitische Strategien, um die Zukunft des freien Kurden zu zerstören. Die Ereignisse der vergangenen Tage sind nur ein kleiner Ausschnitt daraus. Viele Menschen verurteilen die Täter, während sie den Medienberichten über solche Ereignisse folgen, jedoch sehen sie diese Vergewaltigungskultur, die sich als Nebelschleier in unser Leben eingeschlichen hat, später nicht. Dabei ist Vergewaltigung keine sexuelle Handlung. Es hat auch wenig mit nicht beherrschbaren sexuellen Bedürfnissen zu tun. In den USA wird alle 90 Minuten eine Person über zwölf Jahren Opfer einer Vergewaltigung. Wenn es nur um nicht beherrschbare sexuelle Bedürfnisse ginge, wäre die Zahl der Vergewaltigungen in Europa und den USA, wo es keine Hindernisse für sexuelle Kontakte gibt und Bordelle sowie Prostitution verbreitet sind, nicht so hoch.

Vergewaltigung ist kein individuelles oder sexuelles Problem. Vergewaltigung ist ein historisches Ereignis und hängt mit dem ontologischen Charakter der Menschheit zusammen. Vergewaltigung hat eine Geschichte. Diese führt in die Anfangszeiten der Beziehungen zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem sowie zwischen Objekt und Subjekt zurück.

Die natürliche Gesellschaft, die erste Gesellschaftsform der Menschheit, kannte Vergewaltigung nicht. Denn es gab keine Strukturen, welche in Vergewaltigungen münden konnten. Somit ist Vergewaltigung kein unendliches gesellschaftliches Schicksal. Vergewaltigung ist ein Ereignis, dass sich im Laufe des Wandels der Gesellschaft als Resultat menschlichen Handelns entwickelt hat. Es ist keine Realität, die der Gesellschaft von Beginn an innewohnte; sie wurde erst in deren Verlauf entwickelt. Vergewaltigung steht im Zusammenhang mit den Grundbausteinen der Gesellschaft der vergangenen 5 000 Jahre wie dem Staat, der Klasse, der Herrschaft, der Hierarchie und dem Monopol. Jede Vergewaltigung ist gleich Besitztum und jedes Besitztum gleich Vergewaltigung; beide sind Ergebnis derselben Gesinnung. Es lehnt sich an die Vereinnahmung der gesellschaftlichen Werte um die Muttergottheit an. Der Wunsch der schlauen und eifersüchtigen Männlichkeit zu vereinnahmen und zu besitzen wird mit Frauen gleichgesetzt. Allem, was man in Besitz nehmen will, werden Bedeutungen auferlegt, die in Zusammenhang mit Frauen und Weiblichkeit stehen. Selbst Tore beim Fußballspiel gegen die gegnerische Mannschaft werden mit Weiblichkeit verknüpft. Land, das in Besitz genommen werden soll, ist „unbefleckte Erde“. Aus diesem Grund sind Weiblichkeit und Männlichkeit nicht zu geschlechtlichen, sondern zu politischen, militärischen, ideologischen und religiösen Begriffen geworden.

Wir können den vergewaltigenden Charakter der Menschheit am besten bei den Göttern sehen. Diese neigen zu Vergewaltigungen. In den Mythologien ist dies offen benannt. Einer der ältesten uns bekanntesten Götter, Enlil, vergewaltigt Ninlil vor der Heirat. Warum? Er ist der erste Stratege der Männer gegen die Frauen. Alle Mythen aus dieser Zeit erzählen von den Besitzansprüchen auf die Werte von Frauen. Die Gebärfähigkeit ist eines der ersten Ziele. Hinzu kommen ihre ökonomischen Errungenschaften. So wird Anspruch erhoben auf den Ackerbau, ein Erzeugnis der Frauen. Daher wird er auch als Gott der Hacke bezeichnet. Im Verlauf der Geschichte sieht er es als nützlicher an, die Frau als Ganzes zu besitzen und

nicht nur stückweise ihre Erzeugnisse. Vergewaltigung ist die fortgeschrittenste Politik, Besitz zu erlangen. Es ist der Versuch, nicht Teilstücke, sondern das Ganze und den Kern an sich zu bringen.

Die erste in der Geschichte registrierte Vergewaltigung im sumerischen Mythos ist ein Zeichen für die Veränderung und den Verfall in der Gesellschaft. In der Gesellschaft der Muttergottheit ist die Autorität um die Frau mit dem Schutz der ethischen und politischen Gesellschaft verknüpft. Wenn unsere Führungspersönlichkeit in seinen Verteidigungsschriften das erste Auftreten von Ethik in der Gesellschaft bewertet, beschreibt er „die Regeln, eine Sache zu erledigen". In der Ursprungsgesellschaft wird Ethik mit der gesellschaftlichen Existenz gleichgesetzt. Diese Regeln zu verletzen kommt dem Angriff auf die Existenz der Gesellschaft gleich. Diese Regeln reglementieren alles, was die weitere Existenz der Gesellschaft sichert. Lebensgrundlagen wie Ernährung, Schutz und Fortpflanzung werden nicht mit Trieben, sondern mit Schutz realisiert. Die Autorität der Frauen wird genutzt, um diese Triebe an Regeln zu binden und so die Grundlagen der Gesellschaftswerdung zu sichern. Diese Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur, zwischen den Menschen, zwischen Frauen und Männern, Kindern und Erwachsenen, die geführt werden, ohne einem Teil von sich selbst entfremdet zu werden, bilden das Fundament der Ethik. Die Gesellschaft, die wir als ethische, politische Gesellschaft bezeichnen, ist Ninlil, die von Enlil angegriffen wird. Kern dieses Aktes gegen die Muttergottheit ist die Zerstörung der Regeln der Frauen, die Göttin durch den Angriff auf ihren Körper zu einem Objekt zu machen. Die Vergewaltigung ist der Fall aus der Menschlichkeit. Denn der Mensch ist nur Mensch in der Gesellschaft. Vergewaltigung ist ein Angriff auf die ursprünglichen Werte der Gesellschaftsbildung.

Die Wichtigkeit Enlils resultiert aus der von ihm verübten Vergewaltigung. Diese wird nicht beschönigt. Die Götter werden von den anderen Göttern bestraft. Jedoch ist Vergewaltigung eine Herrschaftsaktion, so dass sie sich kumulativ fortsetzt. Dass selbst Kleinkinder sexuell missbraucht werden, dokumentiert den Zustand der Menschheit.

Die von Enlil eingeführte Kultur wird von Zeus übernommen. Er ist der herausragende – vielleicht besser gesagt der besessenste – Vertreter der Vergewaltigungskultur. Zeus bedeutet Vergewaltigung an jeder Ecke der Gesellschaft. Die Göttinnen versuchen vor ihm zu fliehen, indem sie sich verwandeln, z. B. in eine Kuh oder eine Gans. Sie überwinden Meere, doch Zeus ist ein geschworener Vergewaltiger. Er verwandelt sich auch, sucht, findet und vergewaltigt. Die Botschaft ist: Wir besitzen die Fähigkeit, euch überall zu finden und zu zerstören. Der Charakter von Zeus entspricht dem Charakter der heutigen Männlichkeit. Zeus heiratet 28 Frauen, davon acht unsterbliche Göttinnen. Dabei lässt er nicht ab von Vergewaltigungen. Er nimmt von jeder Frau, die er heiratet, die stärkste Seite in Besitz. Die aussagekräftigste Hochzeit ist die mit Metis, der Göttin der Klugheit. Er frisst die schwangere Metis auf und pflanzt den Fötus in sein Gehirn. So werden ihre Werte gestohlen. Vergewaltigung und Besitztum sind Zwillinge. Die Kultur des Zeus ist das beste Beispiel für die Vergewaltigungstradition. Der Gott, der Enlil bestrafte, wurde vernichtet. Das Pantheon ist nun Zeus selbst.

So wie die Besonderheit der Göttin die Besonderheit der Gesellschaft darstellt, so ist die Besonderheit der Götter ebenso Teil der Gesellschaft. Die zivilisatorische Gesellschaft hat Vergewaltigungen zunehmend legitimiert. Sonst ständen Götter nicht für Vergewaltigung. Die bis heute in der Gesellschaft herausgebildeten männlichen Symptome sind Kennzeichen schlauer Männer, die zu besitzen wissen, die klug und kriegerisch sind und von Sieg zu Sieg eilen. Diese Merkmale wurden bei den Göttern entwickelt und so legitimiert. Legitimiert



Demonstration in Amed Foto: DIHA

werden Besitztum, Betrug, Zerstörung und Inbesitznahme. In der männlichen Gesinnung sind weibliche Symptome alles, was es in Besitz zu nehmen gilt. Vergewaltigung ist die gewaltsamste Form der Besitzergreifung. Bei allen männlichen Hervorbringungen ist dies zu sehen. Vor allem die Ziele des Militarismus richten sich gegen Frauen. Männern wird seit der Entstehung erster professioneller Armeen beigebracht, die Waffe ins Genital zu stecken. Die in allen Dokumenten zur Ausbildung in der spartanischen Armee erfolgte Gleichsetzung von Genital und Tötung mit dem Schwert wird in die Köpfe der Männer eingebrannt. Alles, was in Besitz genommen wird, ist nun eine Frau. Afrika ist eine lästige Prostituierte, derer es sich zu bemächtigen gilt. Irland ist eine Jungfrau und unterliegt daher dem Recht der ersten Nacht. Bei genauerer Betrachtung der militaristischen Kultur erkennt man die Gleichsetzung der Begriffe Feind und Frau. Der Feind ist derjenige, der vergewaltigt werden soll. Die Art, wie die Leichen unserer Genossinnen zugerichtet werden, folgt diesem Prinzip. Eine durchlöcherte Leiche zu vergewaltigen oder ihr die Geschlechtsorgane abzuschneiden, hat nichts mit Trieben zu tun, sondern mit einer gespaltenen Persönlichkeit, Entmenschlichung und einer falschen Gesinnung.

Da die Zivilisation so ist, findet sie Tricks, um Vergewaltigung zu legitimieren. Indem sie die Gründe erklärt, bemüht sie sich um Akzeptanz dafür. Da Besitzanspruch, Besitztum, Diebstahl und Vergewaltigung Bestandteile ihres Charakters sind, kann sie diese nicht komplett zurückhalten. Bei einer Vergewaltigung wird erst geschaut, ob die vergewaltigte Frau das nicht verdient hat. Wenn ihre Kleidung nicht gepasst und sie etwas mehr gelächelt hatte, hat sie es verdient. Häufig wird die Frau schuldiger gesehen als der Täter. Auch hierfür gibt es im sumerischen Reich ein Beispiel. In den Gesetzen Hammurabis besagt eine Bestimmung: „Wenn die Tochter eines freien Mannes auf dem Weg vergewaltigt wird, ihre Eltern nicht wussten, dass sie unterwegs war, und sie ihren Eltern erzählt, dass sie vergewaltigt wurde, dann werden die Eltern sie gewaltsam dem Mann als Frau geben." Das heißt, dass sie es verdient hat, wenn sie ohne Einverständnis der Eltern draußen war. Dies gibt es in Gesetzen auch heute noch. Wenn sie ihren Vergewaltiger heiratet, dann entfällt das Verfahren. Ein fast viertausend Jahre altes Gesetz ist noch gültig.

Mit zivilisatorischen Werten kann nicht gegen Vergewaltigung gekämpft werden. Denn solange die Zivilgesellschaft ethische Aspekte beinhaltet, kann sie sich nicht institutionalisieren. Sie kann die Gesellschaft nicht der Ausbeutung gegenüber öffnen. Daher kämpft die Zivilisation in ihrer Entwicklung gegen die Ethik. Ich rede nicht von der Ethik, die durch die Rückständigkeit der Gesellschaft bedingt ist, sondern von der Ethik der Muttergesellschaft. Denn auch die auf gesellschaftlicher Rückständigkeit aufgebaute Ethik beruht auf der Objekt-Subjekt-Dialektik. Subjekt bedeutet, offen zu sein für Besitztum und Zerstörung. Dies entspricht Vergewaltigung. Objekt und Subjekt sind in jeglicher Hinsicht offen für Missbrauch. Das Subjekt nimmt sich das Recht auf Vergewaltigung. Hinter jeder Vergewaltigung kann man die Beziehung zwischen Objekt und Subjekt deutlich erkennen. Dass Vergewaltigung in der Ehe nicht [*überall*] unter Strafe steht, hängt damit zusammen.

Realität ist, dass die Menschheit aktuell einer noch größeren Bedrohung durch Vergewaltigung gegenübersteht. Die kapitalistische Gesellschaft, vielfach als freiheitlich angesehen und angestrebt, erlebt Vergewaltigung häufig intensiver. Wenn Kapitalismus Freiheit und Fortschritt bedeutet, warum gibt es dann so viele Vergewaltigungen? Denn die Machthaber passten die Vergewaltigungskultur dem kapitalistischen Fortschritt äquivalent an. Dafür haben sie einen heftigen Kampf gegen die ethische Gesellschaft geführt. Durch die Vernichtung derjenigen, die Widerstand leisteten, haben sie gesellschaftliche Strukturen zerstört. Der Kapitalismus entwickelte sich zur Zeit der Hexenverbrennungen. Hexen können eigentlich Widerstand leistenden, sich nicht ergebenden weiblichen Werten gleichgesetzt werden. Nach den Hexenverbrennungen verbreiteten sich in Europa, wo der Kapitalismus sich entwickelte, Prostitution und zeitgleich Bordelle. An die Stelle von Widerstand leistenden Frauen wurden gekaufte Frauen zum Weiterverkauf gesetzt. Prostitution ist eine feine Form der Vergewaltigung. Gemeinsames Ziel ist es, die Weiblichkeit der Frau zum Objekt zu machen und für die Zerstörung der ethischen Gesellschaft zu missbrauchen. In beiden Fällen gibt es einen, der missbraucht, und einen, der missbraucht wird.

Der Kapitalismus hat getan, was keine Zivilisation zuvor tat. Er hat sich in der menschlichen Mentalität kulturell und geistig eingenistet. Der Mensch hat sich in einer Umgebung ohne Utopien, Liebe, Geist und Freiheit für einen freien Menschen gehalten und ist so Bestandteil des Systems geworden. Das System erscheint im Menschen, der Mensch im System. Daher konnte sich Vergewaltigung so sehr ausbreiten. In Pervari vergewaltigt ein 15-Jähriger eine 4-Jährige. In Manisa vergewaltigt ein 60-jähriger Mann ein einjähriges Baby. In keiner Epoche hat es einen solchen Verfall gegeben. Das kapitalistische Zeitalter ist dasjenige von Zeus und Enlil geworden. Für sein Fortbestehen beharrt das System stärker auf Zeus und Enlil.

Daher müssen wir Vergewaltigung im Hinblick auf die Zivilisation kulturell betrachten. Wenn Vergewaltigung bedeutet, zum Objekt und Sklaven zu werden, dann ist ihr Gegenteil die Freiheit. Die Gefahr und die Kultur der Vergewaltigung, der die Frauen und die Gesellschaft ausgesetzt sind, erfordern einen Kampf dagegen. Der Kern der Zivilisation und der Kapitalismus als ihr Höhepunkt stützen sich darauf. Ein angemessener Kampf muss mit der Radikalität geführt werden, die an die Größe dieser Gefahr heranreicht. Wir müssen als Frauen nicht nur unsere Körper, sondern alle angegriffenen Werte verteidigen. Wir müssen außerhalb des zivilisatorischen Systems ein Leben erschaffen. Denn Vergewaltigung hat eine Geschichte. Der können wir entgegenwirken, indem wir unsere eigene Geschichte schreiben. ♦

Aus dem Leben von Uta Schneiderbanger

Mit Kampf und Liebe in eine neue Zeit – Nûdem

Buchankündigung

Vor fünf Jahren, am 31. Mai 2005, verunglückte Uta Schneiderbanger (Nûdem) mit einer weiteren Genossin, Ekin Ceren Doğruak (Amara), tödlich bei einem Autounfall in der Nähe der südkurdischen Kleinstadt Qeladize. Uta und Amara beteiligten sich als Internationalistinnen seit vielen Jahren aktiv am Freiheitskampf des kurdischen Volkes und dem Aufbau einer internationalistischen Frauenbewegung.

Das nun erscheinende Buch über das Leben und den Kampf von Uta ist von einigen ihrer Freundinnen erstellt worden. Hierzu machten sie auch zahlreiche Interviews mit Angehörigen, FreundInnen und GenossInnen von Uta.

In Kürze wird ein weiterer Band über das Leben von Ekin Ceren Doğruak (Amara) erscheinen.



Den Namen Nûdem, kurdisch für „neue Zeit", wählte sich Uta als ihren Namen in der kurdischen Befreiungsbewegung. „Wir haben nach Lösungswegen für eine neue Zeit gesucht. Nach einem kollektiven und menschlichen Leben!", schrieb Uta in ihren Aufzeichnungen. Diese Suche reichte von der Befreiungstheologie über Häuserkämpfe, antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstand, von der autonomen Frauen- und Lesbenorganisierung bis hin zum praktischen Internationalismus. Uta richtete sich kein bequemes Leben ein, sondern schaute hinter die Fassaden, verfolgte – trotz aller Schwierigkeiten – konsequent ihre Ziele. Zu ihrem vielfältigen Leben gehörten Politik und Frauenorganisierung ebenso wie ihre Liebe zu Menschen und der Natur, ihre Leidenschaft für Musik, Kultur und Naturheilkunde genauso wie ihre Reisen in die Türkei und nach Kurdistan.

Wie viele ihrer FreundInnen, Verwandte und Bekannte in diesem Buch berichten, war Uta eine Frau, die mit ihrer Solidarität, mit ihrem Kampf und ihrer Liebe die Welt ein Stück verändert hat. Dieses Buch soll zum Erinnern, Nachdenken, Diskutieren, zum Weiterschreiben und Weiterkämpfen anregen. Es soll sowohl ein Stück von über 20 Jahren kontroverser feministischer, antiimperialistischer und internationalistischer Geschichte in der BRD als auch das Leben einer besonderen Frau, die Teil dieser Kämpfe war, allen interessierten LeserInnen näherbringen. ♦

Mit Kampf und Liebe in eine neue Zeit – Nûdem
Aus dem Leben von Uta Schneiderbanger
Mesopotamien Verlag
ISBN: 978–3–941012–16–5
Ca. 280 Seiten
Preis: 10 €

Zu bestellen bei:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstraße 125, 40215 Düsseldorf
+49(0)211–5989251
ceni_kurdistan@gmx.de
oder
Mesopotamien – Verlags- und Vertriebs-GmbH
Gladbacher Str. 407B, 41460 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131/4069093
Fax: +49 (0) 2131/4029562
info@pirtuk.info

Die kurdische Sprache ist eine lebendige Sprache

14.–16. Mai: Tage der kurdischen Sprache

Rojan Hazim,
Mitglied im KNK-Exekutivrat, Vorsitzender der KNK-Sprach- und -Bildungskommission

Die am 13./14. Mai 2006 auf der Jahreshauptversammlung gegründete Kommission für kurdische Sprache und Bildung schlug einen „Tag der kurdischen Sprache" vor. Dem stimmte auch der KNK zu. Auch die KCK unterstützte diesen Beschluss. Die erste Feier anlässlich des Tages der kurdischen Sprache fand am 14.05.2007 statt. Nach den Feierlichkeiten 2008 wurde den Bedürfnissen entsprechend in Zusammenarbeit mit der KCK der Tag der kurdischen Sprache auf drei Tage ausgeweitet. Seitdem begehen Kurden in ihrer Heimat und im Exil den Tag der kurdischen Sprache vom 14.-16. Mai. Die entsprechenden Veranstaltungen und Aktivitäten konzentrieren sich auf den 15. Mai, da an diesem Tag im Jahre 1932 die Brüder Celadet Bedir Han und Kamuran Ali Bedir Han [*Bedirxan*] die Zeitschrift Hawar herausgegeben haben.

Die Tradition eines Tages der Sprache gibt es in vielen Ländern. Dass der KNK sich eines „Tages der kurdischen Sprache" angenommen hat, resultiert aus der Tatsache, dass die kurdische Sprache von Auslöschung bedroht ist. Das seit Jahrhunderten in Kurdistan währende System hat vielseitige Schäden verursacht; jedoch ist die kurdische Sprache das am stärksten betroffene nationale Element. Die kolonialistischen Staaten, vor allem die Türkei, übten zuerst Druck über die Sprache aus und bauten einen so umfangreichen und barbarischen Mechanismus der Assimilation auf, wie er zuvor nirgendwo existiert hatte. Die kurdische Sprache wurde nicht in das Bildungssystem integriert. Darüber hinaus wurde ihr Gebrauch im Alltag und zu gesellschaftspolitischen sowie sozialen Zwecken verboten und mit hohen Strafen belegt. In den ersten Jahren der türkischen Republik wurden unglaubliche Strafen „pro Wort" verhängt. In den 70er Jahren war die Assimilation stark vorangeschritten und innerhalb der kurdischen Bevölkerung sank die Rate der Kurdisch Sprechenden. Mit Beginn der nationalen Widerstandsbewegung Mitte der 70er Jahre nahmen im Rahmen der Organisierungs- und Mobilisierungsarbeiten der Gebrauch der kurdischen Sprache sowie sprachrelevante Aktivitäten zu. Das strikte Verbot im Rahmen des Militärputsches von 1980 beeinflusste auch den alltäglichen Sprachgebrauch negativ. Hinzu kam die Autoassimilation der Kurden selbst. All dies hat die kurdische Sprache schwer getroffen. Die Bemühungen der in dieser Phase nach Europa emigrierten kurdischen Schriftsteller, Lehrer und Intellektuellen führten zu einer Zunahme der kurdischen Publikationen und der Bildung in kurdischer Sprache. Das hat die kurdische Sprache gestärkt. Ab Mitte der 80er Jahre kam es im Zusammenhang mit den militärischen Auseinandersetzungen zu einer enormen Stärkung des nationalen Bewusstseins. Der Ausbau des nationalen Kampfes hat auch den Kampf für die kurdische Sprache positiv beeinflusst. Der Gebrauch der kurdischen Sprache sowie die an die Sprache angelehnten Aktivitäten haben, wenn auch langsam, zugenommen. Zudem hat sich eine in Kurdisch publizierende Presse mit TV, Radio und Internet etabliert. Trotz dieser positiven Errungenschaften hat sich durch die Tatsache, dass die kurdische Sprache in der Türkei, im Iran und in Syrien keine offizielle Bildungssprache und im Verwaltungswesen verboten ist, der gesellschaftliche Nutzraum eingeengt. Als die Sprache der kolonialistischen Staaten auch das Alltags- und Kulturleben der Kurden erfasste, wurde der „Tag der kurdischen Sprache" ins Leben gerufen, um diese gefährliche Entwicklung aufzuhalten und bei den Menschen das Bewusstsein und Interesse für die eigene Sprache zu stärken. Dieser Tag wurde durch die Anerkennung in der Bevölkerung in kurzer Zeit zu einer Tradition.

Die Aktivitäten zum „Tag der kurdischen Sprache" waren sowohl in Kurdistan als auch weltweit sehr umfangreich. Der diesjährige Tag stand unter dem Motto „Kurde, lass die kurdische Sprache dein Leben bestimmen" und „Kurdisch ist der Körper, achte auf deinen Körper". Zudem wurde die Forderung, Kurdisch als zweite Amtssprache in das Bildungssystem in der Türkei, im Iran und in Syrien einzubringen, zum Ausdruck gebracht. Es wurde betont, dass diese Forderung im Zentrum des Kampfes für die kurdische Sprache stehen werden. Dieses Ziel im Rahmen des „Tages der kurdischen Sprache" zum Ausdruck zu bringen, hat eine enorme gesellschaftliche Wirkung erzielt. Vorrangiges Ziel ist es somit, die kurdi-

sche Sprache zur zweiten Amtssprache in den genannten Ländern zu machen. Diesen Wunsch haben die Kurden anlässlich des Tages deutlich hervorgehoben.

Es besteht nicht mehr die Gefahr, dass die kurdische Sprache sich unter die „toten Sprachen“ einreiht. Innerhalb der im Rahmen des föderalen Irak bestehenden Regierung der Autonomen Region Kurdistan, in deren Verwaltung und Bildung, im sozialen, kulturellen und Alltagsleben ist Kurdisch als offizielle Amtssprache in Gebrauch. Es ist im föderalen Kurdistan erste Amtssprache und in der irakischen Verfassung garantiert. In Syrien und im Iran ist die kurdische Sprache, wenn auch nur mündlich, in Gebrauch. Als Resultat des nationalen Befreiungskampfes kam es auch zu wichtigen Errungenschaften in der Türkei. Hier wird die kurdische Sprache sowohl im Alltagsleben als auch im Mediensektor angewendet. Heute verfügen die Kurden über ein großes Mediennetz in kurdischer Sprache. Somit ist die kurdische Sprache eine lebendige und funktionierende Sprache. Dennoch hält die Assimilationspolitik der herrschenden Staaten an. In der Türkei und den von ihr besetzten Gebieten besteht aber bedauerlicherweise auch das Phänomen der Autoassimilation: Die Kurden verwenden ihre Sprache nicht und schenken ihr keine ausreichende Beachtung. Damit fördern sie selbst die Assimilation. Auch die vielseitigen Repressalien der kolonialistischen Staaten tragen hierzu bei. Die Türkei setzt diverse Assimilationsmethoden ein. So werden Kindergärten und Grundschulen intensiv für Assimilationszwecke genutzt und auf diese Weise wird ein an die Sprache angelehntes Genozid verübt.

Das Ausmaß der Assimilation und Autoassimilation hat innerhalb der kurdischen Bevölkerung eine ernsthafte Spracherosion bewirkt, was sicherlich sehr negativ zu werten ist. Dies macht sich nicht nur in Kurdistan, sondern auch weltweit bemerkbar. Diese beiden negativen Aspekte haben zu einer deutlichen Abnahme der Zahl Kurdisch sprechender Menschen geführt. Der kurdische Befreiungskampf ist jedoch in der Lage, diesen Verlauf aufzuhalten. Die Entwicklung der kurdischen Sprache beginnt in erster Linie mit dem Respekt der eigenen Sprache gegenüber. Die Kurden müssen ihre Sprache nicht nur als Kommunikationsmedium sehen, sondern auch als Identität, die es zu verteidigen und im Leben zu etablieren gilt. Die Kurden müssen ihre Sprache überall einsetzen. Dieses nationale Bewusstsein muss erreicht und gefestigt werden. Es ist lebenswichtig, dass diejenigen, die den kurdischen nationalen Befreiungskampf führen, sowie ihre Organisationen und Institutionen dabei eine Führungs- und Vorbildrolle spielen.

Die kurdische Sprache hat natürlich auch „sprachliche Probleme“. Sie existiert in zwei Alphabeten (lateinisch und arabisch). Das muss vereinheitlicht werden, und zwar auf das lateinische Alphabet. Auch wenn die verschiedenen Dialekte als Reichtum angesehen werden, so wirkt sich das Vorhandensein von zwei Alphabeten negativ aus. Die Dialekte entfernen sich zunehmend voneinander. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine Organisierung erforderlich. Im föderalen Kurdistan gibt es eine „Kurdische Sprachakademie“. Für Amed gibt es denselben Beschluss, jedoch ist er noch nicht umgesetzt worden. Lediglich einige praktische Schritte wurden ausgeführt. Auch in Ost- und Südwest-Kurdistan ist eine solche Akademie erforderlich. Es muss zudem einen diesen Akademien übergeordneten „Sprachrat“ geben. Dazu hat der KNK eine Reihe von Symposien und Konferenzen organisiert. Zuletzt hat sich der „Kurdische Sprach- und Bildungsrat“ im November 2009 in Brüssel getroffen und wichtige Entscheidungen getroffen. Nun müssen praktische Schritte folgen. Für Ende 2010 ist eine von der KNK-Sprach- und -Bildungskommission koordinierte, breit angelegte „Kurdische Sprachkonferenz“ im föderalen Kurdistan geplant.

Aktivitäten zur kurdischen Sprache und Bildung müssen zweifellos neben den vielen Aufgaben, die der nationale Befreiungskampf in der kommenden schwierigen Phase hat, an erster Stelle der Tagesordnung stehen. Die Wertschätzung des Befreiungskampfes durch die kurdische Bevölkerung lässt sich an dem Gebrauch der kurdischen Sprache messen.

31. Mai 2010, Brüssel ♦



Demonstration am 15. Mai 2010 zum „Tag der kurdischen Sprache“ in Istanbul Foto: DIHA

Andritz am Bau vom Ilısu-Staudamm weiter beteiligt

Widerstand gegen Staudamm geht in die entscheidende Phase

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Bekanntlich haben im Frühling 2010 die Bauarbeiten am seit Jahren heftig umstrittenen Ilısu-Staudamm am Tigris wieder begonnen, nachdem Anfang 2010 die Finanzierung des Projekts durch Kredite türkischer Banken und Kreditbürgschaften durch die türkische Regierung gedeckt wurde. Die türkische Regierung gab dabei bekannt, dass türkische Banken und Unternehmen jetzt das Projekt realisieren würden. Das stimmte auch, türkische Bauunternehmen begannen, bis zu tausend Arbeiter in Ilısu zu beschäftigen. Im Mai 2010 wurden Fotos bekannt, die den Baufortschritt zeigen.

Doch das Know-How der türkischen Unternehmen ist nicht so weit entwickelt, dass große Turbinen – wie für das Ilısu-Projekt vorgesehen – produziert und aufgebaut werden könnten. Insofern musste ein internationales Unternehmen früher oder später einspringen. Während angenommen wurde, dass dies in etwa zwei Jahren der Fall sein würde, hat sich in den vergangenen Wochen vieles getan. Anfang Juni 2010 erklärte das österreichische Unternehmen Andritz, dass sie elektromechanische Ausrüstung – vor allem Turbinen – im Wert von 340 Mio. Euro für das Ilısu-Projekt liefern würden. Nach dem Rückzug der europäischen Kreditbürgschaften im Juli 2009 waren bekanntlich die europäischen Unternehmen de facto aus dem Projekt raus. Während Alstom aus der Schweiz und Züblin aus Deutschland offiziell auch mitteilten, dass sie aus dem Projekt raus sind, hat dies Andritz nie getan. Denn sie hofften – wie jetzt geschehen –, dass sie wieder einspringen könnten. In seiner Erklärung spricht Andritz davon, dass „nach der zwischenzeitlichen Suspendierung der Lieferverträge sämtliche Voraussetzungen für die Wiederaufnahme geschaffen seien“. In seiner Begründung verdreht Andritz ganz offen die Realitäten („funktionierendes Rechtssystem“, „besonders modernes Kraftwerk mit hoher sozialer und umweltmäßiger Absicherung“, „Bau von Kläranlagen in Städten der Region“), womit es der Öffentlichkeit praktisch sagt, dass für sie nur der Profit und weitere ökonomische Interessen in der Türkei ausschlaggebend seien. Während sich viele Konzerne nach so viel Kritik in der Öffentlichkeit und Widerstand aus einem destruktiven Projekt zurückziehen, um ein wenig ihr Gesicht zu wahren, ist Andritz besonders arrogant und unverschämt.

Bauarbeiten für den Ilısustaudamm: Am Hang sind die neu errichteten Häuser, in die die Bevölkerung ziehen soll. Foto: IzRH

Interessant ist auch, dass weitere europäische Unternehmen im Projekt verblieben sind. Dabei kommen nur die kleineren schweizerischen Unternehmen Colenco und Maggia ins Spiel. Oder sind doch noch andere europäische Unternehmen eingesprungen? Das wird sich im Laufe der Zeit zeigen.

Der Verbleib von Andritz hat noch einen anderen wichtigen Aspekt. Andritz ist zusammen mit dem türkischen Bauunternehmen Nurol als Konsortialleiter an diesem Projekt beteiligt. Weil Andritz im Projekt geblieben ist, existiert trotz gescheiterten internationalen Kreditbürgschaften und dem Rückzug von Alstom und Züblin nach Auffassung der türkischen Regierung das Ilısu-Konsortium. Dieser Punkt ist kritisch, weil nach dieser Meinung keine neue Ausschreibung durchgeführt werden muss. Wenn eine neue Ausschreibung angegangen werden müsste, würde sich das Projekt um 1–2 Jahre verzögern. Dies war Gegenstand vieler Diskussionen in der Türkei. Es ist geplant, dass Anwälte der Initiative zur Rettung von Hasankeyf in Kürze deswegen Klage gegen die Regierung erheben, denn es gab erhebliche Veränderungen am Projekt.

Währenddessen sollen die BewohnerInnen im Dorf Ilısu und in Karabayir – dem Baustellenort – in diesem Sommer aus ihren Häusern ausziehen. Für sie wurden neue Häuser in der Nähe errichtet, die aber viel teurer als die Entschädigungssumme für die jetzigen Häuser sind. So müssen sie für die neuen Häuser 70 000 TL (etwa 35 000 Euro) zahlen, während sie für die bestehenden Häuser 20 000–30 000 TL erhielten. Ungeklärt ist auch, wodurch sie ihr Einkommen bestreiten sollen. Die BewohnerInnen von Ilısu teilen mit, dass viele weitere Versprechen nicht eingehalten wurden. So kommen auf der Baustelle fast alle Arbeiter von außerhalb. Mit dieser Umgehensweise werden sie deutlich schlechtergestellt und nicht im Geringsten nach internationalen Standards umgesiedelt – von den, durch die europäischen Regierungen gestellten, Auflagen ist nichts zu sehen.



Bauarbeiten zum Ilısu-Staudamm: Noch in diesem Sommer sollen die BewohnerInnen der Dörfer Ilısu und Karabayir aus ihren Häusern ausziehen. Foto: IzRH

Auch ein anderes Versprechen bricht die Türkei im Ilısu-Projekt: Aus einem Artikel der Hürriyet Daily News vom 24.5. geht hervor, dass nun auch Hasankeyfs antike Brücke und die antike El-Rizk-Moschee nach den Plänen der türkischen Behörden in den Fluten des Ilısu-Staudamms versinken sollen. Bisher hatten die türkischen Behörden versichert, Hasankeyf werde „gerettet", indem die wichtigsten zwölf Monumente im Original abgetragen und wieder aufgebaut würden. Jetzt ist nur noch von „Nachbildungen" die Rede.

Die Antwort auf diese Entwicklungen kann nur sein, die Aktivitäten zu intensivieren und das sehr bald. Eine Initiative ist ein internationales Camp in Hasankeyf im Sommer 2010. Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf ruft Organisationen, Initiativen sowie Einzelpersonen weltweit und aus der Türkei auf, sich an diesem Camp zu beteiligen. Nähere Informationen zum Camp sowie der genaue Zeitpunkt werden auf der Webseite: www.hasankeyfgirisimi.com bekannt gegeben. ♦

SPENDENAUFRUF!!!

Anfang des Jahres 2010 wurde der „Verein zum Erhalt von Hasankeyf und des Tigristals" in Batman gegründet, um die Ziele der Initiative zur Rettung von Hasankeyf zu unterstützen.
In den vergangenen 5 Jahren hat die Initiative eine lang andauernde Kampagne auf die Beine gestellt, die Betroffenen über ihre Rechte informiert, die Öffentlichkeit zur kritischen Haltung gegenüber dem zerstörerischen Ilısu-Projekt aufgerufen, Berichte erarbeitet und auch in entscheidender Weise die drei europäischen Regierungen dazu gezwungen, ihre Kreditbürgschaften zurückzuziehen. Weiterhin hat sie erheblich dazu beigetragen, dass sich türkeiweit ein Netzwerk von staudammkritischen Bewegungen gebildet hat.
Doch der Bau des Ilısu-Staudammes geht weiter, wogegen der Widerstand weiter ausgebaut werden muss. Die bisherige Arbeit haben wir durch ehrenamtliche Arbeit und durch Zuwendungen unserer Mitgliedsorganisationen finanziell bewältigt. Doch angesichts der kritischeren Lage sind immer mehr Ressourcen notwendig. Deshalb rufen wir alle Menschen und Organisationen auch in Europa auf, eine Spende an unseren Verein zu richten. Eure Spende wird dazu beitragen, dass wir das kulturelle und ökologische Erbe des Tigristals und die Rechte seiner BewohnerInnen besser verteidigen können.

Hier die Daten des Euro-Kontos unseres Vereins:

Bank: Fortis Bank Batman Branch Turkey
Kontoinhaber: Hasankeyf ve Dicle Vadisini Yasatma Dernegi
Euro-Konto-Nr.: 301080056EUR
IBAN Code: TR360007100296301080056EUR

Initiative zur Rettung von Hasankeyf
Batman, Türkei
www.hasankeyfgirisimi.com
hasankeyfgirisimi@gmail.com

Die letzten Zeitzeugen des Dersim-Massakers

Deshalb jetzt und immer, damit es nie wieder passiert ...

Deniz Karakaş

„Wir sind unschuldig.
Wir sind Nachfahren von Kerbela.
Es ist eine Schande.
Eine Grausamkeit.
Ein Mord!"

Liebe Dersimer und liebe Dersim-Freunde,
das waren die letzten Worte von Seyit Riza, bevor er aufgehängt wurde.

Die Geschichte Anatoliens und Mesopotamiens ist gleichzeitig die Geschichte der Genozide. Dersim 1937–38 ist nur einer davon …

Unsere Geschichten stehen nicht in den Geschichtsbüchern, unsere Geschichten können Sie auch nicht in den Nachrichten hören. Unsere Geschichten sind sowohl in den Herzen als auch im Gedächtnis der Überlebenden verankert.

War man ein guter Schmied, so erzählte man es uns, wenn nicht, nahmen sie es mit ins Grab …

Viele Zeitzeugen und Überlebende von Dersim 1937–38 weilen nicht mehr unter uns. Es gibt nur noch ganz wenige Zeitzeugen und bald werden diese auch nicht mehr sein.

Auch wenn wir den Schmerz und das Leid von Dersim 1937–38 nicht miterlebt haben, haben sie für viele von uns einen großen Stellenwert. Manche von uns wurden in diese Geschichten hineingeboren, manche wurden mit Klageliedern in den Schlaf gewogen. Immer noch bekommen die Enkelkinder die Namen der getöteten Vorfahren. Der Enkel und die Tochter von Seyit Riza suchen immer noch die Grabstätten ihrer Vorfahren so wie andere Überlebende und Verwandte auch …

Menschen ohne Grabsteine

Tausende starben …

Sie kamen und töteten, unser heiliger Munzur floss rot, schwangere Frauen wurden niedergestochen, Kinder wurden getötet, Menschen in die Flucht gejagt, Kinder, vor allem Mädchen, wurden verschleppt …

Tausende vertrieben …

Exil, Verleugnung, Unterdrückung, Assimilation …

Wir haben unendliche Klagelieder und Geschichten darüber gehört, aber haben es in den 72 Jahren nicht geschafft, daraus eine Dokumentation, ein Archiv zu erstellen. Uns fehlten die Mittel, uns fehlte vielleicht auch die nötige Kraft.

In den letzten Jahren wurden Bücher darüber geschrieben und einige wichtige und notwendige Dokumentarfilme erstellt, wie die von Çayan Demirel („38"), Özgür Fındık („Der rote Stift"), Nezahat und Kazım Gündoğan („Zwei Bündel Haare – die verschollenen Töchter Dersims").

Aber es wurde noch nie wissenschaftlich darüber geforscht, dokumentiert oder archiviert. Dersim 1937–38 sollte auch in Vergessenheit geraten. Obwohl viele Dokumente über das Dersim-Massaker in den Stadtarchiven lagern, wurden sie bis heute nicht veröffentlicht. Darüber hinaus wurde der Massenmord im Jahre 2009 im Parlament sogar von einem Abgeordneten gelobt und als beispielhaft dargestellt.

Dersim 1937–38 Oral History Project

Wie einige sicherlich schon wissen, hat die „Föderation der Dersim-Gemeinden e. V." (FDG) ein sehr wichtiges Projekt ins Leben gerufen, das „Dersim 1937–38 Oral History Project".

Mit diesem Projekt wollen wir die Schreie der jungen Mädchen aus Halvori, die Schreie der Waisenkinder, die Geschichten der in die Flucht getriebenen Familien, die Klänge der verschleppten Mädchen in die Öffentlichkeit, in die Welt tragen …

Die „Föderation der Dersim-Gemeinden e. V." setzte sich mit allen Mittel für dieses Projekt ein und wird es auch bis zum Ende unterstützen. Die Einnahmen aus dem 5. Kulturfestival Gladbeck gingen dieses Jahr deshalb auch an dieses Projekt.

Es soll apolitisch seinen akademischen Weg finden und soll nur der Geschichte, der Wahrheit dienen. Es soll den noch Überlebenden, den Nachkommen, den Enkelkindern und den kommenden Generationen gewidmet sein. Die kommenden Generationen sollen Dersim nicht vergessen; damit die mündliche Überlieferung auch in die schriftliche übergeht, wird in diesem Sommer in Dersim ein Archiv aufgebaut. Dort werden alle Interviews mit Überlebenden, mit Zeugen, mit Vertriebenen, alle Dokumente gesammelt, archiviert, übersetzt etc.

Das ist vielleicht auch der letzte Sommer für manche Überlebende …

Erst in den letzten Monaten sind zwei Zeitzeugen von uns gegangen. Zwei Wochen nach ihrem Interview starb am 22. April Bava Khali und Bava Usen starb am 29. April. Das Projekt muss schnellstens vorankommen, bevor die letzten Zeitzeugen von uns gehen.

Das Projekt findet die Unterstützung einer Reihe verschiedener Institutionen und Akademiker, denen ich auch einen besonderen Dank aussprechen möchte:

Projektkoordinatorin Dicle Akar, akademischer Direktor und Projektunterstützer Prof. Taner Akçam (Clark University Massachusetts, Vergleichende Genozidforschung), akademischer Direktor in der Türkei Dr. Suavi Aydın (Hacettepe-Universität Ankara), Karen Jungblut (Shoah Foundation Institute for Visual History and Education, University of Southern California L. A.), Prof. Martin van Bruinessen (Universität Utrecht), Prof. Hans-Lukas Kieser (Universität Zürich), Koordinator in der Türkei Cemal Taş (Schriftsteller und Forscher), juristischer Berater RA Hüseyin Aygün und viele ehrenamtliche Mitarbeiter.

Das Projekt ist überlebenswichtig und ich danke deshalb der FDG, ich danke dem FDG-Vorsitzenden Yaşar Kaya und all den Menschen, die das Projekt ins Leben gerufen haben. Sie haben dadurch auch mir die Gelegenheit gegeben, mitzuwirken, und auch wenn das nur ein kleiner Beitrag ist, Unterstützung zu leisten.

„Ich wurde mit euren Lügen und Tricks nicht fertig, darunter habe ich gelitten. Aber dass ich vor euch nicht in die Knie gegangen bin, das soll euch zum Leid werden.“ (Seyit Riza)

Auch wenn ich nicht in Dersim geboren bin, fühle ich mich der Vergangenheit meines Volkes stark verbunden und erhoffe mir durch das Projekt eine kleine Erleichterung.

Nicht nur die Überlebenden, sondern auch die nachfolgenden Generationen leiden an den Folgen von Genozid, Verleugnung, Assimilation. Die traumatische Geschichte prägt die Dersimer bis zum heutigen Tage. Die Generationen nach 1938 werden in Zukunft immer mit diesem Trauma zu tun haben.

Deshalb jetzt und immer, damit es nie wieder passiert, damit man Lehren aus der Vergangenheit zieht, damit die kommenden Generationen in Frieden leben können, müssen wir in die Vergangenheit blicken und uns von alten Wunden befreien. Nur so können wir es schaffen, in der Gegenwart in Frieden zu leben.

Wir werden mit der Zeit aus unserer Vergangenheit lernen, ihr ins Gesicht blicken können. Man kann aus der Geschichte auch Rache lernen und sich bekriegen, aber wir wollen uns nicht bekriegen! Wir wollen aus unserer Vergangenheit lernen für den Frieden, für die Solidarität der Völker, für die Demokratie wollen wir das!

Lasst die Wunden heilen, lasst die seit 72 Jahren eingesperrten Schmerzen aus den Herzen …

Bevor die letzten Zeitzeugen gehen …

Ape Use (Onkel Use).

Er ist unser Sonnenschein. Es gibt wenige Menschen auf dieser Welt, die jemanden so zum Lachen bringen können, aber auch gleichzeitig zum Weinen. Ape Use ist ein Zeitzeuge, er wurde 1938 mit seiner Familie aus seinem Dorf ins Exil geschickt.

Kinder umkreisten ihn und schauten nach, ob er tatsächlich einen Schwanz habe oder nicht, erzählt er. (Es wurde damals behauptet, Kurden, Dersimer, würden Schwänze tragen.) Er musste neun Jahre mit seiner Familie unter schlimmsten Bedingungen in einer fremden Stadt, in einem fremden Dorf, unter fremden Menschen leben, deren Sprache er auch nicht beherrschte.

Jetzt lebt Ape Use in Deutschland, ist verheiratet und hat Kinder.



Dersim 38: Gebt eure Hände, bevor die letzten Zeitzeugen von uns gehen!

Ich wundere mich manchmal, wenn ich ihn mir anschaue, und kann es mir überhaupt nicht vorstellen, wie ein Mensch nach all diesen Geschehnissen noch so viel Humor besitzen und lachen kann.

Unsere Alten beteten zur Sonne und zum Mond. Wenn Ape Use lacht, dann scheint die Sonne in unserem Herzen, wenn er weint, dann sind unsere Herzen wie der Mond. Ich bete dafür, dass die Sonne in meinem Herzen immer aufgeht. Mond, dich liebe ich auch, aber nimm deinen Schatten aus meinem Herzen.

Zwei Bündel Haare – die verschollenen Töchter Dersims

„Zwei Bündel Haare – die verschollenen Töchter Dersims" ist der zweite Dokumentarfilm von Nezahat und Kazım Gündoğan. Er handelt von den verschleppten Mädchen aus Dersim. Im Jahre 1938 wurden viele Kinder, vor allem Mädchen, zur Adoption freigegeben. Sie wurden zu Offiziersfamilien gegeben oder mitgenommen.

Aus diesem Film musste ich auch erfahren, dass jemand aus meiner Familie 1938 verschleppt worden war und Jahre später wiedergefunden wurde. Ich war entsetzt, dass man nicht darüber gesprochen und es verschwiegen hatte. Oder waren wir zu jung, um es zu erfahren? Ich weiß nicht, aus welchen Gründen, aber es gibt Menschen, die es jahrelang ihren Kindern, ihren Ehepartnern verschwiegen haben. Aus Angst wovor?

Die Hauptdarstellerin des Films und ihre Cousine haben sich nach 65 Jahren wiedergetroffen. Die eine hatte Glück und wurde gefunden, die Cousine aber hatte ein schwereres Leben hinter sich, wurde assimiliert und verlernte natürlich auch ihre Muttersprache.

Bis jetzt haben Nezahat und Kazım Gündoğan mit siebzig solcher Frauen gesprochen, die als Kinder verschleppt worden waren.

Einige weigerten sich zu sprechen, andere sind schon von uns gegangen

Ein anderes verschlepptes Mädchen war Besi Ulugöl. Mehmet Gülmez, FDG-Vorstandsmitglied, entdeckte sie 2010 und sprach mit ihr. Sie wurde 1935 geboren, ihre Familie 1938 ermordet. Sie war damals drei und ihre Schwester sechs. Von einem Offizier wurden sie mitgenommen. Momentan lebt sie in Niğde und ist schwer krank. Seit 1938 war sie nicht mehr in Dersim. Ihre Schwester ist vor kurzem gestorben.

Eine Suche, die seit 72 Jahren dauert

Sultan Kulualp war sieben Jahre alt, als man ihre ganze Familie 1938 umbrachte. Sie versucht seit 72 Jahren, ihre beiden Schwestern zu finden.

Sie ist verheiratet und hat Kinder und lebt in Isparta, aber kann die Geschehnisse von 1938 nicht vergessen. Ihre zwei Brüder und sie selbst hatten sich retten können. Später hat sie erfahren, dass ihre Schwestern Beser und Elif am Leben und zur Adoption gegeben worden waren.

All die Zeitungsannoncen hatten nichts ergeben und sie hatte ihre Hoffnung aufgegeben gehabt, bis vor sechs Monaten, da lernte sie den Rechtsanwalt Hüseyin Aygün kennen. Aygün forscht immer noch und Sultan Kuluap hofft, dass sie ihre Schwestern findet.

Gebt eure Hände, helft uns das Projekt voranzubringen!

WAS KÖNNEN SIE TUN?

Nehmen Sie so schnell wie möglich Kontakt zu uns auf. Teilen Sie uns den Aufenthaltsort bzw. die Adressen von Menschen mit, welche das Massaker und die Verbannung noch selbst erlebt haben. Diese Menschen können in Dersim, in anderen Provinzen der Türkei, in Europa oder in Amerika leben. Wir wollen diese Menschen aufsuchen und mit ihnen Gespräche führen – ganz gleich, wo in der Welt sie auch wohnen mögen. Helfen Sie uns dabei, diese letzten Augenzeugen aufzuspüren. Nehmen Sie über unsere Kontaktadresse Verbindung zu uns auf und teilen Sie uns Ihre Informationen mit. Informieren Sie uns bitte, wenn Sie selbst über Erkenntnisse, Quellen, Fotografien etc. über Dersim im Allgemeinen und insbesondere über die Ereignisse von 1937–38 verfügen oder wissen, wo sich solche finden lassen.

Damit wir das Projekt so schnell wie möglich mit Leben füllen können, benötigen wir auch Ihre Spenden. Für Ihre Spenden wurden ein gemeinnütziger Verein gegründet und ein Bankkonto eröffnet. Jede Ihrer Spenden ermöglicht es, dass weitere Gespräche mit Augenzeugen geführt werden können.

Wir brauchen vor allem finanzielle Hilfe, damit wir das Projekt voranbringen können. Zuerst müssen Dersimer und Dersim-Freunde sich an das Projekt herantasten, später werden sich uns viele neue Türen öffnen, aber zuerst müssen wir das Projekt realisieren und es unterstützen.

Außer der finanziellen brauchen wir auch technische und akademische Hilfe. Junge Akademiker, ihr seid herzlich willkommen! Kommt und unterstützt uns bei diesem Projekt! Wir können jede Art von Hilfe gebrauchen!

Wenn Sie in ihrer Familie und Umgebung Überlebende oder Zeugen von Dersim 1937–38 haben, Familien kennen, die vertrieben worden sind, dann teilen Sie es uns mit!

Auch die Folgegenerationen sind für den Informationsaustausch sehr wichtig! Später werden auch mit den jungen Generationen Interviews gemacht.

Gebt eure Hände, bevor die letzten Zeitzeugen von uns gehen!

„Hızır auf dem Schimmel möge allen Menschen helfen und er möge alle bewachen"

Bankverbindung:
Förderverein Dersim e.V.
Konto-Nr.: 1929398798
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ: 37050198

Kontakt:
Tel.: 0157 / 761 65 079
www.dersim-tertele.com
E-Mail: info@dersim.tertele.com

Ein Beispiel deutscher Behördenmenschlichkeit

... und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung ...

AZADÎ e.V., 28. Mai 2010

Stadt Nürnberg
Einwohneramt
-Ausländerwesen-

Verfügung:

I. Sie werden aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen

II. Die sofortige Vollziehbarkeit der Ziffer I. wird angeordnet

III. Die von Ihnen am […] beantragte Erteilung/Verlängerung des Aufenthaltstitels wird hiermit abgelehnt.

IV. Ihr Aufenthalt wird auf das Stadtgebiet Nürnberg beschränkt.

V. Sie sind verpflichtet, sich beginnend ab dem […] einmal wöchentlich bei der zuständigen Polizeiinspektion Nürnberg-[…] unter Vorlage eines amtlichen Identifikationspapiers zu melden.

VI. Sollten Sie der unter Ziffer IV. dieses Bescheides festgelegten Pflicht, sich nur im Stadtgebiet Nürnberg aufzuhalten, zuwider handeln, wird ein Zwangsgeld in Höhe von 100 € fällig.

VII. Sollten Sie der unter Ziffer V. dieses Bescheides festgelegten Pflicht, sich bei der Polizeiinspektion Nürnberg-[…] einmal wöchentlich zu melden, nicht oder nicht im festgelegten Zeitraum nachkommen, wird ein Zwangsgeld in Höhe von 100 € fällig.

VIII. Für diese Verfügung wird keine Gebühr erhoben.

Die Kurdin Roza K. lebt seit Ende 2002 in Deutschland und stellte 2002 einen Antrag auf politisches Asyl. Als Mitglied eines Stadtteilkomitees der legalen Partei HADEP (Partei der Demokratie des Volkes) ist sie in der Türkei des Öfteren festgenommen worden. 1999 wurde sie im Polizeigewahrsam misshandelt und gefoltert. Man warf ihr vor, wie ihre 1992 bzw. 1994 ermordeten beiden Brüder für die PKK tätig gewesen zu sein. Ihr Vater wurde ebenfalls verhaftet und gefoltert. In der Türkei, wo Roza nach ihrer Flucht in Abwesenheit zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt wurde, besteht ein Haftbefehl gegen sie.

2004 sind Rozas Mann und ihre vier Kinder aus der Türkei zu ihr nach Deutschland nachgezogen. Die Kinder sind heute 17, 15, 10 und 9 Jahre alt. Der 17-jährigen Tochter Sultan wurde ebenfalls ein Ausweisungsbescheid zugestellt.

Rozas Asylantrag wurde abgelehnt, sie erhielt jedoch 2003 eine Aufenthaltsbefugnis, die 2005 mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes in eine Aufenthaltserlaubnis umgewandelt wurde. Auch ihr Mann und ihre Kinder erhielten eine bis 2009 befristete Aufenthaltserlaubnis.

Bei der Versagung der Aufenthaltstitel beruft sich das Nürnberger Ausländeramt auf eine durch das Bayerische Innenministerium nach Auskunft durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz erstellte Erkenntniszusammenfassung. Darin wird ihr vorgeworfen,

- „Aktivistin“ des Volkskongresses Kurdistans (Kongra-Gel) zu sein,
- an einer Demonstration des Mesopotamischen Kulturzentrums in Nürnberg mit dem Thema „Inhaftierung von Abdullah Öcalan“ teilgenommen zu haben, bei der zwei kurdische Fahnen und ein Abbild des „nunmehr kurdischen Volksführers“ Abdullah Öcalan gezeigt worden seien,
- an einer Veranstaltung in den Räumen des Kulturzentrums aus Anlass des Jahrestages der Gründung der PKK teilgenommen zu haben, bei der an der Fassade des Vereinshauses ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Öcalan“ angebracht gewesen sei,
- an einer Busfahrt aus Schweinfurt zu einer Kurdendemonstration in Brüssel teilgenommen zu haben, bei der zahlreiche Teilnehmer ihre Sympathien für den „kurdischen Volksführer“ Abdullah Öcalan und den Kongra-Gel zum Ausdruck gebracht hätten,
- an einer Demonstration des Mesopotamischen Kulturzentrums zum Thema „Menschenrechte und Demokratie“ aus

Anlass der Verhaftung des Kongra-Gel-Vorsitzenden Remzi Kartal teilgenommen zu haben, bei der Kritik an der Haltung des bayerischen Innenministeriums geübt worden sei,

- an einer Veranstaltung des Kongra-Gel in Fürth teilgenommen zu haben, bei der ein Transparent und ein Bildnis Abdullah Öcalans gezeigt worden seien und ein Vortrag über die Lage im Kurdengebiet in der Türkei gehalten worden sei,
- dass das Bayerische Landeskriminalamt gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet habe, nachdem man bei einer Verkehrskontrolle mit anschließender Hausdurchsuchung bei ihr „Propagandamaterial des Kongra-Gel" gefunden habe,
- anlässlich einer Demonstration die Parole „Biji Serok Apo" skandiert zu haben, worauf durch das Kriminalfachdezernat ein entsprechendes Verfahren eingeleitet worden sei,
- dass die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth gegen sie Anklage erhoben habe, in der ihr vorgeworfen werde, „Frontarbeiterin" des Kongra-Gel zu sein und vier nicht näher bekannte Personen zur Spende von insgesamt 400 € für den Kongra-Gel veranlasst zu haben,
- an einem Demonstrationszug des Vereins „Medya Volkshaus e.V." zum Newroz-Fest teilgenommen und im Bereich einer Straßenbahnhaltestelle die Parole „Biji Serok Apo" gerufen zu haben,
- neun Exemplare der Zeitschrift „Serxwebun" (Unabhängigkeit) sowie neun Exemplare der Zeitschrift „Newaja Jin" (Erlebnisse der Frauen) in ihrem PKW aufbewahrt zu haben, obwohl sie gewusst habe, „dass beide Publikationen die werbende Darstellung des politischen und gesellschaftlichen Programms des Volkskongresses Kurdistans zum Gegenstand" hätten, um sie „an andere Personen kurdischer Volkszugehörigkeit" zu verteilen,
- bei einer Demonstration in Nürnberg aus Anlass des Konflikts zwischen der Türkei und dem Irak mehrmals laut „Dişe diş kana kan seninleyiz Öcalan" (Zahn um Zahn, Blut um Blut, wir sind mit dir, Öcalan) sowie „Biji Serok Apo" gerufen zu haben, obwohl sie hätte wissen müssen, dass es sich dabei um Parolen des Volkskongresses Kurdistans handelte, und dass sie folglich für den Volkskongress Kurdistans habe werben wollen,
- bei einer weiteren Demonstration in Nürnberg „Biji Serok Apo" gerufen zu haben,
- vom Landgericht Nürnberg, vor dem sie das Parolenrufen zugegeben habe, deshalb zu einer Geldstrafe von 75 Tagessätzen zu je 20,00 € verurteilt worden zu sein,
- ihren PKW dem Gebietsverantwortlichen des Kongra-Gel (nach ihren Aussagen ein Freund aus der Heimat) sowie einer wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verurteilten Aktivistin (nach ihren Aussagen eine gute Freundin) leihweise überlassen zu haben, wobei 98 Eintrittskarten für eine Newroz-Veranstaltung in Frankfurt/Main sichergestellt worden seien,
- bereits zwei Monate nach ihrer Verurteilung an einer „als Folklore-Veranstaltung getarnten Feier des Medya-Volkshauses anlässlich des 30. Gründungstages der PKK" teilgenommen zu haben, bei der ein Spruchband in Kurdisch mit dem Text „Für das Leben und den Frieden in Kurdistan – wir gratulieren euch zu den vergangenen 30 Jahren" mit dem Bildnis des Apo sowie diverse andere Porträts aufgehängt worden seien und mehrmals die verbotene Parole „Biji Serok Apo" gerufen worden sei,
- einer neuerlichen Erkenntniszusammenfassung des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge eine Kundgebung des Medya-Volkshauses vor dem türkischen Generalkonsulat in Nürnberg mit dem Thema „Angriff der türkischen Armee in Irakisch-Kurdistan" angemeldet und verantwortlich geleitet zu haben, an der ca. 100 Personen teilgenommen hätten,
- sich am Verkauf der „Kongra-Gel-eigenen Publikation Serxwebun" beteiligt zu haben,
- an einer weiteren Volksversammlung im Medya-Volkshaus teilgenommen zu haben,
- an einer Festveranstaltung im Medya-Volkshaus anlässlich des 60. Geburtstages „des PKK-Führers Abdullah Öcalan" teilgenommen zu haben, bei der die vereinseigene Musikgruppe „Komalen Ciwan" aufgetreten sei,
- in Nürnberg an einer Veranstaltung der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V." (Yek-Kom) mit dem Thema „Solidarität mit der DTP" teilgenommen zu haben,
- an einer Volksversammlung des Medya-Volkshauses mit Vorstandswahlen teilgenommen zu haben,
- an einer Demonstration in der Nürnberger Innenstadt mit dem Thema „Road Map von Abdullah Öcalan zum Frieden in Kurdistan" teilgenommen zu haben.

Stockt einer/m bei dieser Aufzählung schon fast der Atem, geht es jetzt erst richtig los, weshalb es angemessen erscheint, wieder ganze Passagen im Wortlaut zu zitieren:

Nach der Feststellung, dass bei erworbenem Aufenthaltsrecht eine Ausweisung nur noch nach einer individuellen Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde aus spezialpräventiven Gesichtspunkten, „d. h. zur Abwehr einer von dem/der türkischen Staatsangehörigen gegenwärtig ausgehenden Gefahr" zulässig sei, wird im Folgenden mit geradezu kabarettreifen Purzelbäumen versucht, eine aktuelle Gefährdung zu konstruieren.

So dürfe bei vorhandenem Internationalem Reiseausweis im Sinne der Genfer Konvention, dessen Besitz einen besonderen Ausweisungsschutz gewähre, eine Ausweisung nur noch aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verfügt werden. Diese seien jedoch „zweifellos gegeben", weil

- aufgrund des bisherigen Verhaltens „begründet davon auszugehen ist, dass keine glaubhafte Distanzierung […] erfolgt ist und deshalb mit weiteren Aktivitäten [gerechnet] und somit von einer Wiederholungsgefahr ausgegangen werden muss",
- zur Gefahrenabwehr ein besonderes Interesse bestünde, die „für den Kongra-Gel/die PKK objektiv vorteilhaften Aktivitäten und Unterstützungshandlungen zukünftig im Bundesgebiet zu unterbinden".

„Da Sie [Roza K.] Rechtsgüter von Verfassungsrang gefährden, dürfen an das Maß der Wahrscheinlichkeit der Gefahrenverwirklichung keine zu überzogenen Anforderungen gestellt werden. Wie aus der Bewertung der einzelnen Ausweisungs-

tatbestände ersichtlich wird, stellen Sie eine konkrete Gefahr für die grundlegenden Interessen der Bundesrepublik Deutschland dar. Die ausländerrechtliche Zielsetzung im Ausweisungsverfahren, die der Gefahrenvorsorge und Gefahrenabwehr dient, erfordert deshalb zwingend die verfügte Entscheidung. Denn nur die Ausweisung und die in diesem Zusammenhang verfügten Maßnahmen sind geeignet, um die durch die Unterstützung einer terroristischen Organisation durch Ihre Person entstehende Gefahr, aber auch um Ihre Bestrebungen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden, effektiv abzuwehren."

- „Sie gehören einer Vereinigung an, die den Terrorismus unterstützt […] und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland."
- „Entsprechend der amtlichen Begründung […] wird von dieser Bestimmung die Mitgliedschaft in oder Unterstützung von Vereinigungen erfasst, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen, unabhängig davon, wo die Anschläge verübt werden. […] Es ist dabei nicht erforderlich, dass die Gefahr unmittelbar von dem Ausländer ausgeht. Ausreichend ist bereits die abstrakte Gefährdung durch eine Organisation, die er unterstützt oder der er angehört. Durch den Regelausweisungsgrund soll sichergestellt werden, dass Personen kein Aufenthaltsrecht erhalten bzw. die Bundesrepublik Deutschland verlassen müssen die terroristische gewaltbereite Aktivitäten unterstützen."
- „Als Unterstützung des Terrorismus wird jede Handlung angesehen, die für Organisationen, die terroristische Handlungen begehen, objektiv vorteilhaft ist, z. B. durch das Bereitstellen von Informationen oder materieller Mittel und durch jegliche Art der Finanzierung der Tätigkeit mit dem Wissen, dass die Beteiligung zu strafbaren Handlungen der terroristischen Vereinigung beiträgt."
- „Der nach wie vor beträchtliche Einfluss der Organisation auf die hier lebenden Kurden ermöglicht es der PKK und ihren Nachfolgeorganisationen, auch in Deutschland jederzeit zur Gewalt zurückzukehren, wenn ihr dies opportun erscheint. Der Kongra-Gel ist nach wie vor in der Lage, mehrere zehntausend Anhänger für bundes- bzw. europaweite Großveranstaltungen zu mobilisieren."
- „An den Nachweis einer Mitgliedschaft bzw. einer Unterstützung dürfen dabei angesichts der konspirativen Vorgehensweise terroristischer Vereinigungen keine überzogenen Anforderungen gestellt werden. Denn im Gefahrenabwehrrecht ist anerkannt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Rechtsgutsbeeinträchtigung keine konstante Größe ist, vielmehr der Wahrscheinlichkeitsgrad abhängig von der Schwere des drohenden Schadens ist."
- „Sie stellen auch persönlich eine Gefahr für die genannten Schutzgüter dar. Sie nehmen innerhalb der Organisation des Kongra-Gel/der PKK in Deutschland eine herausgehobene Stellung ein, da Sie nicht nur als 'einfaches' Mitglied oder Anhängerin der Organisation einzustufen sind. Die Organisation […] bringt Ihnen dabei ein erhebliches Vertrauen entgegen, da Sie Spendengelder sammeln, verwalten und an übergeordnete Stellen weiterleiten."
- „Wie anlässlich einer Hausdurchsuchung in Ihrer Wohnung festgestellt wurde, stellt das Porträt Abdullah Öcalans den Mittelpunkt eines kunstvoll verzierten Wandschmucks in Ihrem Wohnzimmer dar. […] Außerdem waren in Ihrem sichergestellten Handy drei Bilder, die Kämpferinnen des Volkskongresses Kurdistans (Kongra-Gel) zeigen, sowie ein Bild von Murat Karayilan, der als zweiter Mann nach Abdullah Öcalan in der Hierarchie des Volkskongresses Kurdistans anzusehen ist, gespeichert. Dies zeigt deutlich, dass der Volkskongress Kurdistans (Kongra-Gel) einen festen Platz in Ihrem, aber auch dem täglichen Leben Ihrer Familie hat."
- „Ihre tiefe Verwurzelung mit den Zielen der PKK und deren Nachfolgeorganisationen wird dabei noch unterstrichen durch die Tatsache, dass Sie auch nicht davor zurückgeschreckt sind, Ihre Kinder in Aktivitäten mit einzubeziehen. Sie sind als Erziehungsberechtigte gehalten, die Entwicklung Ihrer Kinder und somit eine Integration in vorhandene Lebensverhältnisse zu unterstützen und nicht durch Aktivitäten und 'Vorbildfunktion' Ihrerseits derart zu gefährden, dass diese u. U. strafbare Handlungen begehen und ggf. auch mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen rechnen müssen."
- „Von dem Ausweisungstatbestand werden alle Verstöße gegen Rechtsvorschriften erfasst. Rechtsvorschriften sind dabei sämtliche in Deutschland geltenden Rechtsnormen, also Gesetze, Rechtsverordnungen, Polizeiverordnungen und Satzungen, wobei eine Verurteilung oder sonstige Ahndung insbesondere eine Bestrafung eines Rechtsverstoßes zur Erfüllung des Tatbestandes nicht erforderlich ist. Ausreichend ist vielmehr, dass die Begehung der Tat objektiv feststeht, notfalls nach eigenen Ermittlungen der Ausländerbehörde."

Die Nürnberger Ausländerbehörde traut also nicht einmal der bayerischen Polizei!

- „Ihre vier Kinder sind minderjährig und – wohl bis auf Ihre Tochter Sultan – noch auf die Betreuung durch die Eltern bzw. einen Elternteil angewiesen. Diese Betreuung kann aufgrund der verfügten Maßnahmen auch in Zukunft durch Sie und Ihren Ehemann sichergestellt werden."
- „Der Aufenthalt Ihrer Tochter Sultan wird mit Bescheid vom 23.03.2010 beendet werden."
- „Wie bereits festgestellt, gehören Sie dem Kongra-Gel/der PKK, also einer terroristischen Organisation an und unterstützen diese. Sie gefährden mit Ihrem Handeln die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Mit Ihrer Ausweisung soll der von Ihnen ausgehenden Gefahr begegnet werden. Es handelt sich mithin grundsätzlich um eine gesetzlich vorgesehene Maßnahme, die in einer demokratischen Gesellschaft für nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen und zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist. Unter Berücksichtigung der konkreten Umstände Ihres persönlichen Umfeldes, insbesondere

der Beziehungen zu Ihrem Ehemann und den Kindern ist diese Maßnahme auch verhältnismäßig. Zwar wird die Möglichkeit des persönlichen Kontaktes mit diesen durch die Ausweisung nach Maßgabe der geltenden Vorschriften eingeschränkt, jedoch keinesfalls unterbunden und damit unzumutbar."

Es ist also nach Auffassung der Behörde zumutbar, dass die Familie auseinandergerissen und zwei der vier Kinder mit der Mutter in die Türkei zurückgeschickt werden sollen, wo sie auf sich selbst gestellt sein werden, weil Roza K. dort für mindestens drei Jahre und neun Monate ins Gefängnis muss.

Und so geht es weiter

Es gibt weder einen Beweis für den Terrorismus des Kongra-Gel noch für die Mitgliedschaft von Roza K. in ihm oder ihre Spendensammlung für ihn. Dass weder der Bundesverfassungsschutz noch die Oberlandesgerichte den Kongra-Gel als terroristisch einstufen, sondern sich auf das ominöse Konstrukt einer „kriminellen Vereinigung" innerhalb der Führungsebene der Organisation in Deutschland geeinigt haben, scheint den Ausweisungswillen in der Nürnberger Ausländerbehörde nicht zu beeinträchtigen. Dass die erwähnten kurdischen Vereine wie auch ihr Dachverband Yek-Kom legal und in das Vereinsregister eingetragen sind, dass die Aktivitäten ihrer Vorstände legal sind und dass die Kundgebungen und Demonstrationen polizeilich angemeldet wurden, dass Tausende inkriminierte Symbole tragen und Zehntausende „Biji Serok Apo" skandieren, tut offenbar auch nichts zur Sache.

Ein hinlänglicher Verdacht auf die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder ihre Unterstützung müsste „normaler Weise" eine Anklage vor einem Oberlandesgericht gem. § 129a StGB zur Folge haben – Fehlanzeige! Auch eine Anklage gem. § 129b StGB (Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung) ist in Bezug auf die PKK oder den Kongra-Gel bisher nicht erfolgt.

Kongra-Gel nur bei Bedarf terroristisch

Dr. Remzi Kartal, der Vorsitzende des Kongra-Gel, wurde auf Grund eines Auslieferungsersuchens der Türkei im Januar 2005 in Nürnberg verhaftet, musste jedoch auf Gerichtsbeschluss innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 40-Tage-Frist wieder freigelassen werden, weil das von den türkischen Strafverfolgungsbehörden beigebrachte Belastungsmaterial „weder internationalen noch hiesigen Ansprüchen entsprochen hätte. Ankara habe nur den Lebenslauf Kartals wiedergegeben und keinerlei konkreten Straftatsvorwurf formuliert." (AFP 2.3.2005) Bei den deutschen Strafverfolgungsbehörden lag offenbar nichts gegen ihn vor.

Ausweisungen und Abschiebungen, die Aberkennung des Asylstatus, Herabstufung des Aufenthaltsstatus, die Geldstrafen für das Rufen einer Parole oder das Tragen einer Fahne, die Observation der Vereine und ihrer Vorstände, die regelmäßigen Razzien in Vereinsräumen und Wohnungen, die zeitweiligen Verhaftungen prominenter Mitglieder der kurdischen Bewegung, die gezielten „Verkehrskontrollen", das Abhören von Telefongesprächen und das „Abschöpfen" des E-Mail-Verkehrs, die „Ansprachen" von Jugendlichen durch die Geheimdienste dienen allesamt nur einem Zweck: der „Generalprävention", also der Einschüchterung, der Lähmung und Desorientierung der kurdischen Bewegung, ihrer Spaltung durch gegenseitige Verdächtigungen, der Be- und Verhinderung ihrer Weiterentwicklung, ihrer Desorganisierung und Vernichtung.

Zehntausende ausweisen?

Was die Nürnberger Ausländerbehörde Roza K. vorwirft, trifft auf zehntausende, wenn nicht hunderttausende von Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik zu. Selbstverständlich unterstützen sie ihre Freiheits- und Demokratiebewegung, auch wenn deren Organisationen als terroristisch verleumdet und bekämpft, ihre legalen Parteien in regelmäßigen Abständen mit dem Vorwurf, den Terrorismus zu unterstützen, verboten werden. Selbstverständlich sind sie stolz auf ihre Guerilla, das Faustpfand in ihrem Kampf für die Anerkennung ihrer Identität, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Bleibt die Frage, warum solche jedem Anspruch auf bürgerliche Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechenden Verfügungen bei uns möglich sind und sicher auch Rechtskraft erlangen können.

Weil sie von der deutschen Bevölkerung weitgehend unbemerkt bleiben und weil die Behörden bei der Bevölkerungsmehrheit auf einen stillen Rassismus bauen können, der den Kurden (Tamilen, Afrikanern, Roma usw.) auch bei uns keine gleichen Rechte zuerkennt. In welcher Zeitung, in welcher Rundfunk- oder Fernsehsendung wird diese systematische Aushöhlung der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit thematisiert?

Solidarität neu erfinden

Dieser Vorwurf trifft auch die Linke – ob Partei oder nicht. Fast vor unserer Haustür kämpft in und mit der kurdischen Bevölkerung der Türkei eine der weltweit stärksten und erfolgreichsten emanzipativen Bewegungen. In der Bundesrepublik leben über 500 000 Kurdinnen und Kurden. Wo aber ist die deutsche Solidaritätsbewegung, wo die materielle, politische, wissenschaftliche, kulturelle und mediale Unterstützung, vergleichbar der einstigen für Vietnam, Palästina, Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, Portugal, die Westsahara, Südafrika, Chile, Nicaragua oder El Salvador? Wer außer ihnen selbst betrachtet die kurdische Bewegung als Teil der weltweiten Emanzipation? Sie ist von der nationalen zur sozialen Phase des Befreiungskampfes übergegangen und wird trotzdem als nationalistisch diffamiert und ansonsten weitgehend ignoriert.

Die Globalisierung von unten hat noch nicht stattgefunden. ♦

„Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“

Interview zur Kampagne „TATORT Kurdistan“

Der Krieg in Kurdistan wird international geführt und ist näher an uns dran, als viele glauben mögen. Während in der Region Kurdistan seit Jahrzehnten Widerstand geleistet wird, ziehen deutsche Unternehmen und die Regierung in Form von Rüstungsexporten oder der Finanzierung und dem Bau von Staudämmen nahezu unbehelligt ihre Profite aus diesem Krieg.
Die Bundesregierung arbeitet freudig mit der türkischen Regierung zusammen, wenn es um Auslieferungsanträge oder Rückführungsabkommen kurdischer Flüchtlinge geht. Solche Machenschaften müssen dort, wo sie zutage treten, genauso wie dort, wo sie entstehen, beleuchtet werden, müssen aufgezeigt, kritisiert und verhindert werden.

Die Kampagne „TATORT Kurdistan“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Verantwortung und die Rolle deutscher Unternehmen und der Bundesregierung an geeigneten Orten sichtbar zu machen. Auf der Seite http://tatort-kurdistan.blog.de/ sind Hintergrundinformationen zur deutschen Beteiligung an Rüstungsexporten, Infrastrukturprojekten, am Giftgasangriff auf Halabja, zur Situation kurdischer Flüchtlinge in Deutschland und zur Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung zu finden. Auch Termine und weitere Informationen findet ihr auf dieser Webseite. Es wird in unterschiedlichen Städten in Deutschland Veranstaltungen zu diesen Themen geben und am 1. September 2010 zum Weltfriedenstag einen bundesweiten Aktionstag.
Elmar Millich führte das Interview mit einer Aktivistin der Berliner Initiative zum „TATORT Kurdistan“.

Die Kampagne „TATORT Kurdistan“ ist ja seit ca. einem Monat am Laufen. Kannst du kurz noch mal die Ziele darlegen?

Die Kampagne hatte ihren Auftakt am 8. Mai in Berlin mit einer Videokundgebung vor dem Brandenburger Tor. Ziel der Kampagne ist es, die Rolle deutscher Unternehmen und der Regierung im Krieg in Kurdistan in ihrer ganzen Dimension sichtbar zu machen.

Welche Themenfelder sollen konkret angesprochen werden?

Es wird um deutsche Rüstungsexporte, Beteiligung an problematischen Energie- und Infrastrukturprojekten, Flüchtlingspolitik und Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung hier in Deutschland sowie den Giftgasanschlag auf Halabja 1988 gehen.

In Halabja kamen damals auf einen Schlag mehr als 5 000 Menschen um, 70 % der damaligen Giftgasproduktionsanlagen im Irak stammten von deutschen Unternehmen. Verurteilt wurde in Deutschland bis heute dafür niemand.

Uns ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Türkei noch immer wichtigster Abnehmer deutscher Waffen ist. Die aktuelle Menschenrechtssituation in den kurdischen Gebieten in der Türkei findet bei Rüstungsexporten keine Beachtung. Das heißt die deutsche Regierung billigt mit ihrer Exportgenehmigung den Einsatz deutscher Waffen im Kriegsgebiet und trägt somit auch Verantwortung für die mehr als 40 000 Kriegstoten in Kurdistan in den vergangenen 30 Jahren.

Hinsichtlich der Beteiligung deutscher Unternehmen an problematischen Energie- und Infrastrukturprojekten ist die geplante Nabucco-Pipeline ein Beispiel. Sie führt direkt durch die kurdischen Gebiete der Türkei. Die neuen Initiativen und Repressionen des türkischen Staates seit 2009 gegenüber den KurdInnen werden oft in Verbindung mit der Nabucco-Pipeline gestellt. Beteiligt am Projekt ist das deutsche Energieunternehmen RWE.

Welche Verbindung seht ihr zwischen deutscher Flüchtlingspolitik und dem Krieg in Kurdistan?

In den 1990er Jahren wurden Millionen von KurdInnen durch den Krieg und die Zerstörung ihrer Dörfer ihrer Lebensgrundlage beraubt und in die Flucht in die türkischen Metropolen oder nach Europa sowie in andere Länder gezwungen. Auch deutsche Waffen kamen damals zum Einsatz. Die Mitverantwortung Deutschlands für die Fluchtursachen ist daher unverkennbar. Aber anstatt die Fluchtursachen zu bekämpfen, wird vielen dieser Flüchtlinge hier in Deutschland der Aufenthalt verwehrt. Darüber hinaus werden kurdische Flüchtlinge nach Kurdistan abgeschoben, z. B. im Rahmen des 2008 vereinbarten Rückführungsabkommens mit Syrien, obwohl ihnen dort oftmals jahrelange Haft und Folter drohen.

Auch aufgrund von Auslieferungsanträgen werden immer wieder kurdische AktivistInnen inhaftiert. Das bedeutet häufig monatelange Haft bis zu einer Entscheidung der zuständigen Oberlandesgerichte, ob die Betroffenen ausgeliefert werden oder nicht.

Aber auch in Deutschland werden KurdInnen aufgrund des seit 1993 geltenden PKK-Verbots für ihre politische Tätigkeit kriminalisiert und mit Gefängnisstrafen belegt.

In welchen Städten sind Aktivitäten geplant, wie läuft die Zusammenarbeit?

Die Kampagne wird unterstützt von einem Bündnis bestehend aus kurdischen Organisationen, dabei vor allem Menschenrechtsgruppen, über Gruppen aus dem deutsch-autonomen Spektrum bis hin zu einem Landesverband von dieLINKE. Aus diesem Bündnis arbeiten Gruppen und Einzelpersonen bisher in Marburg, Hannover, Bremen, Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Erfurt/Thüringen und Sachsen zur Kampagne.

Du hast anfangs die Videokundgebung am 8. Mai am Brandenburger Tor erwähnt. Was ist da passiert?

Der 8. Mai, 65. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus und des Kriegsendes, und der Ort waren bewusst gewählt. Der Pariser Platz am Brandenburger Tor ist ein Ort, an dem die Zusammenarbeit zwischen Rüstungskonzernen und der deutschen Regierung besonders sichtbar wird. Zum Beispiel hat direkt dort der deutsche Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann seinen Sitz, der u. a. die Leopard-Panzer produziert. Die Leopard-Panzer kommen in Kurdistan zum Einsatz, wie es von Menschenrechtsdelegationen immer wieder dokumentiert wird. Und erst im März diesen Jahres hat Kanzlerin Merkel weitere Panzer dieses Typs an die Türkei versprochen. Im Regierungsviertel haben darüber hinaus fast alle relevanten deutschen Rüstungskonzerne Büroräume. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Konzernen und der Regierung liegt nahe.



TATORT Kurdistan: Kundgebung am 8. Mai in Berlin vor dem Brandenburger Tor Foto: TK

Für die Kundgebung wurde ein kurzer Film zusammengeschnitten, in dem es um den Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan geht.

Was soll in den folgenden Monaten passieren?

Alle UnterstützerInnen sind dazu aufgerufen, im Rahmen der Kampagne in ihren Städten Aktionen und Veranstaltungen zu machen. Am 1.9. wird die Kampagne ihren vorläufigen Höhepunkt mit einem dezentralen bundesweiten Aktionstag finden. ♦

http://tatort-kurdistan.blog.de
tatort_kurdistan@aktivix.org

Karawane-Festival 2010: Die Karawane zieht durch Jena

In Erinnerung an die Toten der Festung Europa

Interview zum Karawane-Festival in Jena

Im Juni fand in Jena ein von „The Voice Refugee Forum" und der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" initiiertes Festival statt. Im Folgenden ein Interview mit zwei an der Organisation beteiligten Aktivisten.

Kann einer von euch kurz erklären, was sich unter dem Begriff „Karawane" verbirgt?

Clemens: Die „Karawane" ist ein Netzwerk aus vor allem selbst organisierten Flüchtlingsgruppen, die sich gebildet haben in den verschiedenen Heimen und Städten im ganzen Bundesgebiet. Und dann sind da noch andere linke Initiativen und antirassistische Gruppen dazugekommen. Die „Karawane" ist ein loses Netzwerk ohne Hierarchie oder Vorsitz. Die Gruppen leisten vor Ort ihre Arbeit für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Wie kam es ausgerechnet zu Jena als Ort für das Karawane-Festival?

Clemens: Das liegt vor allem an „The Voice", die hierzu viel gearbeitet haben. Die haben sich auch in Jena gegründet, damals im Flüchtlingsheim im Wald, das mittlerweile geschlossen wurde.

Die haben hier ziemlich viel auf die Beine gestellt und Kampagnen gemacht. Letztes Jahr im Herbst wurde dann auf einem Karawanetreffen beschlossen, ein Festival zu machen.

Hassan: Der andere Grund war auch der Erfolg des Karawane-Kongresses 2000. Es war 10 Tage lang ein Kongress und es kamen 700–800 Besucher. Das war sehr erfolgreich und auch hier in Jena.

Was ist denn die Zielsetzung dieses Festivals hier? Was wollt ihr in den drei Tagen erreichen?

Clemens: Die Zielsetzung ist, dass wir uns den Raum zurückholen, der uns oft verweigert wird. Uns als Flüchtlingen und allen anderen, die sich von der kapitalistischen Ausgrenzung betroffen fühlen. Durch die Residenzpflicht, die Einrichtung von Lagern und massive Einschüchterung von Flüchtlingen wird verhindert, dass die Leute sich organisieren und zusammenkommen. Und den Raum holen wir uns einfach mal zurück mit dem Wochenende hier, wo viele Leute gekommen sind, die auch von Repression betroffen sind.

Hassan: Eine andere Zielsetzung ist die Sensibilisierung der Gesellschaft vor allem natürlich hier in Thüringen. Die Leute müssen wissen, unter welchen Bedingungen die Menschen hier am Rande der Gesellschaft leben. Auf einen Landkreis beschränkt zu leben, in Lagern zu leben, nur Gutscheine zu bekommen. Das kann man nicht hinnehmen. Die Gesellschaft soll sich für die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge engagieren. Wir haben die Tage hier erlebt, dass sehr viele Leute angesprochen und auch sensibilisiert worden sind. Heute haben ja über 1 000 Leute zusammen demonstriert.

Clemens: Es sind nicht nur die drei Tage. Auch im Vorlauf hat das Festival schon riesige Kreise gezogen. Es gab überall in Deutschland Mobilisierungs- und Infoveranstaltungen. Wir sind in die Heime gegangen und haben den Leuten erzählt, dass dieses Festival stattfindet. Dabei kamen viele Diskussionen auf. Wir haben mitbekommen, wie viele Leute sich angesprochen fühlen von dem gewollten Tod der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer oder dem rassistischen Verhalten der Polizei.

Ihr habt ja fünf inhaltliche Blöcke: Ich würde mich mal für Block zwei interessieren: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört." Ich war jetzt selbst in Kurdistan an der Grenze zum Irak, wo Krieg geführt wird mit Unterstützung der NATO. Was habt ihr da für Erfahrungen aus anderen Ländern?

Clemens: Wir wissen, dass sich Deutschland in vielen Kriegen engagiert. Es gibt auch noch viele Flüchtlinge hier aus dem Jugoslawienkrieg. Gerade werden auch wieder Leute massiv in den Kosovo abgeschoben. Vor allem seit der Kosovo unabhängig ist und Abschiebeabkommen existieren. Es gibt auch genug deutsche Rüstungsunternehmen, die von allen Kriegen der Welt profitieren. Damit tragen die deutschen Unternehmen einen großen Teil zu den Fluchtursachen bei. Die Leute flüchten ja nicht, weil sie verreisen wollen, sondern wegen Armut, wegen Krieg und des Klimawandels. Unser Reichtum baut darauf auf, dass andere arm gehalten werden.

Hassan: Viel hat auch mit unserer Konsummentalität zu tun. Wenn wir alle möglichst billig einkaufen wollen, unterstützen



Jena: Die lange Liste der Flüchtlinge, die auf der Flucht nach Europa zu Tode kamen Foto: A. Bender

wir die Firmen, die von der Ausbeutung in anderen Ländern profitieren, etwa in Vietnam, China und Thailand. Man muss bewusster mit dem Konsum umgehen. Unsere Konsumgesellschaft hat viel mit der Zerstörung anderswo zu tun. Es gibt nicht nur Krieg als Fluchtursache. Viele fliehen auch vor der Armut. Die Leute wollen ein besseres Leben, als ihnen das kapitalistische System bieten kann.

Clemens: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört", klingt erst mal nach Krieg, aber es gibt auch andere Formen der Zerstörung. Die Bundesregierung arbeitet zum Beispiel mit vielen Diktatoren zusammen, um sich bestimmte Einflusssphären und Verbündete zu sichern. Wegen der Energiepolitik z. B. in Zentralasien. In Usbekistan besteht ein großes deutsches Interesse, mit einem Diktator zu paktieren; der hat vor fünf Jahren eine ganze Demonstration zusammenschießen lassen. Die usbekischen Diplomaten werden in Deutschland gehätschelt und es gibt Bauaufträge. Da werden einfach diktatorische repressive Regime gestützt, die Menschen in ihrem Land verfolgen und umbringen lassen. Das sind unmittelbar von Deutschland geförderte Fluchtursachen.

Zum inhaltlichen Block drei „Stoppt rassistische Polizeigewalt", der ist ja eigentlich selbsterklärend. Was habt ihr da für Erfahrungen?

Clemens: Wir wollen hier vor allem auf die Fälle von Dessau und Bremen eingehen. In Dessau ist Oury Jalloh in einer Polizeizelle verbrannt. Das ist nicht einfach so passiert, sondern weil die Polizei Asylbewerber, vor allem wenn man ihnen ansieht, dass sie aus anderen Ländern kommen, extrem schlecht behandelt. In Bremen war der Fall, dass ein Afrikaner von der Polizei auf der Straße kontrolliert wurde wegen Verdachts auf Drogenhandel. Er wurde dann mitgenommen und bekam Brechmittel verabreicht. Er ist dann unter ärztlicher Aufsicht bei der Polizei gestorben. Die Fälle häufen sich immer wieder. Das sind die Todesfälle, aber es gibt ja noch die ganzen anderen Fälle, wo Leute, nur weil sie nicht deutsch aussehen, ständig kontrolliert und dabei teilweise auch brutal behandelt werden. Das sind die bekannten Fälle, aber es soll auch der Fälle gedacht werden, die nie an die Öffentlichkeit gekommen sind.

Was Repression gegen Flüchtlinge angeht, Gesetze und auch Abschiebungen. Was ist eure Einschätzung? Stagniert das in Deutschland? Wird's besser, wird's schlechter? In Berlin und Brandenburg wird ja beispielsweise über die Aufweichung der Residenzpflicht diskutiert.

Hassan: Das Ganze ist juristisch umstritten, aber ich geh davon aus, dass die Residenzpflicht bald gestrichen wird. Sie können nicht auf Dauer den Menschen ihre Freiheit wegnehmen. Zum Beispiel zum Besuch unseres Festivals wollten Flüchtlinge Urlaubsscheine ausgestellt haben. Da haben sich die Ausländerbehörden quergestellt. Das einzige Bundesland, das die Residenzpflicht für das Festival aufgehoben hat, war Sachsen-Anhalt. Da muss man jetzt erst mal abwarten und schauen, was sich juristisch machen lässt. Die Leute haben aber auch Angst vor Repression. Ich hatte in den vergangenen Tagen viele Anrufe von Flüchtlingen, die fragten, ob es sich negativ auf ihre Akten auswirkt, wenn sie das Festival hier besuchen.

Clemens: Es ist jetzt gerade in Berlin und Brandenburg die Diskussion, ob die Residenzpflicht aufgehoben werden soll, aber das passiert mit einer kapitalistisch motivierten Rhetorik. Der Tenor ist: Wir brauchen die Menschen, die jetzt noch isoliert und eingesperrt sind, als Arbeitskräfte. Es geht in erster Linie um die Leute, die als Arbeitskräfte in Frage kommen. Es geht nicht darum, den Lebensstandard dieser Menschen zu verbessern, sondern unserer Wirtschaft zu nutzen.

Zum Thema Abschiebungen: Ich glaube, es ist im letzten Jahr noch krasser geworden. Es sind auch die Fälle bekannt geworden, wo Botschaften afrikanischer Länder Kopfgelder bekommen haben für jeden Flüchtling, dem sie Papiere ausgestellt haben. Beispielswiese die Botschaft von Sierra Leone – glaub ich – hat Papiere für Flüchtlinge ausgestellt, die überhaupt nicht daher kamen, und hat dafür Geld kassiert. Das wurde sogar offiziell eingestanden. Nachdem der Skandal dann durch die Presse gegangen ist, wurde das dann gestoppt. Das heißt, die Bundesregierung tut alles, damit Menschen hier ausgeflogen werden können. Die landen dann 1 000 km weit-

ab ihrer Heimat und sind Bedingungen ausgeliefert, die noch viel schlechter sind als hier als Papierlose.

In den letzten drei Wochen gab es ja zwei Todesfälle in der Abschiebehaft in Hamburg. Bevor die Menschen abgeschoben werden, sitzen sie ja meist noch einige Wochen im Gefängnis und wissen ganz genau, was im Anschluss passiert. Das ist ein ganz gewaltiger Druck und die beiden waren ja nicht die Ersten, die sich in Abschiebehaft umgebracht haben. Ich bin zurzeit pessimistisch, ob sich da etwas ändern wird. Es fließen ja auch EU-Gelder, damit Auffanglager in Libyen eingerichtet werden, wo dann die Flüchtlinge, die im Mittelmeer aufgegriffen werden, interniert werden sollen. Wenn man sich anschaut, was in Libyen für ein Typ herrscht, dann ist das unglaublich. Es wird der Tod vieler Menschen in Kauf genommen, damit sie nur nicht nach Europa kommen.

Bei der Karawane arbeiten ja Flüchtlinge aus den verschiedensten Herkunftsländern. Beziehen die sich eher nach den Herkunftsländern aufeinander oder nach den Regionen in Deutschland, wo sie sich aufhalten? Ist da mehr Trennendes oder Gemeinsames?

Clemens: Ich würde mal sagen, dass die Leute, die erst seit Kurzem hier sind, eher mit vertrauteren Personen, die aus ihrer Heimatregion sind, den Kontakt suchen. Aber insgesamt, wenn wir dann Aktionen und Treffen haben, haben alle die gleichen Probleme und das vereint dann doch wieder. Es ist halt oft auch ein Sprachproblem, da die meisten auch keine Deutschkurse angeboten kriegen.

Hassan: Ich sehe, dass die Leute, die aus einem ähnlichen Kulturkreis kommen, sich gut verstehen. Ich kenne Familien aus dem Iran hier, die viel miteinander unternehmen und sich gut verstehen. Es ist halt ein Problem der Kommunikation.

Da das Interview ja für den „Kurdistan Report" ist, würde mich interessieren, ob viele Flüchtlinge aus Kurdistan bei der Karawane oder sonstigen antirassistischen Initiativen mitarbeiten.

Clemens: Bei der Wuppertaler Gruppe, die sich hier am Festival beteiligt, sind viele KurdInnen engagiert. In den Heimen hier sind viele kurdische Flüchtlinge aus Syrien, die echt zu kämpfen haben um ihren Aufenthalt, da sie von keiner Seite einen Status zugesprochen bekommen. In Syrien bekommen sie keinen Pass und in Deutschland bekommen sie auch kein Aufenthaltsrecht. Die KurdInnen sind sowohl in den Heimen als auch in der Karawane gut vertreten. Viele Leute aus Kurdistan sind sehr politisiert und haben einen starken Widerstandsgeist. Es herrscht ein ziemlich starker antikapitalistischer Konsens in der kurdischen Widerstandsbewegung.

Hassan: Ja; du siehst es ja selbst hier. Die Band, die eben gespielt hat, „Hevalz", ist eine kurdische Gruppe. Es gab heute morgen auch ein Grußwort von YEK-KOM. Die Kurdinnen und Kurden sind gut vertreten.

Was wären eure Wünsche, wie es nach dem Festival weitergeht?

Clemens: Ich glaube, mein größter Wunsch wäre, dass auch aus den Flüchtlingsheimen selbst mehr passiert, dass sie da mehr Selbstvertauen kriegen und aufstehen gegen die Zustände, dass sie sich da besser solidarisieren und organisieren. Im Prinzip muss es da beginnen, wie es ja auch hier in Jena der Mythos von „The Voice" ist, dass sie sich aus den Heimen heraus gegründet haben.

Hassan: Ich möchte Clemens nicht widersprechen, aber ich würde mir wünschen, dass mehr zusammengeht. Dass die



Jena 2010, die Karawane zieht durch die Stadt — Foto: A. Bender

deutsche Gesellschaft und die Flüchtlinge zusammen etwas ändern. Es gibt viele Flüchtlinge, die leben seit fünf, sieben, neun Jahren mit unsicherem Status. Die haben keine Kraft mehr, sich zu wehren. Die muss man mehr informieren, dass sie Rechte haben, und ihnen Mut machen. Das wäre der Job von uns – Einheimischen – zu sagen: Ihr habt gewisse Rechte. Die Flüchtlinge müssen wissen, dass sie nicht allein sind.

Clemens: Das ist auch ein bisschen meine Hoffnung, dass das Verständnis wächst. Der Einsatz für die Rechte von Flüchtlingen ist auch ein Einsatz für unser aller Freiheit. Die Sondergesetze für Flüchtlinge sind nur der krasseste Fall bezüglich des Entsolidarisierens von verschiedenen Gruppen in der kapitalistischen Gesellschaft. Ausgrenzung zeigt sich auch an der Behandlung von Hartz-IV-EmpfängerInnen. Das ist ein Kampf, den wir zusammen führen müssen. ♦

In Venezuela etabliert sich ein System Kommunaler Räte – mit staatlicher Förderung

Erfinden oder Irren

Zendero

Der Weg Venezuelas zum Sozialismus ist ein steiniger: Die rechte Opposition fährt von Menschenrechten bis Pressefreiheit oder Kriminalitätsstatistik alles nur Mögliche gegen die Regierung von Hugo Chávez auf. Aber auch in der Linken scheiden sich die Geister an der realen Politik der Regierung. Während viele eine auf geschichtlichen Erfahrungen begründete Distanz zu Regierung, Nationalstaat und zentralen Führungspersönlichkeiten einnehmen, begleiten andere die Entwicklung mit Neugier und stufen die Praxis der sozialen Organisationsprozesse an der Basis als entscheidender ein. Yoel Capriles, ein Basisaktivist aus Caracas, stellte diese Prozesse konkret im Rahmen einer bundesweiten Rundreise auf einer Veranstaltung am 18. Juni in der „Werkstatt 3" in Hamburg unter dem Motto „Volksmacht – Zittert Oligarchen!" vor.

Die Geschichte Venezuelas unterscheidet sich nicht besonders von der anderer lateinamerikanischer Staaten: Zerstörung und Vernichtung indigener Kultur während der als „Conquista" bezeichneten Eroberung durch die Spanische Krone, Kolonisierung zwecks auf europäische Bedürfnisse ausgerichteter Rohstoffproduktion wie Zucker und Kautschuk, Errichtung einer Sklavenhalter-Gesellschaft auf Großgrundbesitz, dann Unabhängigkeitskrieg der Bourgeoisie gegen Spanien, Etablierung des Nationalstaates mit Parlament demokratischer Färbung, das regelmäßig durch Militärputsche gestürzt wird, und eine ausgesprochene Abhängigkeit von den außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Die Bevölkerung hatte während dieser Zeit stets das Nachsehen, eine kleine Gruppe von Besitzenden hielt das Heft der Macht fest in der Hand, kurz als Oligarchie bezeichnet.

Als es im Frühjahr 1989 zu einer Hungerrevolte und ihrer Niederschlagung mit bis zu 3 000 Toten kam, nach dem Hauptbrennpunkt in Caracas als „Caracazo" benannt, begann die Formierung einer politischen Basisbewegung in Venezuela, die auch im Militär auf bereits organisierte Strukturen traf. Einer der führenden Militärs war der Kommandant Hugo Chávez mit seiner klandestinen Organisation „Movimiento Bolivariano Revolucionario 200" (MBR-200). Nach einem gescheiterten Putschversuch 1992 noch zu langjähriger Haft verurteilt, wurde er jedoch schon 1994 begnadigt und sogar 1998 dann mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt. Konstellationen, in denen Soldaten zu Trägern sozialer Veränderung werden, sind mit deutschen Armeen schwer vorstellbar und werden hier mit Skepsis beobachtet – einer der vielen Punkte, an denen die eigene beschränkte Sichtweise zum Nachdenken führen sollte, wenn Deutschland nicht als Zentrum der Welt gesehen wird. Denn eine andere Geschichte bestimmt andere Möglichkeiten, die nicht von hier nach dort und zurück übertragbar sind.

Bolivarianische Revolution

Die Bolivarianische Bewegung bezieht sich auf die Intention Simón Bolívars (gest. 1830), der die Unabhängigkeitsbewegung in weiten Teilen Südamerikas anführte und immer eine Konföderation unabhängiger Nationalstaaten in Amerika anstrebte. Doch wahrscheinlich größeren Einfluss bei der Entwicklung der Basis hat sein Lehrer Simón Rodríguez, der sich für soziale Veränderungen durch Bildung einsetzte und von dem einer der Leitsprüche der Bewegung stammt: „Inventamos o erramos" – „Wenn wir nicht erfinden, irren wir" – der Aufruf, mutig Neues zu probieren.

Die Bolivarianische Revolution, auch Bolivarianischer Prozess genannt und von der „Bewegung Fünfte Republik" (Movimiento Quinta Republica – MVR) vorangetrieben, geht einen Weg, der historisch keine Entsprechung hat: die staatlich unterstützte, sogar verfassungsrechtlich abgesicherte Organisierung der Menschen an der Basis. Dabei entsteht kein Machtvakuum durch Beseitigung staatlicher Strukturen, die Macht wird auch nicht übergeben in die Hände der Bevölkerung, sondern Ziel und Weg sind ihre Ermächtigung. Sie wird gefördert darin, sich die Macht anzueignen.

Staatliche Institutionen wie Verwaltungen und Ämter existieren nach wie vor und sind voll funktionsfähig – es wird schlicht eine Parallelstruktur geschaffen, unmittelbar durch die Staatsregierung finanziert, mit der die BürgerInnen durch selbst geformte Kommunale Räte die Verbesserung ihrer Lebenssituation gemeinsam übernehmen. „Participación" – die Teilnahme – ist ein auf Bildung ausgerichteter Prozess.

Stolz präsentiert Yoel Capriles vom Rat „23. Januar“ des Barrios „23 de Enero“ [*Barrio: Stadtviertel analog zu „gecekondu“ in der Türkei*] in Caracas auf der Veranstaltung in Hamburg, dass beim Bau einer für das Viertel wichtigen Treppe noch sehr viel Geld übrig blieb, das dann von der Versammlung in den Kauf eines Gemeindezentrums und weitere soziale Projekte gesteckt werden konnte. Er wie andere führen dies auf die direkte Umsetzung durch die Bevölkerung und die dadurch gestärkte gegenseitige Verantwortlichkeit zurück. Die sonst weit verbreitete Korruption könne so angemessen verhindert werden.

Kommunale Räte

Sein unabhängiges Kollektiv „Brigada de Tarea“ (span.: Aufgabenbrigade) hat bereits die Gründung von über 30 „Consejos Comunales“ (CoCo), den Kommunalen Räten, begleitet. Er sagt: „‘Brigada’, weil wir ein Team sind, in dem Disziplin, Verbindlichkeit und Arbeit die Schwerpunkte sein müssen, ‘Tarea’, weil wir uns vornehmen, alle unsere Vorhaben umzusetzen ...“ Sie stellen so eine Art Kader der Bewegung dar.

Nach Dario Azzelini bestanden 2009 etwa 30 000 dieser Kommunalen Räte in Venezuela – einige funktionieren besser, andere schlechter – und es gibt die Bestrebung der Bewegung, diese in Makroeinheiten zusammenzufassen, in sogenannten „Comunas“, die wiederum auf nächster Ebene zu einer „Kommunalen Stadt“ vernetzt werden sollen.

Konkret erläutert Yoel Capriles die Entstehung und Funktion seines CoCo: Der Aufbau eines Stadtteilrates vollzieht sich in 3 bis 4 Monaten intensivster Bemühungen der Nachbarschaftsorganisation und endet mit der Eintragung des Rates beim Ministerium. So wird die juristische Position geklärt und die finanzielle Förderung durch die Regierung möglich. Drei bis fünf Nachbarn genügen für die Organisierung des ersten initialen Schrittes, der Einberufung einer Nachbarschaftsversammlung, zu der alle Menschen ab 15 Jahren eingeladen werden. Diese bestimmt zwei Kommissionen für die Durchführung dieses Prozesses, Wahl- und Gründungskommission.

Letztere führt eine genaue Erhebung der Haushalte des Viertels durch, bestimmt den territorialen Rahmen des Rates und recherchiert die Geschichte für deren Aneignung und Verwurzelung in der Bevölkerung.

Der eigentliche Kommunale Rat besteht dann aus drei unabhängigen Gremien, einem Exekutivkomitee, einem Finanzkomitee und einem Kontrollgremium, das die Arbeit der ersten beiden kontrolliert und analysiert. Er umfasst in Städten jeweils zwischen 150 bis 400 Familien, auf dem Land nur etwa 10 bis 20.

Das Exekutivkomitee besteht aus VertreterInnen der verschiedenen Fachkomitees wie Gesundheit, Erziehung, Wohnen, Kinder und vielen anderen, aber auch bereits bestehender Organisationen wie z. B. der Frauen oder Kooperativen für Infrastruktur wie der Wasserversorgung oder Müllentsorgung.

Die Nachbarschaftsversammlung führt eine Analyse der Bedürfnisse durch, erstellt die Diagnose und benennt die notwendigen Projekte. Diese werden ausformuliert und bei der Staatsregierung beantragt. Nach Genehmigung und Finanzierung setzt das Exekutivkomitee die Maßnahme mit der Bevölkerung gemeinsam um. Die Vorkalkulation, Begleitung und Abrechnung liegt in der Hand des Finanzkomitees. Abschließend wird hierüber vor der Versammlung und dem Ministerium Rechenschaft abgelegt und über die Restmittel beraten, so dass weitere Projekte in Angriff genommen werden können.

Vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen

Natürlich existieren in diesem Prozess viele kritische Momente, wie z. B. die Motivierung und Mobilisierung der Bevölkerung, die Einheit des Viertels oder der drohende Klientelismus durch staatliche Institutionen oder die Konkurrenzsituation zu diesen, ebenso wie ein Schutz dieses Prozesses durch im Aufbau befindliche Basismilizen. Yoel Capriles bezeichnet diesen Weg mit dem chavistischen Begriff als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der sich in einer Grauzone zwischen „von oben“ und „von unten“ befinde. Aber er vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, Mängel und Fehler zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Eine spannende Frage für die Praxis bleibt sicherlich, wie die ungleichen Ressourcen der Räte untereinander umverteilt werden, wie also hier die „Macht des Marktes“ außen vor bleiben könnte. Denn er selbst sagt: „Kapitalismus ist die Hölle!“

Von Caracas nach Amed und zurück nach Berlin

Viele dieser Elemente erinnern stark an die Anstrengungen der kurdischen Bewegung, vergleichbare kommunalistische Strukturen aufzubauen. Sicherlich ist die Kriegs- und damit Verfolgungssituation in den kurdischen Gebieten ein Faktor, der vieles erschwert und deshalb anders aussehen lässt. Dennoch scheint aus Kurdistan die Idee in Berichten durch, werden die Versuche sichtbar, die für eine Entwicklung der Praxis einfach notwendig sind, aber ohne eine starke, geeinte Bewegung undenkbar wären. Den Spielraum erweitern hier jedoch nicht nur die Legalität und Umsetzungskraft einer Bewegung, sondern eben auch die anstrengenden Bemühungen um Frieden in Kurdistan. Hier liegt auch unsere „Tarea“ (span.: Aufgabe), hier im „befriedeten“ Europa.

Weitere Informationen:
– „Venezuela: Die konstituierende Macht in Bewegung“, D. Azzelini in „Arranca“ Nr. 41, 01/2010
– „Comuna im Aufbau“, D. Azzelini, O. Ressler, 2010, Spanisch mit deutschen Untertiteln, Dokumentarfilm mit Innenansichten verschiedener Kommunaler Räte
– „La revolución somos todos – Die Revolution sind wir alle. Gespräche mit BasisaktivistInnen und Fotos aus Venezuela“, Eva Haule, 2009, AG SPAK Bücher
– Internet: www.amerika21.de, www.raulzelik.net, www.azzellini.net

Nikolaus Brauns/Brigitte Kiechle:

„PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam“

Buchbesprechung von Monika Morres und Günther Böhm

Wer hat jene Situation nicht schon erlebt, in der das Thema „Kurden“ zur Sprache kommt? In den seltensten Fällen reagieren GesprächspartnerInnen lediglich mit einem Achselzucken, sondern je nach Informations- und Kenntnisstand bzw. politischer Einstellung mit Zuschreibungen wie diesen: „Die Kurden werden in der Türkei unterdrückt und müssen hier als Flüchtlinge anerkannt werden“, „die Kurden protestieren auf unseren Straßen, sollen sie das doch in ihrem Land tun“, sie werden umstandslos der „terroristischen“ PKK zugeordnet, wahlweise als rückständig und frauenverachtend oder von bestimmten „linken“ Strömungen als nationalistisch, antisemitisch und führerorientiert stigmatisiert. Die bis heute praktizierte Kriminalisierungs- und Verbotspolitik der verschiedenen Bundesregierungen gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung und ihren Institutionen hat beträchtlich dazu beigetragen, das Bild „der Kurden“ zu verzerren und eine solidarische Haltung zumindest erheblich zu erschweren.

Um dieses Zerrbild wieder zurechtzurücken, sind in letzter Zeit erfreulich viele Bücher über die Hintergründe des seit Jahrzehnten ungelöst schwelenden türkisch-kurdischen Konflikts erschienen, zu dem auch die lange Geschichte des kurdischen Widerstands für die Befreiung von Unterdrückung, Verleugnung und Vernichtung gehört.

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) ist in diesem Kampf zweifellos von zentraler Bedeutung. Ihr ist es zu verdanken, dass die „kurdische Frage“ wieder internationale Aufmerksamkeit erlangt hat, auch in dem Bewusstsein, dass diesem Konflikt nicht nur eine nationale Komponente zugrunde liegt. Schließlich sind die KurdInnen in ihren Hauptsiedlungsgebieten der Türkei, des Irak und des Iran sowie Syriens nicht nur den jeweiligen politischen Regimen ausgesetzt, sondern auch den strategischen, ökonomischen sowie militärischen Interessen der USA und Europas.

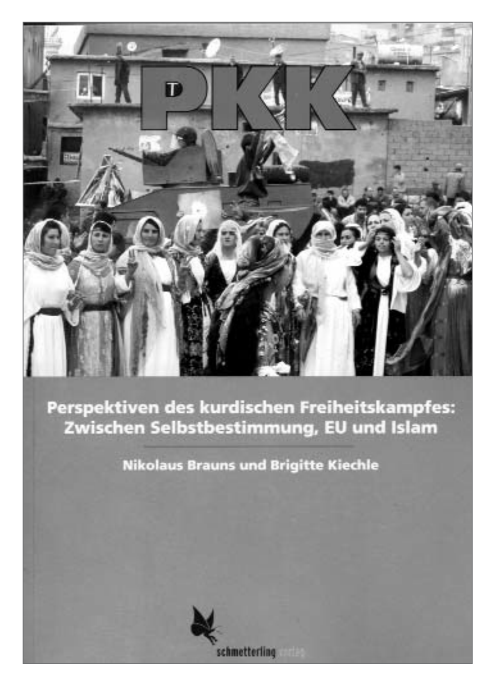
Diese Dimension der „kurdischen Frage“ haben der Historiker und Journalist Nikolaus Brauns und die Rechtsanwältin Brigitte Kiechle in ihrem beeindruckenden Buch auf rund 500 Seiten fakten- und detailreich dargestellt. Da die beiden Autoren im Vorwort darauf hinweisen, dass sie „keine Geschichte Kurdistans“ schreiben wollten, beginnt das Buch mit den für KurdInnen folgenschweren „Schicksalstagen“: War im Friedensvertrag von Sèvres im Jahre 1920 noch ein eigener Staat für die Kurden vorgesehen, brachte ihnen der Befreiungskrieg unter der Führung von Mustafa Kemal („Atatürk“) Unfreiheit und Zwangsassimilation mit allen verheerenden bis heute nachwirkenden Konsequenzen. War das Friedensabkommen von Lausanne 1923 die Geburtsstunde der Republik Türkei, bedeutete es für die KurdInnen nicht nur die Zerstörung des Traumes von einem eigenen Staat; von ihnen war überhaupt keine Rede mehr. Schlimmer noch: Die westalliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs und ihre türkischen Verbündeten legten mit dem Abkommen die Vierteilung Kurdistans unter den Ländern Türkei, Iran, Irak und Syrien fest. Gegen diese klassische imperialistische Teile-und-herrsche-Politik, die in der Folge zu brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der jeweiligen Kolonialmacht führte, formierte sich sehr rasch der Widerstand des kurdischen Volkes. Erste Aufstände in der Türkei erfolgten 1924/25, der bekannteste von ihnen war jener der BewohnerInnen der Stadt Dersim, von Staatspräsident Mustafa Kemal als „Krebsgeschwür“ bezeichnet. 1936 wurde über Dersim der Belagerungszustand verhängt. Weil die Bevölkerung von Massendeportationen in den anderen kurdischen Regionen wusste, weigerte sie sich, der Aufforderung des Militärgouverneurs zur Abgabe ihrer Gewehre nachzukommen. Stattdessen wurden im Juni 1937 Polizisten erschossen – der Start zum Volksaufstand, dem sich Tausende von KurdInnen angeschlossen haben. Mit allen militärischen Mitteln ging die türkische Armee gegen die Aufständischen und ZivilistInnen vor. Nach zwei Jahren verzweifelter Kämpfe war von bis zu 70 000 Opfern auf kurdischer Seite die Rede. Dersim wurde umbenannt und erhielt den türkischen Namen „Tunceli“, was so viel wie „Eiserne Faust“ bedeutet. Der Widerstand schien gebrochen.

War das Friedensabkommen von Lausanne 1923 die Geburtsstunde der Republik Türkei, bedeutete es für die KurdInnen nicht nur die Zerstörung des Traumes von einem eigenen Staat; von ihnen war überhaupt keine Rede mehr.

Hier nun beginnt der Teil, auf dessen Schwerpunkt der Buchtitel so prägnant hinweist, nämlich der über die PKK, deren Gründungskongress am 27. November 1978 im Dorf

Fis in der Provinz Diyarbakır stattfand. Ausführlich wird ihr Weg von der revolutionären Studierendenbewegung, dem Aufbau einer bewaffneten Guerilla, dem ersten Schuss am 15. August 1984 zum Volksaufstand, den politisch-ideologischen, strukturellen und strategischen Entwicklungen der Freiheitsbewegung beschrieben.

Im Weiteren werden die verschiedenen legalen kurdischen Parteien behandelt, deren erste, die Partei der Arbeit des Volkes (HEP), von sieben aus der sozialdemokratischen SHP ausgeschlossenen Parlamentsabgeordneten gegründet wurde. Die Autoren sehen diese Parteien, die nacheinander in einem für uns fast unvorstellbaren Maß terrorisiert (allein 57 Mitglieder der HEP ermordet), strafrechtlich verfolgt (u. a. Leyla Zana zu 15 Jahren, Mehdi Zana zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt) und allesamt verboten wurden, nicht als Anhängsel der PKK, sondern als authentische Volksbewegung mit breitem ideologischem Spektrum und klassenübergreifendem Einfluss. Leyla Zana wird eindrucksvoll als Beispiel für die Emanzipation einer kurdischen Frau geschildert.



Nikolaus Brauns/Brigitte Kiechle: „PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam“
Schmetterling-Verlag,
Stuttgart 2010,
26,80 €

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen, meist städtisch geprägten Parteien des linken Spektrums wie der EMEP und der ÖDP wird auf die Schwierigkeit eingegangen, deren Maximalprogramme mit den Zwängen der kurdischen Wirklichkeit zu versöhnen, wodurch die DEHAP – neben massiven Wahlfälschungen und -behinderungen – bei den Parlamentswahlen von 2002 den beabsichtigten Sprung über die 10-Prozent-Hürde bei weitem verfehlte.

Problematisch erscheint den Autoren der Vorschlag der DTP, die Türkei in 25 administrative Gebiete mit eigener Bildungs-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Sozial- und Tourismuspolitik aufzuteilen, weil dies dazu führen könne, dass die kurdischen Gebiete noch stärker von der zentralen staatlichen Wirtschaftsförderung abgeschnitten werden als bisher.

Sie würdigen den besonderen Einsatz der DTP für die Frauenrechte wie die Durchsetzung einer vierzigprozentigen Geschlechterquote bei allen Parteifunktionen, die geschlechterquotierte Doppelspitze im Parteivorsitz, die vierzehn im Ergebnis der Kommunalwahl von 2009 mit Frauen besetzten Bürgermeisterämter, das Polygamieverbot für Parteimitglieder und die Ahndung und Bestrafung von ehelicher Gewalt bei Kommunalbediensteten. Obwohl diese Maßnahmen möglicherweise zu weiteren Stimmenverlusten gegenüber der religiösen AKP geführt hätten, sei die DTP bei ihrer Frauenpolitik zu keinen Kompromissen bereit gewesen.

Gewürdigt wird das Bemühen der DTP, die Bevölkerung in den kurdischen Gemeinschaften zu einer basisdemokratischen Selbstorganisierung zu bewegen und in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einzubeziehen – bei den traditionell patriarchalisch bestimmten zentralistischen Parteistrukturen in der Türkei ein beeindruckender Schritt vorwärts. Auch die Kandidatur anderer linker Parteien und Organisationen (vor allem in der Westtürkei) auf den DTP-Listen bei den Kommunalwahlen von 2009 wird hervorgehoben. Dies hätte sich positiv auf die Wahlplattform der DTP ausgewirkt, die „deutlich klassenkämpferischere Forderungen gegen Armut und Erwerbslosigkeit als die vorangegangenen, vor allem auf Demokratie und Menschenrechte zielenden DTP-Programme“ enthalten hätte.

Der grandiose Wahlsieg der DTP bei den Kommunalwahlen von 2009 (die Zahl der von ihr gestellten BürgermeisterInnen in den kurdischen Gebieten konnte nahezu verdoppelt werden) wird vor allem auf ihren missglückten Einsatz als Referendum für das aktuelle türkische Staatssystem durch die AKP zurückgeführt. Die Fahrt der Friedensgruppe aus Mitgliedern der HPG-Guerilla und BewohnerInnen des Lagers Maxmur im Nordirak nach Diyarbakır in einem dreißig Kilometer langen Autokonvoi und ihr Empfang durch mehrere hunderttausend Menschen sei ein regelrechter Triumphzug gewesen, sie habe jedoch die Gefühle der türkischen Nationalisten verletzt. Darauf folgende Bemerkungen von Ministerpräsident Erdoğan und eine Erklärung des Generalstabs seien schließlich das Signal für eine neue Welle rassistischer Gewalt

gewesen. Das darauf folgende Verbot der DTP konnte durch die „2008 sozusagen auf Vorrat gegründete Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi) BDP“ ausgeglichen werden, der ursprüngliche Beschluss der nicht mit einem gerichtlichen Politikverbot belegten DTP-Abgeordneten, ihre Mandate aus Protest niederzulegen, vor allem durch die Mahnung Abdullah Öcalans revidiert worden: „Die Lösung liegt im demokratischen Kampf. Die BDP darf keine Identitätspartei mehr sein. Alle sollen eingeschlossen sein, auch feministische Kreise, Umweltschützer und andere. Die BDP muss in vielen Farben erstrahlen; sie muss die Farbenvielfalt der Türkei reflektieren. Türken und Kurden haben ein gemeinsames Leben bitter nötig.“ Die neue Partei „könne eine Vermittlerrolle übernehmen, wenn ein Dialog entsteht. Doch sei die BDP auch nicht dafür zuständig, die PKK als terroristisch einzustufen, wie von der türkischen Regierung gefordert.“

Wenn es der BDP gelinge, sich auch als Vertretung der gegen die neoliberale Regierungspolitik kämpfenden Arbeiter zu etablieren, könne das ein Weg aus der Isolation als „kurdische Partei“ sein.

Im Kapitel „Wege aus der Isolation“ wird auf das Dilemma der DTP hingewiesen, auf türkischer Seite keine starken Linkskräfte als Ansprechpartner gefunden zu haben, wo v. a. die kemalistische CHP und die faschistische MHP von den deutlichen Verlusten der AKP profitieren konnten. Die bereits von der DTP geforderte landesweite „Dachpartei“ dürfe sich nicht auf die einflusslosen Parteien der türkischen Linken beschränken, sondern müsse die gesellschaftlichen Kampfpotentiale vereinigen. Erste Erfolge habe es seit 2008 bei der wechselseitigen Beteiligung der türkischen Linken an den kurdischen Newroz-Feiern und der Kurden an den Kundgebungen am 1. Mai gegeben.

Ein erhellendes, wichtiges Kapitel widmen Brauns/Kiechle besonders der Frauenfrage für die kurdische Bewegung

Hoffnungen auf die Chancen der neuen Friedensbewegung, v. a. des „Friedensrates Türkei“, ein politischer Faktor zu werden, der wesentlich über das traditionelle linke Spektrum hinausgeht, werden angesichts der gegenwärtigen chauvinistischen Verhetzung in größeren Teilen der türkischen Bevölkerung eher gedämpft beurteilt.

Ein erhellendes, wichtiges Kapitel widmen Brauns/Kiechle besonders der Frauenfrage für die kurdische Bewegung, der Schaffung eigenständiger Frauenstrukturen im politischen wie im militärischen Bereich. Sie sind in so extrem patriarchalischen Strukturen wie in Kurdistan aus der Opfer- und Objektrolle herausgetreten und zum wichtigsten Einflussfaktor nicht nur für die kurdische Gesellschaft geworden.

Detailliert dargestellt werden aber auch die von außen auf die PKK einwirkenden Einflüsse, die inneren Widersprüche, die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen der PKK mit ehemaligen Mitgliedern und anderen kurdischen Gruppen oder die Hintergründe der Konflikte mit linken türkischen Organisationen. Die 1990er Jahre waren einerseits geprägt von einer breiten Unterstützung der PKK in der Bevölkerung, andererseits durch die Kämpfe gegen den Spezialkrieg der türkischen Armee, der Vertreibung, Tod und Elend zur Folge hatte. Um die Chance zu einer politischen Lösung zu eröffnen, erklärte die PKK mehrmals einseitige Waffenstillstände, die aber – bis zum heutigen Tage – weder in der Türkei noch bei der internationalen Staatengemeinschaft eine Reaktion hervorriefen. Stattdessen wurde 1999 der damalige PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in einer geheimdienstlichen Operation aus Kenia in die Türkei verschleppt, vor Gericht gestellt und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Seitdem befindet sich die „Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes“ auf der Insel İmralı, lange Jahre als einziger Gefangener unter Isolationshaftbedingungen; vor einigen Monaten wurden durch EU-Intervention weitere Häftlinge auf die Insel verlegt.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach der Festnahme Öcalans über den weiteren Weg der PKK und die Machtfrage waren außerordentlich heftig und drohten die Organisation zu zerreißen. Auch die Hoffnungen des türkischen Staates, endlich das so häufig herbeigeredete nahende Ende der Bewegung – sprich: die Kapitulation – ankündigen zu können, wurden nicht erfüllt. Die PKK formierte sich neu und auf ihrem 8. Parteikongress konnte sie bekannt geben, dass ihre „historische Mission vollendet“ sei und ab 4. April 2002 jede Tätigkeit unter diesem Namen eingestellt werde. Aus ihr ging der „Kongress für Freiheit und Demokratie“ (KADEK) hervor, der Parteien und Organisationen in allen Teilen Kurdistans koordinieren sollte, die sich eine demokratisch-politische Konfliktlösung zum Ziel gesetzt haben.

Der im März 2003 angezettelte Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak führte in der Bewegung wieder zu heftigen Differenzen und Zerwürfnissen in der Frage der Einschätzung dieser Intervention für die Lösung der kurdischen Frage. Im November erklärte KADEK seine Selbstauflösung und zwei Wochen später folgte die Gründung des „Volkskongresses von Kurdistan“ (KONGRA-GEL). Als dessen Vorsitzender wurde Rechtsanwalt Zübeyir Aydar gewählt, ehemals Vizepräsident des Menschenrechtsvereins IHD und Abgeordneter der HEP.

Die bereits am 1. September 1999 aus der Türkei in die nordirakischen Kandil-Berge zurückgezogene Guerilla, die sich als „legitime Selbstverteidigung“ mit organisatorisch unabhängigen Strukturen verstand, erklärte den seitdem geltenden Waffenstillstand am 1. Juni 2004 für beendet, nachdem die türkische Armee monatelang Militäroperationen gegen sie durchführte.

Zu einer offenen Auseinandersetzung innerhalb des KONGRA-GEL über die strategische Orientierung im Irak und in der Türkei kam es im Winter 2003/2004. Rund eintausend ehemalige AktivistInnen, darunter Öcalans Bruder, verließen

die PKK. Ein Teil von ihnen begann ein neues Leben in Südkurdistan/Nordirak oder in Europa, ein anderer gründete im August 2004 die Patriotisch-Demokratische Partei (PWD), deren Aktivitäten Abdullah Öcalan als eine „gefährliche rechte nationalistische Linie“ verurteilte. Ein politischer Faktor in der Region ist die PWD jedoch bis heute nicht.

Die Reaktion der USA auf die KONGRA-GEL-Gründung war eindeutig. „Die PKK/KADEK, auch unter jedem Alias-Namen, ist eine terroristische Organisation und keine Namensänderung oder Presseerklärung kann diese Tatsache ändern“, so der Kommentar eines US-Regierungssprechers. Damit ist dann auch die im Mai 2005 auf der dritten Vollversammlung des KONGRA-GEL gebildete „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan“ (KCK) gemeint, die die Idee des demokratischen Konföderalismus praktisch umsetzen soll. Sie versteht sich als Dachverband aller aus der PKK hervorgegangenen Organisationen in allen Teilen Kurdistans und der Diaspora.

„Die Kriegsführer in Kurdistan haben heute die Absicht, die Kurden und die kurdische Frage als Schlagstock gegen all diejenigen zu benutzen, die sich im Mittleren Osten den Plänen der Großmächte entgegenstellen. Weil wir uns diesen Plänen nicht unterwerfen, sind wir in Deutschland verboten und werden in den USA und in der EU als terroristisch gebrandmarkt“, warnte der KONGRA-GEL 2008 in einem Grußwort zu einer Antikriegsdemonstration in Berlin.

In jeder Statistik über weltweite Rüstungsexporte steht Deutschland regelmäßig im vorderen Drittel der Staaten und die Türkei gehört zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter und Waffen

Damit sei übergeleitet zu dem Kapitel „Hauptfeind der inneren Sicherheit – Deutschland, die Türkei und die Kurden“, das mit einem Rückblick auf die deutsch-türkischen Beziehungen deutlich macht, dass insbesondere die viel beschworene Waffenbrüderschaft auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Schon 1838 war der deutsche Offizier Helmuth von Moltke beim Aufbau der osmanischen Armee behilflich und als Militärberater an der Niederschlagung kurdischer Aufstände beteiligt. An dieser „Tradition“ hat sich auch in unseren Tagen wenig geändert. In jeder Statistik über weltweite Rüstungsexporte steht Deutschland regelmäßig im vorderen Drittel der Staaten und die Türkei gehört zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter und Waffen, die je nach Art gegen die Kurden eingesetzt werden. Außerdem ist die Türkei wichtigster Handelspartner der Türkei. Seit 1980 wurden deutsche Investitionen in Höhe von über 5,8 Milliarden Dollar getätigt.

Grund genug für deutsche Regierungen, den Wünschen und Forderungen der Türkei nachzukommen. Je erfolgreicher sich die PKK in den 1980er und -90er Jahren zu einer selbstbewussten Massenbewegung entwickelte und die Guerilla der türkischen Armee die Stirn bieten konnte, umso massiver operierte der Geheimdienst MIT auch im westeuropäischen Ausland, insbesondere in Deutschland mit der größten kurdischen Diaspora. So begann eine beispiellose Hetzkampagne durch PolitikerInnen, Polizei, Justiz und den überwiegenden Teil der Medien, flankiert von anderen kurdischen Gruppierungen. Die PKK wurde zum „Hauptfeind der inneren Sicherheit“ erklärt und ihre AnhängerInnen fortan strafrechtlich verfolgt, festgenommen und nach § 129a Strafgesetzbuch als Mitglieder einer „terroristischen“ Vereinigung angeklagt und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Vielen dürfte der berüchtigte „Düsseldorfer Prozess“ in unguter Erinnerung sein, der im Oktober 1989 begann und im März 1994 endete: Von den ursprünglich über zwanzig Angeklagten waren lediglich noch vier übrig. Dieser Prozess war einer der größten in der deutschen Rechtsgeschichte.

Bei einer Bombardierung der kurdischen Stadt Lice in der Provinz Diyarbakır wurden am 22. Oktober 1993 rund dreißig Bewohner getötet und über sechshundert Häuser und Geschäfte zerstört. Das brachte die KurdInnen europaweit auf die Straßen. In Deutschland wurden türkische Vertretungen, Cafés und Reisebüros angegriffen; bei einem der Anschläge kam ein Mensch ums Leben. Obwohl die Urheberschaft an den Protestaktionen der PKK nicht nachgewiesen werden konnte, verfügte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther am 26. November 1993 in einem 53-seitigen Bescheid das Betätigungsverbot der PKK, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK sowie die Auflösung verschiedener Institutionen und der „Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan“ mit 29 örtlichen Vereinen. Jede kurdische Aktivität wurde fortan strafverfolgt, Demonstrationen, Kundgebungen und selbst Hochzeiten oder Fußballspiele verboten, weil sie angeblich PKK-gesteuert seien. Hausdurchsuchungen, Vereinsrazzien, Beschlagnahmungen wurden zum Alltag der KurdInnen; zehntausende Ermittlungsverfahren nach § 20 Abs. 4 des Vereinsgesetzes wegen des Zeigens von Symbolen und Fahnen oder des Rufens von Parolen führten zu Verurteilungen und teilweise sehr hohen Geld-, mitunter auch Gefängnisstrafen. In dicken Lettern hetzten die Medien gegen die „Terrorkurden“, wodurch über eine halbe Million kurdischer MitbürgerInnen unter einen Generalverdacht gestellt wurden. Weit über hundert mutmaßliche PKK-FunktionärInnen fanden sich in den Folgejahren vor Gericht wieder und sahen sich konfrontiert mit dem Vorwurf, Mitglied einer terroristischen, ab 1998 „nur noch“ einer kriminellen Vereinigung zu sein. Viele von ihnen waren bereits in der Türkei jahrelang inhaftiert und schwerstens gefoltert worden. In den Prozessen vor deutschen Gerichten spielte das genauso wenig eine Rolle wie die oft ausführlichen Erklärungen der Angeklagten über die Hintergründe des kurdischen Freiheitskampfes oder die weitreichenden strukturellen Änderungen und politischen Umorientierungen der kurdischen Bewegung. Für die Bundesanwaltschaft und die Richter der Oberlandesgerichte galt und gilt:
PKK = KADEK = KONGRA-GEL = KCK = PKK.

Die Anschläge des 11. September 2001 und die nur wenige Wochen danach durch den Bundestag gepeitschten Anti-Terror-Gesetzespakete des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily wirkten sich in der Praxis verheerend auf die kurdische Bewegung und ihre AnhängerInnen aus. Die Aufnahme von PKK/KADEK und KONGRA-GEL in die US- und EU-Terrorlisten hatten weitere gravierende Folgen und wirken bis heute nach: Nachdem 2007 eine sogenannte Anti-PKK-Koordination aus Vertretern der USA, der Türkei, des Irak unter Mitwirkung der EU gebildet wurde, steht die Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung obenan auf der Agenda jedes Treffens und findet seine praktische Anwendung nicht nur gegen die Guerilla in den Kandil-Bergen, sondern seit Beginn dieses Jahres auch in Europa. Länder, die bis dahin eher zurückhaltend waren und eine politische Betätigung kurdischer PolitikerInnen und die Existenz kurdischer Institutionen tolerierten, gehen nun massiv gegen diese vor. Ziel dieser koordinierten Aktionen ist, die Organisationen durch finanzielle Austrocknung und Zerschlagung ihrer Strukturen als „Störfaktor" bei der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens endgültig zu beseitigen. Die Zukunft wird zeigen, ob es den Kriegstreibern gelingt, ihre Pläne zu verwirklichen. Die Kraft der KurdInnen sollten sie nicht unterschätzen.

Deshalb ist es das ungeheure Verdienst von Nick Brauns und Brigitte Kiechle, sich so ausführlich, sachlich, kritisch-solidarisch und nachvollziehbar mit der Geschichte und Bedeutung der PKK und den Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes zu befassen in einer Zeit, in der diese entweder auf Gleichgültigkeit oder Ablehnung stoßen und dominiert werden von der Deutungshoheit der imperialistischen Kräfte in den USA und der EU, wofür die sogenannten Terrorlisten den Rahmen bilden. Dieses Buch ist fraglos ein wichtiger Beitrag, den „bösen Blick" auf die PKK und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen in eine andere Richtung zu wenden. Nämlich deutlich zu machen, dass der kurdische Freiheitskampf keine „kriminelle" oder „terroristische" Angelegenheit ist, die die Herrschenden glauben, mit dem Polizei- und Strafrecht erledigen zu können. Brauns/Kiechle schreiben, dass es ihr Anliegen war, „die Informationslücke hinsichtlich der Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung zu schließen und die Bedeutung der zivilen kurdischen Selbstorganisation, der Frauenbewegung und die Zuspitzung der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die neoliberale Politik" herauszuarbeiten.

Dieses Buch ist fraglos ein wichtiger Beitrag, den „bösen Blick" auf die PKK und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen in eine andere Richtung zu wenden

Das ist ihnen hervorragend gelungen.



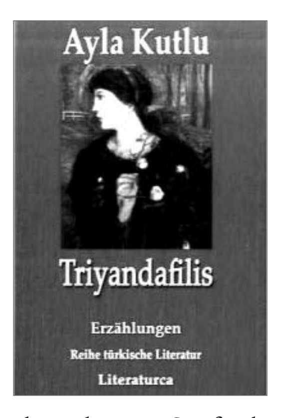
Mit der Festnahme der FriedensbotschafterInnen macht die türkische Regierung der Bevölkerung deutlich, was sie über einen wirklichen Friedensprozess denkt.
Foto: DIHA

Zum Schluss stellt sich noch die Frage, was die beiden Autoren zu einer so umfassenden und gründlichen Analyse beflügelt hat. Warum nicht viele andere und warum nicht schon längst? Was brachte sie dazu, die gängigen Vorurteile (Tribalismus, Nationalismus, Stalinismus, Opportunismus, Terrorismus, Antisemitismus, Sexismus, Drogen- und Menschenhandel usw. usf.) zu hinterfragen und zu überwinden? Wir meinen, es war der eigene Eindruck, waren persönliche Begegnungen und Freundschaften und immer wieder die eigene Erfahrung einer gewaltigen, begeisterten und wütenden, verzweifelten und hoffnungsvollen, vor allem aber einer sich zusehends weiterentwickelnden und erneuernden sozialen Bewegung. Brigitte und Nick sind immer wieder in Kurdistan gewesen und haben sich „vor Ort" ihr Urteil gebildet. Diese persönlichen Erfahrungen sind allein in der Lage, überkommene Vorurteile und Lehrmeinungen zu relativieren. Sie schaffen Vertrauen, Engagement und Solidarität.

Will sagen: mehr Delegationsreisen! – als Gäste und TeilnehmerInnen zu den Newrozfeiern, als BeobachterInnen zur nächsten Wahl, als ZeugInnen von Menschenrechtsverletzungen oder zu eigenen „Feldforschungen". Mehr Augenschein und Begegnungen, mehr Begeisterung, wie sie bei uns selten geworden ist, mehr Hoffnung und Solidarität. Auch wir haben sie bitter nötig! ♦

Ayla Kutlu – Triyandafilis

Buchbesprechung von Susanne Roden



Ayla Kutlu: Triyandafilis
Literaturca
ISBN: 978-3-935535-14-4
Gebunden, 220 Seiten
16,50 Euro

Ayla Kutlu ist in der Türkei eine bekannte Autorin. Sie hat zahlreiche Erzählungen und Romane veröffentlicht. 1938 geboren in Antakya (Hauptstadt der türkischen Provinz Hatay, des früheren Antiochien), besuchte sie das Gymnasium in Gaziantep, bevor sie in Ankara Politik studierte. Zu schreiben begann sie erst mit 35 Jahren, denn aufgrund der Stipendiumsregeln war sie verpflichtet, zwanzig Jahre im Innenministerium zu arbeiten. Somit konnte sie sich erst ab 1980 ganz dem Schreiben widmen. Ihre erste Geschichte veröffentlichte sie in der Zeitschrift „Özgür Insan" unter dem Pseudonym Aygen Berel. 1977 erschien ihr erster Roman „Kaç" (Die Flucht) und 1985 der Roman „Bir göçmen kuştu o" (Er/Sie war ein wandernder Vogel), in dem sie die Geschichte eines osmanischen Intellektuellen aus der Sicht einer Frau beschreibt. Der 1999 erschienene Roman „Emir Bey'in kızları" (Die Töchter des Emir Bey) ist die Fortsetzung dieser Geschichte und erhielt mehrere Preise. 2006 erschien „Zaman da eskir" (Auch die Zeit wird alt), ein Erinnerungsroman ihres Lebens bis zum Alter von 22 Jahren. Ayla Kutlu lebt und arbeitet in Istanbul.

In ihrem Gesamtwerk thematisiert sie die seit der Antike bedeutende Region Antiochien, mit ihrer ethnischen und religiösen Vielfalt und dieser facettenreichen und spannungsgeladenen Geschichte.

Die Menschen stehen im Mittelpunkt. Es sind unauffällig erzählte Geschichten, die aber dann in ihrem Verlauf eine ungeahnte Tiefe an menschlichem Schicksal aufzeigen.

Ein Sommer, heiß und erdrückend, ein verwildertes Grundstück, hinter dem Gestrüpp eine Ruine, eine eingerostete Pumpe, Himmel und Wolken, gespiegelt im Pfützenwasser, ein Spielplatz für Kinder, für die Phantasie, Gedanken und Ereignisse vermengen sich, die Realität holt alle ein und dann wird das Jetzt mit der Vergangenheit verwoben, angedeutete Flüchtlingstrecks und die mystischen Erfahrungen lassen die Seelen von einst in die reale Geschichte von heute gleiten mit dem großen Seelenvogel …

Eine der ersten ins Deutsche übertragenen Erzählungen über das Schicksal der Armenier mit dem Titel „Can kuşu" (Besessen). Übersetzt von dem Historiker Christoph K. Neumann und veröffentlicht in dem Band „Entschleierung", eine Sammlung von türkischen Erzählerinnen.

Es waren die ersten literarischen Versuche in den neunziger Jahren, die historische Erblast anzugehen, aber dieses Thema über die Frage der Vernichtung mit dem türkischen Nationalismus zu verknüpfen, wird erst heute langsam möglich.

Erst in jüngster Zeit schreiben und äußern sich Schriftsteller auch offen kritisch über den türkischen Massenmord. Über den berüchtigten Strafrechtsartikel 301 „Beleidigung des Türkentums" wurde hinlänglich im Zusammenhang u. a. mit den Schriftstellern Orhan Pamuk und Elif Şafak berichtet, denen Interview-Äußerungen und die Äußerungen von Romanfiguren fast zum Verhängnis wurden.

Im Rahmen der Frankfurter Buchmesse im Jahr 2008, mit dem Schwerpunktthema Türkei, wurde aus dem umfangreichen Werk an Erzählungen und Romanen von Ayla Kutlu in der Reihe türkischer Literatur das Buch „Triyandafilis", eine Auswahl an Erzählungen in deutscher Sprache, veröffentlicht.

Es gab bereits einen Sammelband mit dem Titel „Steinmauer und offene Fenster" aus dem Jahre 2007 mit Erzählungen deutscher und türkischer Autorinnen, in dem die oben bereits erwähnte Kurzgeschichte „Besessen" ebenfalls enthalten war. Der Band entstand durch den Austausch nach Gesprächen zwischen Autorinnen beider Länder und man war sich einig, dass ein Interesse an den Werken von Frauen in beiden Ländern vorhanden sei, man aber ein weitgehend unbekanntes Gebiet betrete. Es sollte bei weiterem Austausch zwischen den Autorinnen beider Länder der Frage nachgegangen werden, welche Bedingungen sie jeweils vorfinden, ob nicht nur geschrieben, sondern auch veröffentlicht wird und wie bekannt die Autorinnen in ihren Ländern sind. Der Verlag Literaturca hat dieses Vorhaben unterstützt.

Einige der Romane von Ayla Kutlu wurden verfilmt, unter anderem auch „Sen de gitme Triyandafilis" (Bitte geh nicht, Triyandafilis). Diese Kurzgeschichte gewann 1990 den berühmten Sait-Faik-Kurzgeschichten-Preis in der Türkei und als Spielfilm einige nationale und internationale Preise.

Die Geschichte beginnt am Ende der französischen Mandatsperiode des heutigen Hatay.

„Antónis" (Monsieur Antoine), ein griechischer junger Mann, heiratet Theodora, ein Mädchen aus der reichen griechischen Gemeinschaft in Antakya und hat mit ihr vier Kinder.

Monsieur Antoine ist häufig auf Geschäftsreisen und wird durch den Handel mit den Franzosen sehr reich. Er und Theodora lieben ihre Kinder, besonders Triyandafilis, auf die sie besonders Obacht geben. Sie ist von außerordentlicher Schönheit, aber leider geistig auf dem Stand eines Kleinkindes

geblieben. Man versucht deshalb den Kontakt zur Außenwelt zu unterbinden und sperrt das Kind oft ein. Dennoch kommt der Tag, als ein französischer Soldat in Schwärmerei gerät für die junge Schönheit, die oft am Fenster steht, und ihre Reaktionen als durch mangelnde französische Sprachkenntnisse hervorgerufen fehlinterpretiert. Die Geschichte nimmt einen ungeahnten Verlauf und Ayla Kutlu bringt dem Leser in aller Deutlichkeit die Wirrungen und Zustände der Mandatszeit, einschließlich der Schrecken des Krieges, nahe und was dieser an Spuren in den Menschen hinterlässt.

Die Autorin, die auch Politikwissenschaftlerin ist, hat sich als eine der ersten türkischen Autorinnen nicht nur für die Emanzipation der Frauen eingesetzt, sondern auch politisch und gesellschaftlich tabuisierte Themen überaus sensibel bearbeitet.

Iskenderun wurde unter Alexander dem Großen 333 v. u. Z. (nach dem Sieg über die Perser in der Schlacht bei Issos) als Alexandreia kat'Isson und als neuer Schlüssel zur kilikisch-syrischen Pforte gegründet. Im ersten Kreuzzug von den Kreuzfahrern erobert und dem Fürstentum Antiochia angegliedert, um 1160 von den Armeniern eingenommen und seit dem 16. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches, wurde es nach dem Ersten Weltkrieg von Frankreich besetzt und als Sandschak Alexandrette (die spätere türkische Provinz Hatay) zusammen mit dem französischen Völkerbundmandat Syrien verwaltet.

Das Parlament des kurzlebigen Staates Hatay (1938-1939; die Abgeordneten wurden nach ethnischer Zugehörigkeit erfasst: sunnitische Türken, Aleviten und Nusairier, Armenier, orthodoxe Christen, Araber u. a.) beschloss 1939 in seiner letzten Sitzung den Anschluss von Hatay an die Türkei. Syrien hat diesen Anschluss bis zum heutigen Tage nicht anerkannt.

Bis heute leben verschiedene Ethnien, darunter Kurden, Türken, Araber und Armenier in Iskenderun. Es verfügt über einen wichtigen Mittelmeerhafen und ist US-Luftwaffenstützpunkt.

Die Erzählungen von Ayla Kutlu gewinnen vor diesem Hintergrund eine ganz besondere Tiefe; da geht es um Verschwörungen, Menschenhandel, Rebellion, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, Waffenhandel, und in diesem strategisch wichtigen Gebiet versuchen auch heute verschiedene Interessengruppen direkt oder indirekt ihre Ziele durchzusetzen. Und je mehr man sich mit der Geschichte dieser Region beschäftigt, desto mehr erkennt man, wie tief der Wissensschatz der Autorin sein muss, denn die „ethnischen Gruppierungen" ließen sich nach damaliger Definition auch nicht aus einer bestimmten Religionszugehörigkeit herleiten.

Als ein Beispiel seien die Nusairier (arabisch: Alawiten) genannt, ein Teil der nahöstlichen schiitischen Gemeinschaft, die letzten Überreste der irakischen Ghulu. Die Nusairier leben hauptsächlich in Syrien, der Türkei und im Libanon.

Sie berufen sich auf ihren Ahnherren Muhammad ibn Nusair an-Namiri al-Fahri und nennen sich selbst „Ali-Anhänger" ('Alawiyun), was sie oft mit den Aleviten verwechseln lässt. Im Klappentext des Buches wird in diesem Zusammenhang auf Zaki al-Arsuzi hingewiesen, einen panarabischen Vordenker im Vorfeld der späteren Baath-Partei-Gründung im Irak, der Nusairi-Anhänger war und bis 1939 in dem Gebiet politisch aktiv war. Und es wird ebenfalls betont, dass zwar die „türkische" Bevölkerung eine Mehrheit darstellte, aber dass dem Begriff „türkisch" erst nach der Republikgründung eine der heutigen nahekommende Bedeutung zukam. In der Gegend Antakya kamen die scheinbar klaren Einteilungen in Griechen, Armenier, Kurden und Araber bei der Betrachtung religiöser Zugehörigkeit dann schier durcheinander.

Allein bei den Christen existierte schon eine Vielfalt: Orthodoxe, Nestorianer, Urchristen, Maroniten und Katholiken.

Die Kirche in Antiochien ist nach der Urgemeinde in Jerusalem und dem später so benannten „Heiligen Land" die älteste christliche Kirche, wo man erstmals von „Christen" sprach (Apg. 11,26). Es sind die Ursprungsgebiete des kirchlichen Glaubens an Jesus den Christen. Vor dem Einbruch des Islam bildeten sich hier Kirchen mit getrennten Hierarchien heraus. Das Konzil von Chalcedon führte 451 zum Schisma zwischen der Reichskirche (später orthodoxe und römisch-katholische Kirche) und den monophysitischen Kirchen (Koptische Kirche u. a.). Das Patriarchat in Antiochien bekam eine besondere Bedeutung.

Die erste Erzählung, die ich von der Autorin Ayla Kutlu gelesen habe, ist in dem Band „Alles Blaue, alles Grüne dieser Welt" enthalten. Es sind meine Lieblingsfarben und ich war neugierig. Diese Geschichte spielt mit den Farben, beschreibt die Gefühle der Ich-Erzählerin, ihre Gemütszustände.

Die Bilder, die Farben werden miteinander verwoben, die Szenen wiederholen sich mit leicht differenzierten Veränderungen in der Wortwahl, Versatzstücke entstehen und immer neue Wellen an der Wasseroberfläche, immer neue Auftritte wie in Theaterinszenierungen. Am Ende der Erzählung angekommen, erkannte ich die leider hochaktuelle Brisanz des Beschriebenen. Es ging um die Missbrauchsfälle von Schützlingen in einem Mädcheninternat und ich las dies, während wir in den Medien Stück für Stück die Enthüllungen und Beichten aus den katholischen Anstalten erfuhren und mit der ernüchternden Erkenntnis, dass solche Sünden, die ich mit Mord an Kinderseelen charakterisieren würde, offenbar in unserem Land verjähren können. Wie kann das sein? Die Erzählung von Ayla Kutlu wird hoffentlich von vielen Menschen gelesen werden. Sie kommt mit schönen Farben daher und rüttelt auf und geht in die Tiefe der Gefühle.

Ayla Kutlu hat offenbar sehr früh erkannt, welche Werte diese ehemals so vielfältige Kultur aus dieser Gegend in sich barg und wohl auch noch immer in sich birgt. Sie hat systematisch begonnen zu erfassen, was vorhanden war, und ist somit zu einer authentischen Chronistin dieser Region geworden. Sie dokumentiert in literarischer Form Geschichte und sie bringt dem Leser auch historisch gesehen die verschiedenen Lebenswege und Positionen von Frauen in einer vielschichtigen, aber eben auch einer historisch patriarchalischen Gesellschaft näher.

Mich hat jede der Erzählungen in Triyandafilis stark bewegt und auch zum Nachdenken angeregt und ich hoffe, dass von diesem literarischen Schatz noch mehr in Übersetzung den Weg zu uns finden möge. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Cenî
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26, 1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at
http://www.feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Demonstration in Adana gegen die Militär-Operationen
Foto: DIHA

Rückseite:
Aufruf: Einen Arztwagen für Kandil

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Einen Arztwagen für den Kandil!

„Kandil halkına sağlık hizmeti veren bir araba“ kampanyamıza siz de katılın!



Eure aktive Solidarität ist gefordert
Vor einigen Tagen hat uns aus dem Kandil, einem von Kurden bewohnten Gebiet im Norden des Irak, ein Brief von Medya erreicht.
Sie berichtet über die Situation der Kurden dort sowie über die schlechte medizinische Versorgung in diesem Gebiet. Medya war gelernte Altenpflegerin, als sie 1993 Deutschland verließ, um an der Seite des kurdischen Volkes humanitär zu arbeiten. Sie bemüht sich seit 17 Jahren vorrangig um die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung der Regionen. Zurzeit wird von ihr und ihrem Ärzte-Team im Kandil eine kleine Krankenstation betrieben, die völlig kostenlos arbeitet. Diese bietet die einzige medizinische Versorgung für die umliegenden 60 Dörfer und Hochalmen, welche nur beschwerlich mit dem Esel besucht werden können.

Zur Verbesserung der Versorgung
- würde sie gern ein Auto anschaffen
- das Krankenhaus um einen zahnärztlichen Bereich erweitern
- und ein Labor betreiben

Das Gebiet Kandil
Kandil liegt in dem von Kurden bewohnten Norden des Irak, kurz vor der Grenze zum Iran. Es ist ein Teil der Gebirgskette des Zagros. Seine höchsten Kämme erreichen eine Höhe von mehr als 3500 Metern.

Duyarlı olan her insanın yardımı beklemekteyiz
Bir kaç gün önce Kandil'den Medya'nın mektubunu aldık. Kandil halkı'nın durumu hakkında bilgi içeriyor. Halkın tibbi yardıma ihtiyacı olduğunu yazıyor. Medya 1993'de Almanya'yı bırakıp Ortadoğu'ya, Kürtlerin yanına gitti. Bir çok alanda tibbi hizmet veren Medya, halen çalışmalarını aksatmadan yapmaktadır.
Şu anda Güney Kürdistan'da küçük de olsa bir hastahane açmış bulunmakta. Güney halkı'nın yoksul olmasından ve devlet tarafından yeterince tibbi hizmet sağlamadığından dolayı, Medya ve yanındaki doktorlar karşılıksız hizmet vermektedir. Medya ve gurubu köy köy, mezra mezra gezip kimi zaman uzun yolculuklar yapmaktadırlar. Hastalara ulaşılması için çoğu kez eşek, at ve katır sırtında yolculuk yapılmakta olduğunu, basit seyyar çadırlar kurarak hizmet sağladıklarını belirtmiştir.

Bizden yardım bekliyor
- daha iyi bir hizmet vermek için bir arabaya ihtiyaç vardır
- hastahanede bir diş hekimin ve bir laboratuvarın bulunması arzu ediyor.

Kandil
Kandil Kurzey Irak'ta bulunan bir dağdır. Iran sınırına yakın bulunan bu dağı Zağros dağının bir parçasıdır. Kandil dağının en yüksek tepeleri 3 bin 500 metre yüksekliktedir.

Wer spenden möchte:

Kurdistan-Hilfe e.V.
Zweck: Gesundheitsprojekt im Kandil
Hamburger Sparkasse
Konto-Nr. 1049 222 704
BLZ: 200 505 50

Kontakt:
Kurdistan-Hilfe e.V.
Ottensener Hauptstaße 35
22765 Hamburg
helddoc@aol.com

Praktische und aktive Solidarität

- Nehmt teil an der Spendenkampagne für die Beschaffung eines Arztwagens und den Ausbau der Krankenstation im Kandil.
- Spendet Medikamente, Rollstühle und medizinisches Material.
- Lernt die Menschen und das Leben dort kennen.
- Helft aktiv beim Ausbau des Krankenhauses und der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung.
- Arbeitet für eine Zeit lang mit in der dortigen Krankenstation. Gebt dort Seminare und helft bei der Schulung des Personals.

ISSN 0935-5375

Die Kurdistan-Hilfe ist ein gemeinnütziger Verein. Auf Wunsch können Spendenbestätigungen ausgestellt werden.